



universität
wien

DIPLOMARBEIT

Titel der Diplomarbeit

Der sozialpädagogische Armutsdiskurs

Anhand einer Kritischen Diskursanalyse der Fachzeitschrift „Neue Praxis“

Verfasser

Gerald Nowohradsky

Angestrebter akademischer Grad

Magister der Philosophie (Mag. Phil.)

Wien, 2011

Studienkennzahl: A 297

Studienrichtung: Diplomstudium Pädagogik

Betreuer: Ao. Univ.- Prof. Dr. phil. Reinhold Stipsits

Erklärung

Ich versichere, dass ich die vorliegende Diplomarbeit ohne Hilfe Dritter und ohne Benutzung anderer als der angegebenen Quellen und Hilfsmittel angefertigt und die benutzten Quellen wörtlich oder inhaltlich entnommenen Stellen als solche kenntlich gemacht habe. Diese Arbeit wurde in gleicher oder ähnlicher Form noch keiner Prüfungsbehörde vorgelegt.

Weiters versichere ich, dass die von mir eingereichten Exemplare (ausgedruckt und elektronisch) identisch sind.

Ort, Datum

Unterschrift

Kurzzusammenfassung

Die vorliegende Diplomarbeit beschäftigt sich mit dem sozialpädagogischen Armutsdiskurs und den dadurch vermittelten Armutsbild. Ausgehend von historischen Entwicklungslinien in der Sozialpädagogik und der Diskurstheorie von M. Foucault wird anhand einer Kritischen Diskursanalyse von Artikeln der Fachzeitschrift „Neue Praxis“ versucht diesen Armutsdiskurs zu rekonstruieren.

Dabei werden sowohl historische als auch gegenwärtige Strömungen berücksichtigt, die mit der im zweiten Teil der Arbeit durchgeführten Analyse diskutiert werden.

Die Darstellung der Ergebnisse dieser Analyse erfolgt in zwei Schritten. In einem ersten Schritt werden die Schwerpunkte und die thematische Bandbreite im sozialpädagogischen Armutsdiskurs auf Grundlage einer Strukturanalyse dargestellt. Danach erfolgt eine Feinanalyse „typischer“ Artikeln, die den Diskurs auch unter Berücksichtigung der vorangegangenen Strukturanalyse diskutiert.

Armut wird demnach aus verschiedenen Blickwinkeln betrachtet und deutet auf einen mehrdimensionalen Diskurs hin, der aber vor allem auf strukturelle Ursachen aufmerksam macht.

Abstract

This thesis deals with the social educational discourse on poverty and the resulting picture of poverty. Based on historical lines of development in social education, the discourse theory of M. Foucault and a critical discourse analysis of articles from the journal “Neue Praxis”, the following paper tries to reconstruct this discourse on poverty.

This includes both historical and current trends, which are discussed in the second part of the paper including the results of the critical discourse analysis. The presentation of the results of this analysis is done in two steps. In a first step, the priorities and the thematic range in social work discourse on poverty are shown. This is followed by a detailed analysis of “typical” articles that discuss the discourse in the light of previous structural analysis.

Poverty is therefore considered from different perspectives and points to a multidimensional discourse, which promotes structural causes to explain poverty.

Danksagung

Danken möchte ich meiner Freundin und Studienkollegin Nicole Grill, die mir während meiner Studienzeit immer wieder unterstützend zur Seite stand und mich aufs Neue inspiriert und motiviert hat.

Weiters möchte ich mich bei meinen Eltern und Großeltern für die fortwährende Unterstützung bedanken.

Der Dank gilt auch meiner Tante Eva und meinem Onkel Erich für die langjährige Wohnmöglichkeit und finanzielle Unterstützung.

Auf wissenschaftlicher Ebene möchte ich mich bei meinem Betreuer Ao. Univ.- Prof. Dr. phil. Reinhold Stipsits für die Begleitung und Geduld bedanken.

Inhaltsverzeichnis

Einleitung	9
I. Theoretischer Teil	11-31
1 Sozialpädagogik und Armut	11
1.1 Sozialpädagogik	11
1.1.1 Begriff.....	11
1.1.2 Geschichte	13
1.2 Armut.....	14
1.2.1 Historische Entwicklung	15
1.2.2 Gegenwärtige Armutstheorien in der Sozialpädagogik.....	17
2 Diskurs.....	22
2.1 Diskurstheorien.....	22
2.2 Diskurstheorie nach Foucault	24
2.2.1 Foucault und Habermas	24
2.2.2 Diskurs bei Foucault.....	24
3 Kritische Diskursanalyse	27
3.1 Begrifflichkeiten.....	27
3.2 Methodisches Vorgehen	29
3.2.1 Vorüberlegungen	29
3.2.2 Strukturanalyse	29
3.2.3 Feinanalyse	30
3.2.4 Gesamtinterpretation des Diskursstrangs der Zeitschrift.....	30
II. Diskursanalyse	32-105
1 Strukturanalyse	32
1.1 Arbeit.....	33
1.1.1 Allgemein	33
1.1.2 Arbeitslosigkeit.....	34
1.1.3 „...Arbeit schützt vor Armut?“	35
1.1.4 Arbeitsmarkt	35
1.2 Politik	37
1.2.1 Der (dominante) politische Diskurs.....	37
1.2.2 Neoliberale Regierungstechnologie.....	39
1.3 Exklusion/Inklusion, Ausgrenzung/Teilhabe	42
1.3.1 Die Entwicklung des Diskursstrangs.....	42
1.3.2 Der Begriff „Exklusion“	44
1.3.3 Analyse	46
1.4 Gesellschaft	49
1.4.1 Individualisierung und Pluralisierung	49
1.4.2 Armut in einer individualisierten und pluralisierten Gesellschaft.....	51
1.5 Gerechtigkeit	53
1.5.1 Theoretische Überlegungen.....	53
1.5.2 Gerechtigkeitstheorien oder die wissenschaftliche Auseinandersetzung mit der Frage: Was ist gerecht?	56

1.6	Recht und Armut	59
1.6.1	Theoretische Überlegungen	59
1.6.2	Soziale Grundrechte	63
1.7	Bildung	65
1.7.1	Allgemein	65
1.7.2	Ausdehnung der Bildungsphase und Privatisierungstendenzen	66
1.7.3	Soziale Selektion im Bildungssystem	67
1.7.4	Soziale Selektion im Übergang von Ausbildung zu Beruf.....	68
1.7.5	Kinderarbeit und Bildung	69
1.8	Wohlfahrtsstaat und soziales Sicherungssystem	71
1.8.1	Gründe für die „Krise des Sozialstaats“	71
1.8.2	Ab-/Umbaudiskurs	74
1.8.3	Debatten über die Sozialhilfe	75
1.9	Krankheit und Beeinträchtigung.....	78
1.9.1	Arm und krank.....	78
1.10	Kinder- und Jugendarmut	82
1.10.1	Kinderarmut.....	82
1.10.2	Folgen für Kinder/Jugendliche	83
2	Feinanalyse	89
	Allgemeine Positionierung der Zeitschrift	89
2.1	„Was wird aus den Armen“ OTTO (2003).....	90
2.1.1	Institutioneller Rahmen	90
2.1.2	Text-Oberfläche.....	91
2.1.3	Sprachliche Mittel	93
2.1.4	Inhaltlich/ideologische Perspektiven.....	93
2.1.5	Interpretation	94
2.2	„Zerrbild der Armut“ BUTTERWEGGE (1996)	95
2.2.1	Institutioneller Rahmen	95
2.2.2	Text-Oberfläche.....	96
2.2.3	Sprachliche Mittel	97
2.2.4	Inhaltlich/ideologische Perspektiven.....	98
2.2.5	Interpretation	99
2.3	„Kinderarmut [...]“ STROHMEIER (2001)	100
2.3.1	Institutioneller Rahmen	100
2.3.2	Text-Oberfläche.....	100
2.3.3	Sprachliche Mittel	103
2.3.4	Inhaltlich/ideologische Aussagen.....	103
2.3.5	Interpretation	104
	Schlussfolgerungen	106
	Literaturverzeichnis	112
	Internetressourcen.....	119
	Abkürzungsverzeichnis.....	120
	Anhang.....	120

Einleitung

Die heutige „Armenfrage“ steht immer wieder zur Diskussion. Print-Medien der unterschiedlichsten Formate, TV-Sendungen, wissenschaftliche Auseinandersetzungen widmen sich diesem Thema, wobei dies mehr oder weniger pointiert und differenziert geschieht. Egal ob ein Alltagsgespräch oder ein wissenschaftlicher Diskurs zu dieser Thematik geführt wird, es stehen oft unterschiedliche Sichtweisen und Erklärungsversuche hinter diesen Diskussionen und somit können die möglichen Lösungsvorschläge für die Bekämpfung von Armutslagen vielfältig ausfallen.

Ausgehend von der langen sozialpädagogischen/sozialarbeiterischen Tradition in der Armenfürsorge und Anstaltserziehung, steht auch im gegenwärtigen sozialpädagogischen Diskurs das Thema Armut immer wieder im Blickpunkt.

Aufgrund der erwähnten Heterogenität des Diskurses über Armut und der Korrelation von Armutssichtweise und Armutsbekämpfung, muss sich meines Erachtens auch die Sozialpädagogik einer Reflexion seiner Sichtweisen und Einstellungen unterziehen.

Deshalb wird sich diese Arbeit folgender Frage widmen:

Welche Charakteristika weist die Struktur und der Verlauf des sozialpädagogischen Armutsdiskurses auf?

Daraus ableitend ergeben sich 2 Subfragen:

1. Welches Bild von Armut wird transportiert (z.B.: eindimensionales oder mehrdimensionales, etc.); welches Menschenbild steckt dahinter (passives Opfer von Strukturen, aktiver Nutzer von Hilfsangeboten, etc.) und welchen Stellenwert kommt der Bildung im Diskurs zu?
2. Welche Einflussfaktoren zeigen sich im sozialpädagogischen Armutsdiskurs?

Ausgehend von der Fragestellung und des zu untersuchenden Feldes meiner Diplomarbeit möchte ich nun mein methodisches Vorgehen konkretisieren. Dabei steht die Kritische Diskursanalyse, die sich in Anlehnung an die diskurstheoretische Arbeit von M. Foucault entwickelt hat im Vordergrund, da sie unter anderem eine Grundlage für die Analyse von wissenschaftlichen Diskursen und deren Genealogie bietet. (vgl. JÄGER 2000, S. 81f) Eine vollständige Untersuchung des sozialpädagogischen „Spezialdiskurses“ zum Thema Armut kann aufgrund der dazu nötigen Ressourcen (zeitlich, personell, etc.) nicht

durchgeführt werden. Daher werde ich mich, auch in Anlehnung an KELLER (2004, S. 66), welcher Fachmagazinen eine wichtige Rolle bei der Produktion von wissenschaftlichen Spezialdiskursen zugesteht, auf die Untersuchung von Artikeln der Fachzeitschrift „Neue Praxis“ konzentrieren. Die Wahl des Mediums unterliegt dem Umstand, dass die NEUE PRAXIS (NP) im deutschsprachigen Raum ein auflagenstarkes sozialpädagogisches Magazin ist und somit einen Einfluss auf die Verbreitung von Meinungen und Theorien im wissenschaftlichen Umfeld hat.

Mein Untersuchungszeitraum wird sich von 1990 bis Ende 2006 erstrecken. Der Beginn des Untersuchungszeitraums wurde deshalb auf das Jahr 1990 festgelegt, da sich hier vor allem für den deutschen Diskurs ein wichtiger Einschnitt vollzieht, nämlich die Vereinigung von Ost- und Westdeutschland. Daraus ableitend kann behauptet werden, dass vor der Wiedervereinigung zwei verschiedene Diskurse geführt wurden und erst im Rahmen dieses Zusammenschlusses die Sozialpädagogik mit „einer“ Stimme sprechen konnte, was einen klaren Schnitt für meinen Untersuchungszeitraum bedeutet. Das Ende des Untersuchungszeitraums wird mit der EU-Osterweiterung im Jahr 2007 gesetzt, da diese Veränderung wieder einen Einschnitt im Diskursstrang bedeuten könnte.

Die Arbeit wird sich in zwei große Abschnitte teilen, wobei der erste Teil eine theoretische Abhandlung zu der vorgebrachten Thematik beinhaltet. Dabei werden die Themenbereiche Sozialpädagogik, Armut und Diskurstheorie/-analyse (nach Foucault) zusammengeführt. So stehen unter anderem die historischen und gegenwärtigen Armutsdiskussionen der Sozialpädagogik zur Diskussion.

Der zweite Teil widmet sich der im ersten Abschnitt erläuterten Kritischen Diskursanalyse und stellt die Ergebnisse aus Struktur-(Grob-) und Feinanalyse der Artikel aus der Fachzeitschrift dar.

Zum Schluss werden die gewonnenen Ergebnisse einer Gesamtinterpretation mit Bezug auf die Fragestellung unterzogen.

I. Theoretischer Teil

1 Sozialpädagogik und Armut

Dieses Kapitel soll als Begriffsdefinition im weitesten Sinn verstanden werden, da es nur indirekt um eine klare Definition von Armut geht. Vielmehr dient dieser Abschnitt zur Einführung in die Thematik dieser Arbeit, die sich mit der thematischen Verschränkung von Armut und Sozialpädagogik auseinandersetzt. Dies ergibt sich auch aus dem methodischen Vorgehen, so verweisen etwa KELLER (2004, S. 81) oder JÄGER (2000, S. 102) darauf, dass sich der zu untersuchende Datenkorpus nicht nur aus Artikeln mit dem Thema Armut speist, sondern auch aus dessen thematischem Umkreis. (siehe dazu auch Kap. 3.2.1)

Dazu wird im ersten Teil der Versuch unternommen den Begriff und die Disziplin Sozialpädagogik bzw. Soziale Arbeit zu definieren um in weitere Folge einen geschichtlichen Rückblick zu geben.

In einem nächsten Schritt wird die Begrifflichkeit von Armut kurz durchleuchtet, um weiters die historischen Entwicklungen im Umgang mit Armutsphänomenen zu rekonstruieren, wobei vor allem ein Augenmerk auf sozialpädagogische/sozialarbeiterische Entwicklungslinien gelegt wird. Abschließend wird ein Einblick in gegenwärtige sozialpädagogische/sozialarbeiterische theoretische Modelle zum Thema Armut gegeben.

1.1 Sozialpädagogik

1.1.1 Begriff

Innerhalb der Sozialpädagogik und der jeweiligen Fachliteratur wird immer wieder der Zustand diskutiert, dass der Sozialpädagogik eine einheitliche theoretische und

wissenschaftliche Untermauerung fehlt. (vgl. HAMBURGER 2003, S. 11 od. MOLLENHAUER 2001, S. 13)

Dennoch sieht etwa HAMBURGER (2003) in dieser „Offenheit“, Vorteile für die Disziplin, da sie im Gegensatz zu anderen etablierten und einheitlich fundierten Disziplinen weniger dogmatisch und kritikresistent agieren kann. Die Gefahr der Beliebigkeit darf dabei aber nicht vergessen werden. (vgl. a.a.O., S. 12)

Ein Grund für diese Offenheit und die damit verbundenen Schwierigkeiten in der Begriffsbestimmung verdeutlicht schon die Frage, was der Begriff „Sozial“ bedeutet. Dieser Umstand macht sich auch in der Literatur bemerkbar. MOLLENHAUER (2001) verfolgt beispielsweise jenen Wortgebrauch, der sich vor allem aus der Praxis entwickelt hat: „Nach diesem Gebrauch des Wortes Sozialpädagogik bezeichnet es denjenigen Bereich der Erziehungswirklichkeit, der im Zusammenhang der industriellen Entwicklung als ein System gesellschaftlicher Eingliederungshilfen notwendig geworden ist, sich erweitert und differenziert hat; die Gleichsam an den Konfliktstellen dieser Gesellschaft entstehen [...]“. (a.a.O., S. 14f)

Ähnliche Erklärungsversuche finden sich auch bei HAMBURGER (2003), der vor allem folgende Aspekte sieht, welche die Sozialpädagogik bestimmen. Die Sozialpädagogik beschäftigt sich demnach mit dem „Verhältnis von Individuum und Gesellschaft“ (a.a.O., S. 14) und die daraus entstandenen Konflikte. Darüber hinaus analysiert sie diese Konfliktstellungen und generiert daraus Modelle zu deren Bearbeitung. Sie begreift sich somit als Praxis aber auch als Wissenschaft. (vgl. a.a.O., S. 14)

Ein weiterer Aspekt in der Diskussion, um eine Definition dreht sich um die Verwendung der Begrifflichkeiten „Sozialpädagogik“ und „Sozialarbeit“. Zusammenfassend lassen sich dabei folgende Zugänge erkennen:

- „Identität“: Diese These vertritt die Auffassung, dass die Disziplin der Sozialpädagogik und der Sozialarbeit gleich oder ähnlich zu betrachten ist, da sie beide auf Konfliktsituation reagieren. So werden beispielsweise in der Sozialarbeit (in einer weiten Auslegung) auch Erziehungskomponenten in die Arbeit miteinbezogen. Dennoch hat sich diese Auslegung größtenteils aufgrund der historischen Unterschiede widerlegt.
- „Differenz“: Dabei werden beide Bereiche mit dem Hinweis auf die historischen Unterschiede strikt voneinander getrennt und als zwei eigenständige Disziplinen betrachtet. Dieser Blick läuft aber Gefahr gegenwärtige Entwicklungen der Überschneidung beider Disziplinen außer Acht zu lassen.

- „Konvergenz“: Hier spricht man von einer zunehmenden Annäherung beider Disziplinen, die die früheren Differenzen abfedert. Dieser Trend zeichnet sich etwa in Zusammenlegungen vormals getrennter Fachbereiche, die dann zumeist unter dem Überbegriff „Soziale Arbeit“ geführt werden.

Diese Interpretationen stehen sich in der angesprochenen Diskussion gegenüber.

Größtenteils hat sich aber die Überzeugung durchgesetzt, dass es historische Unterschiede gibt, ob diese Differenzen in der Gegenwart noch vorhanden sind bleibt aber umstritten.

(vgl. RAITHEL/DOLLINGER/HÖRMANN 2007, S. 296)

Die hier vorliegende Arbeit folgt der Konvergenztheorie mit der Begründung, dass in der zu untersuchenden Fachzeitschrift „Neue Praxis“ eher dieser Auslegung gefolgt wird.

1.1.2 Geschichte

Begriffsgeschichtlich betrachtet fand die Verwendung des Wortes „Sozialpädagogik“ erstmals bei Mager im Jahr 1844 statt. Sechs Jahre später spricht auch Diesterweg von einer „Sozial-Pädagogik“. Diese ersten Erwähnungen werden vor allem als Reaktion auf die im 19. Jahrhundert vorherrschenden gesellschaftlichen Verhältnissen gesehen. (vgl. HAMBURGER 2003, S. 21f)

So schreibt etwa HAMBURGER: „Die mit der sozialen Frage des 19. Jahrhunderts, also mit der Arbeiterfrage und der Armut zusammenhängenden erzieherischen Praktiken und Vorstellungen werden als Sozialpädagogik bezeichnet.“ (a.a.O., S. 22)

Die früheren individualpädagogischen Lösungsvorstellungen reichten für einige Pädagogen zur Beantwortung dieser veränderten gesellschaftlichen Entwicklungen nicht mehr aus. Sozialpädagogik sollte demnach eine vermittelnde Position im Diskurs um kollektivistische und individualistische Erklärungsmodelle einnehmen. (vgl. DOLLINGER 2006, S. 132, 134ff)

Erst gegen Ende des 19. Jahrhunderts wurde die Diskussion, um eine Sozialpädagogik wieder lauter. Ausgehend von „[...] neukantianischen (NATORP) und biologistisch-induktiven Sozialpädagogiken (BERGEMANN) sowie[...] einer sozial engagierten Lehrerschaft und deren Vertretern (TEWS; RISSMANN)[...]“ ging es vor allem um eine Abgrenzung zu Herbarts Verständnis von (Sozial-) Pädagogik. (RAITHEL et al. 2007, S. 297f).

Paul Natorp ist wohl der bekannteste Kritiker Herbarts, der etwa die enge Verflechtung von Ethik und Psychologie mit der Pädagogik ablehnte.

Seine Theorie sah beispielsweise in den „[...]sozialen Bedingungen der Bildung und[...]“ den „[...]Bildungsbedingungen des sozialen Lebens [...]“ Themenbereiche der Sozialpädagogik. (HENSELER 2008, S. 188)

Um die 1920er Jahre kam es zu einem Bruch in der Geschichte der Sozialpädagogik. Im Zuge der „sozialpädagogischen Bewegung“, die unter anderem eng mit den Namen Wichern, Völter und Hirscher verbunden ist, kam es zu ersten Versuchen die Sozialpädagogik theoretisch zu untermauern. Es war die Zeit der Jugendbewegung, der Reformpädagogik und der Frauenbewegung in der sich die Sozialpädagogik formierte, etwa in Form von Ausbildungsstätten. Zusätzlich spielte aber auch die gesetzliche Verankerung im Reichsjugendwohlfahrtsgesetz eine Rolle in der Etablierung von sozialpädagogischen Institutionen. Seither lassen sich fortlaufende Differenzierungen und Umgestaltungen im sozialpädagogischen Feld erkennen, die bis heute anhalten. (vgl. MOLLENHAUER 2001, S. 15-18)

1.2 Armut

In der Auseinandersetzung mit der einschlägigen Fachliteratur zum Thema Armut wird man, auch in Bezugnahme auf historische Entwicklungen, immer wieder auf den normativen Aspekt des Armutsbegriffs aufmerksam. So schreiben etwa KARGL/LANDAU (2002): „Definitionen von Armut lassen sich ohne Rückgriff auf Werturteile nicht treffen, weshalb man auch sagen kann, dass Armutsdefinitionen weniger zum Ausdruck bringen, was ein Mensch braucht, als vielmehr, was die Gesellschaft ihm zuzugestehen bereit ist.“ (a.a.O., verfügbar unter URL:

http://www.armutskonferenz.at/wissen/armut_histormu_inhalt_kargl_landau.htm

[5.10.2005])

Die Sozialpädagogik und ihr gegenwärtiger Wissensstand können nur unzureichend als unabhängig von vergangenen Einflüssen verstanden werden. Auf die Notwendigkeit einer diachronen Betrachtung von Wissen hat auch schon FOUCAULT (1981, S. 183) mit Bezug auf das „Archiv“ hingewiesen. „Pädagogisches Wissen ist in dieser Diktion

archiviert, es ist expliziert in mitgeteilten Wissensbeständen, und zu ihnen wurden Beziehungen aufgebaut.“ (DOLLINGER 2006, S. 49)

Dabei spielen auch die gerne rezierten „Klassiker“, in Form von Zitationen und Bezugnahmen eine Rolle. Aus diesem Grund ist dieser Blick auf den vergangenen sozialpädagogischen Umgang mit dem Phänomen Armut und die damit verbundenen „Klassiker“ auch für die Gegenwart von Bedeutung. (vgl. a.a.O.)

1.2.1 Historische Entwicklung

Ausgehend von der beschriebenen Sichtweise ist es ebenfalls eine Frage des in der jeweiligen Zeit vorherrschenden Menschenbildes, welches nicht unwesentlich für die jeweilige Beurteilung von Armut ist. Aus dem historischen Blickwinkel könnte hierfür das Beispiel des Übergangs vom Mittelalter zur Neuzeit fungieren. War es im Mittelalter noch der Glaube an überirdische Mächte, die bei der Beurteilung des Menschen dominierten, so gewann im Laufe der als Neuzeit titulierten Epoche ein neues Menschenbild an Bedeutung. Gespeist durch neue Erkenntnissen und Entwicklungen in den verschiedensten Bereichen (Wirtschaft, Technik, Kultur, Wissenschaft, etc.) sah man nun den Menschen als ein eigenverantwortliches Wesen, was wiederum auch in der Beurteilung von Armut seinen Niederschlag fand. Demnach galt dies nicht mehr als ein von Gott gewolltes Schicksal, sondern man betrachtete Armut als ein selbstverschuldetes Versagen. Auswirkungen dieser Entwicklungen zeigten sich unter anderem in einer stärkeren Betonung von Selbsthilfe und Subsidiarität bei der Armenhilfe. (vgl. ANSEN 1998, S. 20-27)

Wie bereits beschrieben (Kap. 1.1.2) stehen die ersten Erwähnungen des Begriffs Sozialpädagogik im engen Zusammenhang mit der „Sozialen Frage“ des 19. Jahrhunderts. Massenarmut/-elend im Zusammenhang mit den gesellschaftlichen Veränderungen (Auflösung der ständischen Strukturen, Industrialisierung) am Ende des 18. Jahrhundert und Beginn des 19. Jahrhunderts und die daraus resultierenden pädagogischen Problemstellungen standen dabei im Mittelpunkt.

Pestalozzi, ein „Klassiker“ der (Sozial-)Pädagogik, entwarf zu jener Zeit seine Lösungsvorschläge. Im Zusammenhang mit Armut legte er Wert auf die Förderung des Selbsthilfepotentials des Einzelnen mithilfe der Bildung. Er setzte dabei vor allem auf die Vermittlung von Kompetenzen, die vor allem auf die Berufsfähigkeit abzielten und

weniger auf einer allgemeinen Wissensvermittlung basierten. Für Pestalozzi sollte die Ursache für Armut nicht bei dem Einzelnen, sondern in den sozialen und politischen Umständen gesucht werden. Auch heute greift man auf seine Erklärungsmodelle zurück, wenn es darum geht soziale Konflikte durch Erziehung zu entschärfen. (vgl. RAITHEL et al 2007, S. 111-115)

Im ausgehende 19. und beginnende 20. Jahrhundert kam es auch in Zusammenhang mit der Armenfürsorge und -politik zu Neuerungen. Zu nennen wären etwa die Arbeiterversicherungsgesetze unter Bismarck, die den staatlichen Umgang mit Armut neu regelte. Daraus ergaben sich zwei Möglichkeiten der Hilfe: zum einen die staatliche Unterstützung im Bedarfsfall für versicherte Arbeiter und zum zweiten die Hilfe für Arme ohne Versicherungsschutz. Letztere bekamen zumeist Hilfe in Form von privaten (kirchlichen) Initiativen. (vgl. SCHILLING 2005, S. 40f)

Nach dem ersten Weltkrieg kam zu einer Zentralisierung der Armenfürsorge und auch im Umgang und in der Bewertung von Armut änderten sich zunehmend die Einstellung. Die traditionelle Armenpflege bezog sich vor allem auf „[...]die äußere Seite der menschlichen Not: Nahrung, Kleidung, Obdach, Moral und Bildung.“ In dieser Neubewertung betrachtet man aber auch die seelischen Auswirkungen von Armutserfahrungen. „Nicht die Armut als solches, sondern das Erleben der Armut wird zum Gegenstand der Fürsorge.“ (a.a.O., S. 43f)

Als Wegbereiterin auf wissenschaftlicher Seite und auf dem Gebiet der Ausbildung gilt bis heute im Bereich der Sozialen Arbeit Alice Salomon. Die Ursache von Not und Armut waren nicht mehr nur bei dem Einzelnen zu suchen, sondern in den gesellschaftlichen Bedingungen auf die der Einzelnen nur wenig Einfluss hat. Daher war für Salomon eine soziale Diagnostik Grundlage für einen Hilfeplan, die die Daten über das soziale Umfeld und den Betroffenen erheben sollten. (a.a.O., S. 44f)

Diese Entwicklungen in der Weimarer Zeit endeten mit dem Nationalsozialismus und den damit verbundenen Änderungen in der Wohlfahrt. Beispielgebend für diese Zeit waren etwa (materielle) Kürzungen im Fürsorgesektor und die Negierung von Einzelschicksalen zu Gunsten des „Volksganzen“. Nach 1945 setzte man aber die Entwicklungen der Weimarer Zeit fort und versuchte die Herausforderungen der Nachkriegszeit unter anderem mithilfe der Sozialgesetzgebung in den Griff zu bekommen. (a.a.O., S. 46f)

Ab diesem Zeitpunkt beginnt man zunehmend von einem Wohlfahrtsstaat zu sprechen, der in der Armutsbekämpfung mit seinem Versicherungssystem eine immer stärkere Rolle einnimmt.

Grundsätzlich lässt sich seit dem 19. Jahrhundert in der „Armutsgeschichte“ einen Trend beobachten, bei dem der Staat immer wichtiger wird. (vgl. SCHEIPL 2008, S. 68f)

Aus der historischen Betrachtung geht weiters hervor, dass die Sozialpädagogik unter anderem „[...]die pädagogische Bearbeitung sozialer und kultureller Problemerkahrungen [...]“ als Thema über hat. Krisen (z.B.: Armut) sollen demnach mit Hilfe der Erziehung bearbeitet werden. (RAITHEL et al 2007, S. 298)

1.2.2 Gegenwärtige Armutstheorien in der Sozialpädagogik

Gegenwärtige Tendenzen im Diskurs um Armut weisen auf eine Form der „relativen Armut“ in der modernen Gesellschaft hin. Diese Sichtweise von Armut unterscheidet sich von einem absoluten Armutsbegriff dahingehend, dass sie Armut in Relation zu einem im heutigen Wohlfahrtsstaat allgemeinen Lebensstandard setzt. (vgl. NADAI 2009, S. 133)

Weiters hat sich in den letzten Jahrzehnten das Verständnis von Armut als rein monetärer Problembereich zu einer Sichtweise gewandelt, die vor allem auch auf die psycho-sozialen Folgen hinweist. Diese nicht-monetäre Sichtweise hat sich auch in der Sozialpädagogik in unterschiedlichen Ausprägungen etabliert. (vgl. SCHILLING 2005, S. 48f)

Mit dieser Erweiterung entsteht ein mehrdimensionaler Blick auf Armut, der sich vor allem in lebenslagenorientierten Ansätzen widerspiegelt. (vgl. HEINZELMANN 2002, S. 150f)

Diese Mehrdimensionalität zeigt sich auch in einer ausdifferenzierten wissenschaftlichen Diskussion zu dem Thema. In den folgenden Kapiteln werden einige Überlegungen des gegenwärtigen sozialpädagogischen Diskurses vorgestellt werden.

1.2.2.1 Bezug zur Lebenslage

Um diese Mehrdimensionalität besser einordnen zu können und sich von einer rein monetären Sicht abzugrenzen, bedient sich die Sozialpädagogik unter anderem dem Konzept der Lebenslagen. So schreibt etwa LUTZ (2004) im Zusammenhang mit Kinderarmut: „Soziale Arbeit muss deshalb [...] auf drei Ebenen arbeiten [individuell, lebenslagenbezogen, lokal-/sozialpolitisch] und diesen Kontext zunehmend theoretisch und

praktisch entfalten. Das verbindende Element ist dabei das Konzept der Lebenslage [...].“ (a.a.O., S. 57)

Seinen Anfang erlebte der Terminus „Lebenslage“ bei Otto Neurath in den 30er Jahren. Neurath verwendete diesen Begriff im Zusammenhang mit einer „soziologischen Gesellschaftsanalyse“. Später brachte ihn der Sozialwissenschaftler Gerhard Weisser in die sozialpolitische Diskussion ein. Präzisierungen erfuhr das Konzept unter anderem durch Ingeborg Nahnsen und Klaus Lompe. (vgl. BUTTERWEGGE/KLUNDT/ZENG 2005, S. 101ff)

Nach WEISSER (1956) versteht man unter Lebenslage jenen „[...] Spielraum, den einem Menschen (einer Gruppe von Menschen) die äußeren Umstände nachhaltig für die Befriedigung der Interessen bieten, die den Sinn seines Lebens bestimmen [...].“ (a.a.O., S. 986)

Als Grundgedanke dieses Konzepts gilt die Vorstellung, dass die Lebenslage des Menschen von unterschiedlichen Bereichen des Lebens beeinflusst wird: Neben materiellen Aspekte spielen unter anderem auch Bildung, soziale Beziehungen, gesellschaftliche Teilnahme eine essentielle Rolle. Entscheidend ist demnach inwieweit diese Handlungsspielräume eingeschränkt, ausgeschöpft oder behindert werden. (vgl. LUTZ 2004, S. 43)

1.2.2.2 Sozialraum

Neben dem bereits vorgestellten Ansatz spielen auch Überlegungen zum so genannten „Sozialraum“ im Zusammenhang mit Armutslagen eine Rolle. Diese Einsichten waren aber nicht immer Teil des pädagogischen Diskurses. Erst gegen Ende des 20. Jahrhunderts wurden diese Vorstellungen verstärkt in der wissenschaftlichen Diskussion aufgegriffen. Denn gerade für die Sozialpädagogik ist im „[...] Räumlichen [...] auch die Chance der Begegnung – in der Dynamik von Distanz und Nähe – zwischen Gleichaltrigen und mit Erwachsenen enthalten.“ (BÖHNISCH 2003, S. 169)

Der Raum als solches nimmt erst durch die stattgefundene Vergesellschaftung die Gestalt des Sozialraums an, der sozial bedingt und rückgebunden ist und im Spannungsverhältnis von individueller Aneignung und gesellschaftlicher Determination steht. (vgl. a.a.O., S. 170f)

Dennoch gibt es dazu auch kritische Stimmen, da diese Sozialraumorientierung dazu neigen kann benachteiligte Gebiete als homogenen Raum zu betrachten. Eine unkritische Auseinandersetzung führt nämlich dazu, soziale Problemlagen zu territorialisieren und den Blick auf das Individuum zu verlieren. Vielmehr sind es die sozialen, wie auch kulturellen Differenzen, die diesen gesellschaftlichen Raum in seiner Heterogenität auszeichnen. Aus- und Abgrenzungsprozesse können die Folge dieser Entwicklung sein, die auf einer zumeist symbolischen Ebene, bestimmte Vorstellungen der Lebensführung etabliert. (vgl. OTTO/ZIEGLER 2004, S. 274f)

Aber gerade für die Sozialpädagogik spielen Ansätze, die sich mit dem „Raum“ der jeweiligen Klienten auseinandersetzen eine bedeutende Rolle und somit „[...] die Einsicht, dass auch `soziale Probleme´ einen räumlichen, lokalisierbaren Bezug haben [...]“ (a.a.O., S. 278)

Denn der Bezug zum nähräumlichen und zur engeren Gemeinschaft kann laut OTTO/ZIEGLER (2004) Selbsthilfe und Empowerment fördern und neue Handlungsräume und -chancen schaffen, da dadurch die Bereitschaft steigt Verantwortung für die Gemeinschaft zu übernehmen. (vgl. a.a.O., S. 135)

1.2.2.3 Lebensweltorientierung

Dieser Bezug zu den Lebenslagen und den nähräumlichen Gemeinschaften erkennt man unter anderem in der Orientierung an der Lebenswelt und sie ist oftmals Ausgangspunkt sozialpädagogischer Hilfe in Theorie und Praxis. Der Bezug zum konkreten Alltag steht dabei im Vordergrund, was „[...] der Tradition der geisteswissenschaftlichen Pädagogik [...]“ entspricht, „[...] die den Menschen verstehen und nicht erklären will.“ (ANSEN 2006, S. 30)

Erst diese Verknüpfung zur jeweiligen Lebenswelt macht die individuellen Ressourcen sichtbar, die eine, im sozialpädagogischen Diskurs so oft propagierte, selbstständige Lebensbewältigung ermöglicht.

Die Lebenswelt gliedert sich dabei in unterschiedliche Bereiche, wie etwa Familie, Beruf, soziale oder öffentliche Kontakte. Die daraus gewonnenen Erfahrungen haben Einfluss auf die jeweilige Biografie und können dabei hinderlich oder förderlich sein. Gerade bei

Armutsbetroffenen spielen aber auch Ungleichheitserfahrungen etwa bei Bildung und Gesundheit eine Rolle. (vgl. a.a.O., S. 30ff)

Die Sozialpädagogik bewegt sich in diesem Feld im Spannungsverhältnis von der Achtung der jeweiligen Lebenswelt und der Aufdeckung möglicher Handlungsspielräume. ANSEN (2006) schlägt dabei eine alltagsnahe Hilfe vor, um die Hilfsangebote nicht vom Lebensweltbezug zu entfremden. „Alltagsnah heißt hier, dass Hilfen mit den Lebenserfahrungen der Zielgruppe kompatibel sein müssen.“ (a.a.O., S. 32)

1.2.2.4 Soziale Ausgrenzung und Exklusion

Wie bereits in den anderen Kapiteln angedeutet wurde, steht der Begriff der Armut in einem sozialpädagogischen Verständnis nicht nur für einen reinen monetären Mangel. Vielmehr werden auch andere Aspekte zur Beurteilung dieser Problemlage herangezogen, wie etwa zentrale Lebensbereiche/-lagen (Arbeit, Wohnen, Bildung, Gesundheit) aber auch sozialräumliche Aspekte.

In der neueren Armutsforschung spielen unter anderem Aspekte des Ausschlusses und der Teilhabe eine immer stärkere Rolle in der Bewertung und Beurteilung von Armutslagen. Dabei stehen unterschiedliche Begrifflichkeiten (Exklusion, Ausgrenzung, Teilhabe, Integration, etc.) zur Diskussion. So versteht etwa das Konzept der „sozialen Ausgrenzung“ unter Armut, den „[...] Mangel an Teilhabe- und Verwirklichungschancen [...]“ und setzt den Fokus dabei nicht nur auf finanzielle Bereiche von Armut, da diese Sichtweise bei der Beschreibung von Armutslagen nicht ausreicht.

(APPEL/KARGL/SCHENK 2003, S. 10) MÄDER (2009) hebt in diesem Zusammenhang vor allem in die „dynamischen/lebenslauftheoretische Armutsforschung“ hervor, da sie „[...] zum einen Prozesse der Integration und des Ausschlusses [mit einbezieht], die Individuen und soziale Gruppen auch psycho-sozial betreffen; zum anderen berücksichtigt sie aber auch, dass sich die Veränderungen von Milieus und Lebenslagen in einem sozialstrukturellen System vollziehen, das nach wie vor festlegt, was oben und unten ist.“ (a.a.O., S. 49)

Als vorteilhaft hat sich bei dieser Forschung erwiesen, dass etwa die zeitliche Dimension von Armut (Dauer und Verlaufsform) analysiert wird aber auch neue Erkenntnisse im Bereich der subjektiven Verarbeitungsstrategien von Armut stehen diesem

Forschungsbereich nahe. Kritische Stimmen merken wiederum an, dass sie mit der Fokussierung auf „Kurzzeitarmut“ andere Problemlagen („Langzeitarmut“) zunehmend aus dem Blick verliert. (vgl. BUTTERWEGGE et al. 2005, S. 103ff)

2 Diskurs

Der Begriff „Diskurs“ findet sich in der gegenwärtigen Verwendung in den verschiedensten Versionen wieder und steht beispielsweise für Bezeichnungen wie Diskussion, Rede, Dialog etc.. Die unterschiedliche Auslegung dieses modischen Terminus scheint auch vor wissenschaftlichen Kreisen keinen Halt zu machen. Oft geraten unterschiedliche Sichtweisen des Diskurs-Begriffs aneinander, was mitunter an der Tatsache liegt, dass seit der zweiten Hälfte der 70er Jahre eine zunehmende „diskurstheoretische“ Auseinandersetzung in den unterschiedlichsten Forschungszweigen erfolgte. Gemeinsam ist diesen verschiedenen Auslegungen, dass sie unter einem Diskurs mehr als nur einen/mehrere Text(e) begreifen. Der Unterschied zwischen den verschiedenen Ansätzen (z.B. von: Habermas, Foucault, Lacan, van Dijk, etc.) liegt im Detail. (vgl. JÄGER 1996, S. 238-249)

Eine Definition von dem Begriff Diskurs kann demnach, je nach Sichtweise sehr unterschiedlich ausfallen.

2.1 Diskurstheorien

Wie man sieht können die Interpretationen zu dieser Thematik differieren und daher sollen einige diskurstheoretische Ansätze kurz vorgestellt werden, wobei nicht der Anspruch auf Vollständigkeit erhoben werden kann. Vielmehr geht es darum die Unterschiede zum „französischen“ Diskursbegriff Foucault'scher Prägung deutlich zu machen.

- angelsächsische Diskursauslegung

Konrad Ehlich, ein Vertreter dieser Richtung, „[...] faßt [...] Diskurs lediglich als spezifische Verbindungen von sprachlichen Handlungen auf [...]“ (JÄGER 2004, S. 121)

- „kritische Diskurslinguistik“

Norman Fairclough versucht dabei Anteile von Foucaults Arbeiten und Teile der Sprachtheorie Hallidays zu verbinden.

- „Critical Discourse Analysis“

Der Begründer dieses Ansatzes, Van Dijk, geht dabei (sozio-)kognitionswissenschaftlich vor, um den Zusammenhang zwischen Diskurs und Subjekt zu erläutern. Erwiesen hat sich dabei, dass Diskurse Einfluss auf das individuelle Bewusstsein haben.

- „Linguistik der Anspielung“

In Franz Januschek's Überlegungen versteht man den Akt des Sprechens, und in weiterer Folge Diskurse, als eine Wirklichkeit konstruierende Praxis, was einer Foucaultschen Auslegung sehr Nahe kommt.

- Diskursanalyse nach Lacan

Eine an der Psychoanalyse orientierte Spielart, wonach das Subjekt durch Diskurse und diskursive Regeln geprägt ist.

(vgl. JÄGER 2004, S. 122ff)

- Diskurstheorie nach Habermas

Der Diskurs wird dabei “[...] als eine möglichst herrschaftsfreie, rational argumentierende, öffentliche Debatte über bestimmte Gegenstände [...]“ begriffen, wobei man letztlich von einem „[...] rationalen und machtneutralen Diskursbegriff [...]“ ausgehen kann, was wiederum im Gegensatz zu Foucault steht. (JÄGER 2004, S. 127)

Die hier erwähnten Diskurs-Konzepte sind nur ein Teil der gegenwärtigen wissenschaftlichen Auseinandersetzung. Andere Ansätze beanspruchen ebenfalls die Legitimität im wissenschaftlichen Feld und präsentieren dabei unterschiedliche Schwerpunkte und theoretische Überlegungen.

2.2 Diskurstheorie nach Foucault

2.2.1 Foucault und Habermas

Die oben genannten unterschiedlichen Auslegungen zeigen die Heterogenität des Diskursbegriffs und weisen auf Abgrenzungen zum Diskursbegriff bei Foucault hin. Um den Unterschied noch deutlicher zu machen, soll nun noch kurz eine Diskurstheorie und zwar die von Habermas, dem Foucaultschen Ansatz gegenübergestellt werden.

Auch in der Fachliteratur werden diese beiden Diskurstheorien gerne miteinander verglichen, was unter anderem an ihrer Gegensätzlichkeit liegt. (vgl. JÄGER 1996, S. 238-249)

Habermas entwickelte ein philosophisches Konzept, in welchem Diskurs für ein „[...] rationales, herrschaftsfreies Gespräch zwischen gleichberechtigten Subjekten [...]“ steht. Seiner Diskursethik steht „[...] eine regulative Idee [...]“ zugrunde, „[...] die zur Orientierung für konkrete Diskurse gedacht ist, er beschreibt keine empirischen Diskurse [...]“. (MASET 2001, S. 27)

Demgegenüber steht Foucaults Diskurs-Begriff, welchem nicht nur eine kommunikative Ebene, sondern gleichzeitig ein wirkmächtiger und wirklichkeitskonstitutiver Charakter unterstellt wird. Anders gesagt bedeutet das, dass Diskurse „[...] regelgeleitete Praktiken [...]“ sind „[...] die Gegenstände nicht nur bezeichnen, [...] sondern das, worüber sie sprechen, real hervorbringen.“ (BUBLITZ 1999, S. 256)

Der Diskurs wird bei Foucault, im Gegensatz zu Habermas, nicht vom Subjekt konstituiert sondern eher umgekehrt. FOUCAULT (1978, S. 32) schreibt dazu: „Man muß sich vom konstituierenden Subjekt, vom Subjekt selbst befreien, das heißt zu einer Gesellschaftsanalyse gelangen, die die Konstitution des Subjekts im geschichtlichen Zusammenhang zu klären vermag.“

2.2.2 Diskurs bei Foucault

Die Gegenüberstellung dieser Diskurstheorien und der Blick auf einige andere Ansätze haben schon ein Bild von Ausprägung und Gehalt des Foucaultschen Diskursbegriffs

gezeichnet. Dennoch soll nun eine detaillierte Darstellung über den Begriff „Diskurs“ bei Foucault folgen, da dies letztlich Grundlage der hier vorliegenden Methode ist.

FOUCAULT (1982, S. 7) beschreibt, wie bereits erwähnt, keinen herrschaftsfreien Diskurs vielmehr sagt er: „[...] daß in jeder Gesellschaft die Produktion des Diskurses zugleich kontrolliert, selektiert, organisiert und kanalisiert wird [...].“

Diese Mechanismen agieren aber nicht nur auf dem Prinzip des „Sagbaren“ in Form von, was in einer Gesellschaft zu einer bestimmten Zeit gesagt werden darf, sondern auch mit Ausschließungsverfahren, wie etwa dem Verbot. Solche Verbote können sich unterschiedlich äußern, so auch in Gestalt der Tabuisierung und der Ritualisierung.

FOUCAULT sieht dies beispielsweise in den 70er Jahren verstärkt in den Bereichen Sexualität und Politik. (vgl. a.a.O., S. 8)

Und er schreibt weiter: „[...] der Diskurs [...] ist auch nicht bloß das, was die Kämpfe oder die Systeme der Beherrschung in Sprache übersetzt: er ist dasjenige, worum und womit man kämpft [...]“. (a.a.O., S. 8)

Neben dem Verbot gibt es aber noch andere Mechanismen die den Diskurs bedingen, so etwa die Grenzziehung und Entwertung. Die Geschichte liefert dafür ausreichend Beispiele, so etwa die Gegenüberstellung von Vernunft und Wahnsinn, die sich seit dem Mittelalter etabliert hat. Dem einen wird die Wahrheit (Vernunft) zugeordnet, dem anderen (Wahnsinn) kaum ein Wert eingeräumt.

Wie schon angedeutet spielen bei diesen Prozessen immer auch verschiedene Institutionen und Regelungen eine entscheidende Rolle (für obiges Beispiel etwa: Ärzte, Psychoanalytiker, etc.). (vgl. a.a.O., S. 8ff)

Auch JÄGER (2004) argumentiert in diese Richtung, wenn er davon spricht, „[...] daß der Diskurs immer schon mehr oder minder stark strukturiert und also `fest` und geregelt (im Sinne von konventionalisiert bzw. sozial verfestigt) ist.“ (a.a.O., S. 129)

Dieses „richtige“ Wissen ist, ob auf wissenschaftlicher oder alltäglicher Ebene durch verschiedenste Regelungen und Institutionen gestützt. „Wahrheit ist demnach nicht irgendwie diskurs-extern vorgegeben, sondern sie wird jeweils erst historisch-diskursiv erzeugt.“ (a.a.O.)

Neben den bereits genannten Mechanismen zur Strukturierung von Diskursen, die als Ausschließungssysteme agieren, kann man auch interne Prozeduren erkennen. Als Beispiel hierfür kann man den Kommentar nennen. FOUCAULT (1982) stellt dabei die Hypothese auf, „[...] daß es kaum eine Gesellschaft gibt, in der nicht große Erzählungen existieren,

die man erzählt, wiederholt, abwandelt; Formeln, Texte, ritualisierte Diskurssammlungen, die man bei bestimmten Gelegenheiten vorträgt [...].“ (a.a.O., S. 16)

Der Kommentar schafft nun die Möglichkeit diese „Primärtexte“ umzuwandeln und zu ergänzen, der Diskurs des „Primärtextes“ oder Teile davon bleiben aber dennoch - in neuer Gestalt - erhalten. (vgl. a.a.O., S. 16ff)

Bei den bisherigen Ausführungen war vor allem die Rede von einem/mehreren hegemonial geregelten Diskurs/en, welche/r aber keineswegs unangefochten agier(t)/en. Aus Erfahrung kennt man auch so genannte Gegendiskurse, die den „normalen“ Regeln des jeweiligen Diskurses widersprechen. „Doch selbst solche Regelverstöße sind wiederum diskursiv und geregelt, nur auf andere Weise, als dies der im hegemonialen Diskurs allgemein anerkannten Norm entspricht.“ (JÄGER 2004, S. 129)

JÄGER spricht in diesem Zusammenhang auch von einem „Kampf der Diskurse“, „[...] von Ausbrechversuchen aus dem `normalen´ oder dem hegemonialen Diskurs [...].“ (a.a.O., S. 130)

Diese Mechanismen sind immer wieder zu beobachten, ob auf einer akademischen Ebene oder in einem Gespräch am Mittagstisch. Beispielgebend dafür ist etwa der gegenwärtige politische Diskurs, den JÄGER (2004) als neokonservativ und/oder neoliberal orientiert bezeichnet. Dem stehen aber immer auch kritisierende und problematisierende Positionen gegenüber, wie sie teilweise im politischen Feld bei den Grünen und den Sozialdemokraten und in einer stärkeren Ausprägung bei Linken und Rechten zu beobachten sind. (vgl. a.a.O., S. 142f)

Für die Sozialpädagogik sind Diskurstheorien unter anderem deshalb von Bedeutung, da sie (auf unterschiedliche Weise) das Verhältnis zwischen Individuum und Gesellschaft thematisieren. Hinzu kommt, dass die Sozialpädagogik selbst einen Teil zum gesellschaftlichen Diskurs beiträgt, indem sie einen wissenschaftlichen Spezialdiskurs darstellt. (vgl. JÄGER 1996, S. 247)

Die hier vorliegende Arbeit wird sich an der Diskurstheorie Foucaultscher Prägung orientieren, da sie mit Hilfe der daraus abgeleiteten Kritischen Diskursanalyse die Möglichkeit bietet, eben diesen sozialpädagogischen Spezialdiskurs und den darin enthaltenen Machtkonstellationen und Einflussfaktoren zu analysieren, was vor allem auch für die Untersuchung des Armutsdiskurses von Bedeutung ist. (siehe dazu auch Kap. 1).

3 Kritische Diskursanalyse

3.1 Begrifflichkeiten

Die in Folge der Schriften und Arbeiten von Michel Foucault entwickelte Kritische Diskursanalyse wurde im Laufe der Zeit einer ständigen Erweiterung und praktischen Verfeinerung unterzogen. Eine im deutschsprachigen Raum federführende Rolle spiel(t)en dabei das Team rund um den Bochumer/Dortmunder Literatur- und Kulturwissenschaftler Jürgen Link und das Duisburger Institut für Sprach- und Sozialforschung (DISS).

Als Grundlage für die Entwicklung einer „methodischen Werkzeugkiste“ für die Kritische Diskursanalyse diente, wie bereits erwähnt, die Diskurstheorie M. Foucaults. Daraus ableitend können Diskurse als „[...] soziale Wissensflüsse durch die Zeit [...]“ verstanden werden, die in ihrer Struktur einem komplexen und untereinander vernetzten „Gewimmel“ ähneln. (JÄGER 2000, S. 96)

Um diese verflochtene Struktur analysierbarer zu machen, bedient sich JÄGER (2000) folgenden Unterteilungen:

- *Spezialdiskurse und Interdiskurse*

Spezialdiskurse beschreiben Diskurse, welche auf Seiten der Wissenschaften geführt werden. Bezogen auf meine Fragestellung kann man somit von einer Untersuchung des Spezialdiskurses der Sozialpädagogik sprechen. Alle nicht-wissenschaftlichen Diskurse werden als Interdiskurse bezeichnet, wobei diese ständig im Austausch mit den Spezialdiskursen stehen.

- *Diskursstränge*

Da der gesamtgesellschaftliche Diskurs aus unterschiedlichen Themen besteht, werden unter dem Begriff „Diskursstrang“ diejenigen Diskurse zusammengefasst, die einem einheitlichen Thema folgen. Daraus ableitend werde ich mich dem Diskursstrang mit dem Thema Armut widmen.

- *Diskursfragment*

Bei der Beschreibung des Armutsdiskurses ist man auf die Analyse verschiedener Texte zu diesem Thema angewiesen. Diese Texte werden von JÄGER als Diskursfragmente bezeichnet und fassen sich in ihrer Fülle zu den Diskurssträngen zusammen.

- *Diskursstrang-Verschränkung*

Texte enthalten oft unterschiedliche Themen oder nehmen, obwohl klar gestellt wurde, dass sich der Artikel einem bestimmten Topos widmet (z.B.: Armut), Bezug auf andere Themen. Dabei spricht man von einer Diskursstrang-Verschränkung. So könnte etwa das Thema Armut mit dem ökonomischen Diskursstrang in Verbindung gebracht werden etc..

- *diskursive Ereignisse*

Diskursive Ereignisse sind solche Ereignisse, die politisch und medial besonderes Aufsehen erregen und dazu beitragen, den jeweiligen Diskursstrang mehr oder weniger stark zu beeinflussen.

- *Diskursebene*

Diskurse werden auf verschiedenen Ebenen behandelt (z.B.: Wissenschaft, Medien, Politik, Alltag, etc.), die man auch als „soziale Orte“ bezeichnen kann. Kennzeichnend für diese Diskursebenen ist, dass sie nicht unabhängig voneinander agieren.

Wissenschaftliche Spezialdiskurse können etwa von den Medien aufgenommen und in ihrer jeweiligen Form zugespitzt und populistisch aufgeladen werden, was wiederum Einfluss auf den Alltagsdiskurs haben könnte.

- *Diskursposition*

Unter Diskursposition versteht man die ideologische Stellung eines Individuums oder eines Mediums. Diese wird zumeist erst im Laufe der Diskursanalyse sichtbar, kann jedoch auch im Vorfeld erarbeitet werden und im Laufe der Untersuchung erweitert werden. Somit geht es in weitere Folge dieser Diplomarbeit auch um die Frage der ideologischen Position der „NEUEN PRAXIS“ und deren Einbettung im hegemonialen Diskurs.

(vgl. a.a.O., S. 96-100)

Nach diesen grundlegenden Überlegungen kann nun zu der eigentlichen Diskursanalyse übergegangen werden. Ziel einer solchen Analyse ist es, Diskurse durch deren Rekonstruktion sichtbarer und beschreibbarer zu machen. (vgl. BUBLITZ 1999, S. 256)

3.2 Methodisches Vorgehen

3.2.1 Vorüberlegungen

Als einen ersten Schritt beginnt man (laut KELLER 2004, S. 81) mit einer groben Festlegung des zu untersuchenden Feldes, was in meinen Fall dem Thema „Armut“ entspricht. Zu beachten wäre dabei, dass man bei der Auswahl des zu analysierenden Datenkorpus nicht nur Artikel auswählt, welche sich explizit mit dem Thema Armut auseinandersetzen, sondern auch jene die in einem engen Zusammenhang mit diesem stehen. (vgl. JÄGER 2000, S. 102)

Nach einer vorläufigen Voruntersuchung einzelner Artikel stehen dabei etwa Themen wie „Ausgrenzung“, „Arbeitslosigkeit“, „soziale Benachteiligung“ etc. zur Diskussion. Weiters muss vorab geklärt werden auf welcher Ebene dieses Thema untersucht wird. Wie bereits erwähnt wird sich meine Diplomarbeit auf den sozialpädagogischen Spezialdiskurs zu diesem Thema konzentrieren. (vgl. KELLER 2004, S. 81)

3.2.2 Strukturanalyse

Nach diesen groben Vorüberlegungen erfolgt in einem weiteren Schritt die Gewinnung des Materialkorpus. Dabei werden die Artikel in Hinblick auf die behandelten Themen (Unterthemen), die Textsorte, die Bebilderung, etc. archiviert. Diese Vorarbeiten dienen dazu die Grundstruktur des Armutsdiskurses in der NEUEN PRAXIS zu erfassen. Bei einer solchen Strukturanalyse wird sichtbar welche (Unter-) Themen mehrfach auftauchen, was somit Rückschlüsse auf die qualitative Bandbreite des Themas in der Zeitschrift zulässt. Zu berücksichtigen wäre dabei auch der quantitative Aspekt dieser Untersuchung, da die Häufung bestimmter Themen einen Trend bzw. Schwerpunkt erkennen lässt. (vgl. JÄGER 2004, S. 191f)

3.2.3 Feinanalyse

Bei der Feinanalyse werden für die Zeitschrift typische Artikel bzw. Diskursfragmente herangezogen. Um diese typischen Fragmente zu erhalten, muss man sich zunächst auf die bereits vorgenommene Strukturanalyse beziehen, die eine inhaltliche und formale Tendenz der Zeitschrift erkennen lässt. Die daraus gewonnenen Einsichten helfen bei der Auswahl typischer Diskursfragmente. Weitere Kriterien für einen typischen Artikel sind etwa der thematische Schwerpunkt, die (quantitative) Aufteilung der (Unter-) Themen, der Stil der Berichterstattung (sensationsheischend, streng wissenschaftlich, etc.), die Ähnlichkeit zur Diskursposition der Zeitschrift und die Verschränkungen mit anderen Diskurssträngen. Ziel der Feinanalyse ist es „[...] in Rückkoppelung mit den Strukturanalysen stark verallgemeinernde Aussagen über den Diskursstrang [...] vornehmen zu können, ohne `vom Material erschlagen´ zu werden.“ (JÄGER 2004, S. 193)

Diese Analyse erfolgt dabei in folgenden Schritten:

- I. Institutioneller Rahmen (Autor, Anlässe für bestimmte Artikel, etc.)
- II. Text- „Oberfläche“ (Bebilderung, Überschriften, Hervorhebung best. Punkte, u.ä.)
- III. Sprachlich- rhetorische Mittel (Anspielungen, Redewendungen, Argumentationsstrategie, usw.)
- IV. Inhaltlich-ideologische Aussagen (Menschenbild, Zukunftsvisionen, Haltung zu Ökonomie, Ökologie,...)
- V. Interpretation (auf der Grundlage der Untersuchungsergebnisse von Punkt 1-4)

(vgl. a.a.O., S. 175)

3.2.4 Gesamtinterpretation des Diskursstrangs der Zeitschrift

In einem nächsten Schritt werde ich die in den vorangegangenen Analysen (Struktur- und Feinanalyse) gewonnenen Ergebnisse, einer zusammenfassenden Untersuchung unterziehen. Dieser abschließende Teil steht auch im Zeichen der von mir eingangs erwähnten Fragenstellung, welche dementsprechend beantwortet wird.

Ziel dieser Interpretation soll es sein den Diskursstrang der NEUEN PRAXIS zum Thema Armut zu erfassen, um ihn im sozialpädagogischen Forschungsfeld einzubetten. (vgl. a.a.O., S. 194)

II. Diskursanalyse

In Teil I der Arbeit wurden, die historischen und gegenwärtigen Entwicklungen im Zusammenhang mit Armutsphänomenen dargestellt. Diese theoretischen Überlegungen sollen anhand der nun folgenden Diskursanalyse von Artikeln der Fachzeitschrift konkretisiert werden.

1 Strukturanalyse

Wie in Kapitel 3.2.2 bereits beschrieben werden in den folgenden Kapiteln, jene Themen vorgestellt die im Armutsdiskurs besonders oft auftauchen und behandelt werden. Was einen ersten Schritt in der Erörterung der Grundstruktur (qualitativ und quantitativ) des Armutsdiskurs darstellt. Die nachfolgenden Themen sind nach ihrer Häufung gereiht, beginnend mit dem häufigsten Themenbereich: Arbeit, Politik, Ausgrenzung/Exklusion, Gesellschaft, Gerechtigkeit, Recht, Bildung, Wohlfahrtsstaat, Krankheit, Kinder/Jugendliche.

Die hier angestellte Reihung berücksichtigt nur die zehn wichtigsten Themenbereiche, was aber nicht bedeutet, dass die thematische Bandbreite hier endet. Vielmehr ist eine Grenze gesetzt worden, um die Übersichtlichkeit zu gewährleisten.

1.1 Arbeit

Um den sozialpädagogischen Armutsdiskurs besser verstehen zu können, muss man vor allem das Thema Arbeit in den Vordergrund rücken. Durch meine Analyse wurde deutlich, dass der Diskurs über Arbeit in all seinen Facetten rein quantitativ der Wichtigste ist. Seine Bedeutung drückt sich auch in einem kontinuierlichen Auftreten im gesamten Untersuchungszeitraum und in seiner qualitativen Stabilität aus.

Deshalb widmet sich dieses Kapitel dem Thema, indem es die Bandbreite des Diskurses aufzeigt und die damit verbundenen Verschränkungen mit Armut und anderen Themenbereichen skizziert.

1.1.1 Allgemein

Arbeit so wie sie in unserer Gesellschaft verstanden und gelebt wird, hat ursprünglich die zentrale Rolle in der sozialen Integration über. Neben dem finanziellen Aspekt stellt sie die Grundlage für den sozialen Status der jeweiligen Person dar. „Erwerbsarbeit schafft `soziale Verortung`: sie gibt Menschen für sich und anderen einen Kontext vor, in dem sie die Frage, wer sie im Verhältnis zu anderen sind, behandeln und beantworten können.“ (BÖHNISCH 1994, S. 69)

Auch in Bildungs- und Erziehungsprozessen kommt der Arbeit eine wichtige Rolle zu. Natürlich greift der Blick auf Bildung als reine Qualifikationsmaßnahme zu kurz, dennoch sind „arbeitsferne“ Kompetenzen (kulturelle, soziale, politische, u.ä.) in den meisten Biografien untergeordnet. (vgl. a.a.O., S. 67-70)

Die Unterscheidungsmöglichkeiten des Begriffs Arbeit sind dennoch vielfältig und um hier eine Eingrenzung vorzunehmen, beziehe ich mich – auch im Sinne der analysierten Texte – auf Lohn-/Erwerbsarbeit. Arbeit im Verständnis von Lohnarbeit wird vor allem im Zusammenhang mit Diskursen verwendet, die Arbeitslosigkeit als Gegenbegriff/-position beinhalten. (vgl. BANGO 2001, S. 129)

1.1.2 Arbeitslosigkeit

Der enge Zusammenhang zwischen Armut und Arbeit/-losigkeit zeigt sich in vielen Artikeln der Zeitschrift, wie etwa im Folgenden von ALBRECHT (1991):

„Arbeitslosigkeit ist [...] Ausschluß von bezahlter Arbeit und setzt so eine soziale Ausgrenzungsspirale in Gang.“

Denn „[...] Arbeitslosigkeit heißt auch heute noch Ausschluß in mehrfacher Weise. Ausschluß von Arbeit. Aber auch Ausschluß von Konsum, soziale Ausgrenzung und Diskriminierung, Isolation, familiäre Konflikte, verminderte Ausbildungs- und Lebenschancen.“ (a.a.O., S. 341)

Diese Korrelation von Arbeitslosigkeit und sozialem Ausschluss wird hier bestätigt, wobei vor allem der Aspekt der finanziellen Armut (Einkommensarmut) eine vorrangige Rolle einnimmt.

Dennoch muss man beachten, dass eine hohe Arbeitslosenquote nur bedingt mit einem hohen Grad an sozialem Ausschluss gleichzusetzen ist. Erst eine Differenzierung zwischen Langzeitarbeitslosen und Menschen, die kurzfristig ohne Erwerbsarbeit auskommen müssen, kann hier Aufschlüsse liefern. Denn durch die zunehmende Dynamik am Arbeitsmarkt werden kontinuierlich verlaufende Erwerbsbiografien immer mehr zu einer Rarität. Kurz gesagt: Arbeitslosigkeit kann jeden treffen, vom Akademiker bis zur Hilfskraft. (vgl. LUDWIG-MAYERHOFER 2008, S. 220ff)

OTTO/MÜLLER (1990) sprechen in diesem Zusammenhang in einem Artikel in der NP von einer „[...] Erosion des Normalarbeitsverhältnisses [...]“ (a.a.O., S. 227).

Dies trifft aber vor allem ältere, unqualifizierte und/oder kranke Personen. Sie fallen durch den sozialstaatlichen Rost und tauchen in der Statistik unter dem Titel

„Langzeitarbeitslose“ wieder auf. (vgl. LUDWIG-MAYERHOFER 2008, S. 221)

Betrachtet man Arbeitslosigkeit als Dauerzustand in unserer Gesellschaft, so verliert der oben genannte sozialintegrative Aspekt (Kap. 1.1.) der Lohnarbeit immer mehr an Bedeutung. Und so kann man heute „anomische Grundtendenzen“ in Bezug auf Arbeit feststellen. Die Erwerbsarbeit verliert demnach „[...] ihre sozialintegrative Bedeutung gleichwohl sie als Existenzgrundlage weiter wichtig bleibt oder gar rigider wird.“ (BÖHNISCH 1994, S. 66)

1.1.3 „...Arbeit schützt vor Armut?“

Neben der Gruppe der Langzeitarbeitslosen kursierten in den vergangenen Jahren immer wieder Begriffe wie „working poor“ und „atypisch Beschäftigte“ in den Medien und auch in den von mir analysierten Texten. Vor allem die Verschränkung mit Armut bzw. Armutsgefährdung war bei diesen Beiträgen zu beobachten.

Eine der Definitionen in der NP für „working poor“ findet man bei BUTTERWEGGE (2004):

„Unter ‘working poor’ versteht man jene Gruppe von Personen/Haushalten, deren Einkommen *trotz* Lohnarbeit unter bzw. knapp oberhalb der Armutsgrenze liegt.“
(a.a.O., S. 595)

Im Laufe der letzten Jahre stieg auch die Zahl der in prekären Beschäftigungsverhältnissen stehenden Personen („atypisch Beschäftigten“) stetig an. Das sind all jene Personen, die als LeiharbeiterInnen, Teilzeitbeschäftigte oder als ArbeitnehmerInnen in befristeten Arbeitsverhältnissen beschäftigt sind und somit auch ein erhöhtes Armutsrisiko tragen. (vgl. BUTTERWEGGE et al. 2005, S. 60)

1.1.4 Arbeitsmarkt

Gründe für diese Entwicklungen werden vor allem in der zunehmenden Dynamisierung des Arbeitsmarktes gesucht. Das so genannte Normalarbeitsverhältnis, welches eine „[...] sozial- bzw. arbeitsrechtlich und kollektivvertraglich geschützte Vollbeschäftigung [...]“ (a.a.O., S. 59) verspricht, verliert in dieser Dynamik immer mehr an Bedeutung. Unter den Schlagworten der Flexibilisierung, Deregulierung und Rationalisierung begann die globalisierte Wirtschaft neue Wege zu gehen, was letztlich auch den Arbeitsmarkt erreichte. (vgl. a.a.O., S. 57-61)

Die Autoren der NP nehmen hierzu eine mehrheitlich kritische Haltung ein, so beispielsweise REIDEGELB/REUBELT (1995): „Die Praxis, wirtschaftliche bzw. sozialpolitische Probleme über ‘Freisetzung’, ‘Ausgrenzung’, Leistungseinschränkung, radikale Verbilligung der Arbeitskraft, durch Flexibilisierung und Deregulierung lösen zu wollen, macht zwar kurzfristig-einzelwirtschaftlichen und vordergründig-

finanzwirtschaftlichen `Sinn´, wird die Zahl der extrem Armen jedoch nicht reduzieren.“
(a.a.O., S. 177)

Ein möglicher Weg Armut zu bekämpfen wäre, nach BUTTERWEGGE et al. (2005) eine Art Umverteilung von Arbeit. Dieses Modell sieht vor, dass die Wochenarbeitszeit verkürzt, Überstunden abgebaut und ein kollektiver Mindestlohn eingeführt wird. Diese Neuregelung der Wochenarbeitszeit und die Verringerung der Überstunden sollen demnach die Arbeitslosigkeit und somit auch Armut verringern. Die Forderung nach einem gesetzlich geregelten Mindestlohn und einem flächendeckenden Kollektivvertrag entspringt wiederum der Idee, dass dem bereits erwähnten Trend der „Erosion der Normalarbeitsverhältnisse“ entgegenwirken soll. (vgl. a.a.O., S. 279-282)

Letztlich kann man festhalten, dass Arbeitslosigkeit immer noch als eine Hauptursache für Armut dargestellt wird. Aber auch neue Formen der Verarmung sind im Zusammenhang mit dem Thema „Arbeit“ zu erkennen. So verweisen eben einige Autoren der NP verstärkt auf die Entwicklungen am Arbeitsmarkt hin, die eine Flexibilisierung und Deregulierung von Beschäftigungsverhältnissen mit sich bringt.

1.2 Politik

Neben der Verschränkung mit dem Diskurs über Arbeit, steht noch ein zweites Thema im engen Zusammenhang mit dem sozialpädagogischen Armutsdiskurs und zwar der Themenbereich „Politik“. Obwohl die quantitative Häufung hinter dem „Arbeitsdiskurs“ liegt, zeigten sich dennoch Parallelen etwa in einem konstanten Auftreten im Untersuchungszeitraum.

Den Zusammenhang zwischen Politik und Armut scheint etwa BUTTERWEGGE in einem Artikel der NP (1999, S. 440) zu sehen, wenn er davon spricht, „[...] daß die neoliberale Standortpolitik zu sozialer Polarisierung, also zu mehr Reichtum und zu mehr Armut führt [...]“. Auch ALBRECHT sieht in der NP (1991, S. 342) einen ähnlichen Zusammenhang: „Diese [...] Entwicklung von Armut ist gewiss kein Zufall, sondern auch Ergebnis einer neoliberalen Wirtschaftspolitik [...]“.

Doch wie sieht dieser politische Diskurs aus und wie wird bzw. wurde er geführt?

1.2.1 Der (dominante) politische Diskurs

Was im Zusammenhang mit dem politischen Diskurs der letzten Jahre immer wieder diskutiert wurde – sei es auf einer kritischen oder einer befürwortenden Position - sind Schlagwörter wie „Privatisierung“, „Deregulierung“, „Flexibilisierung“, „schlanke Staat“ u.ä.. Wörter die letztlich in einem engen Zusammenhang mit neoliberalem Gedankengut und schlussendlich neoliberaler Politik gebracht werden. Dies zeigen zumindest Äußerungen aus der NP. Hier ein kleiner Auszug daraus:

„In der Form, die sie heute angenommen hat, ist `Globalisierung´ das Werk neoliberaler Ökonomen, liberalkonservativer Politiker und wirtschaftlicher Interessensgruppen.

„ Auf der neoliberalen Agenda steht *weniger*, vor allem jedoch ein *anderer* Staat.“

„ Der `schlanke Staat´ des Neoliberalismus [...] ist magersüchtig im Hinblick auf die Sozialpolitik [...]“

(BUTTERWEGGE 2004, S. 593)

„[...] daß sich hinter dem Konzept einer Privatisierung von öffentlichen Unternehmen und Aufgaben, einer Deregulierung sozialrechtlicher Bestimmungen sowie einer

Flexibilisierung von Arbeitsverhältnissen [...] keine ökonomische Notwendigkeit [...], sondern ein politisches Kalkül [...] verbirgt.“ (BUTTERWEGGE 1999, S. 435)

„Die Debatte um den Wirtschaftsstandort Deutschland, die unter den Vorzeichen einer neo-liberalen Politik geführt wird und die das Sozialstaats-Abbau-Projekt rhetorisch zu legitimieren versucht [...]“ (SALUSTOWICZ 1998, S. 115)

„[...] neoliberalistische Gesetze der Einzelkämpfer [...]“

„[...] Favorisierung der Privatheit und des Prinzips der Eigenvorsorge [...]“
(SCHNEIDER 1995, S. 571)

Wie sieht nun aber der gegenwärtige staatliche Umgang mit Armut aus. Als Paradebeispiel dafür gelten die aus der so genannten „Hartz-Kommission“ hervorgegangen Regelungen in Deutschland. (vgl. PIEPER 2007, S.93)

Exkurs: „Hartz-Gesetze“

Die grundlegenden Änderungen im Rahmen dieser Gesetzesnovellen schafften vor allem folgenden Neuerungen für den Sozialsektor:

- Hartz I (Jänner 2003): die Zumutbarkeitsbestimmungen für Arbeitssuchende wurden verschärft; Gründung von „Personal-Service-Agenturen“ (PSA)
- Hartz II (April 2003): Schaffung von „Mini-Jobs“ (kann bis zu 400 Euro dazu verdienen) und „Midi-Jobs“ (401-800 Euro Zusatzeinkommen möglich in Verbindung mit einer Beitragsreduzierung); Einführung von „Ich-AG“'s (Arbeitslose haben Anspruch auf eine Förderung, wenn sie sich selbständig machen)
- Hartz III (Jänner 2004): Umstrukturierung der Bundesanstalt für Arbeit (BA) zu einem privatwirtschaftlich orientierten Dienstleistungsunternehmen.
- Hartz IV (Jänner 2005): Vereinheitlichung der Arbeitslosen- und Sozialhilfe für Arbeitsfähige im so genannten „Arbeitslosengeld II“, was eine Grundsicherung für Langzeitarbeitslose und erwerbsfähige SozialhilfeempfängerInnen ermöglichen soll.

(vgl. DOBNER 2007, S. 115f)

Gerade die Gesetzesänderungen aus Hartz IV wurden am heftigsten kritisiert, weil dadurch „[...] die verfügbaren Nettohaushaltseinkommen mit der Grundsicherung [...] die Armutsgrenze unterschreite.“ (a.a.O., S.116)

Ein weiterer Kritikpunkt war die Neuerung, dass Langzeitarbeitslose so genannte „1-Euro-Jobs“ annehmen müssen, wollen sie nicht Teile ihrer Ansprüche verlieren. Dies – so lautet die Kritik – würde sich letztlich auf das Lohngefüge auswirken und einen Verdrängungswettbewerb am Arbeitsmarkt etablieren, der vor allem geringerqualifizierte ArbeitnehmerInnen treffen könnte. (vgl. BUTTERWEGGE et al. 2005, S 90f)

Die sozial- und arbeitsmarktpolitischen Transformationen daraus wurden oftmals unter dem Synonym des „aktivierenden Staat“ zusammengefasst. Bei der Analyse dieser Entwicklungen kann man zwei entgegengesetzte Deutungsformen erkennen. Einerseits spricht man von einer kapitalistischen Durchdringung aller gesellschaftlicher Bereiche, was einer marxistischen Denktradition entspricht, andererseits gesteht man in einem „methodologischen Individualismus“ dem Individuum eine große Bedeutung zu. (vgl. a.a.O., S. 93)

Beide Erklärungsversuche greifen aber zu kurz. Erscheint bei der kapitalistischen Interpretation das Subjekt als, ein den Machtverhältnissen ausgeliefertes Individuum, so neigt die zweite Interpretation dazu das autonome Individuum „[...] zu verabsolutieren [...]“. (a.a.O.)

Michel FOUCAULT erkannte auch in seinem Spätwerk, die Tendenz zu einer neoliberalen Politik, welche ökonomische/unternehmerische Prinzipien in alle gesellschaftlichen Bereiche zu etablieren versucht. (vgl. FOUCAULT 2004, S. 185ff)

Bei der Analyse solcher Transformationsprozesse, die die Macht- und Selbsttechnologien betreffen, können Foucaults Ausführungen über „Gouvernementalität“ (2004), auch im politischen Diskurs über Armut, hilfreich sein. Er will damit verdeutlichen, „[...] wie Regierung als Vorstrukturierung verschiedene Handlungsalternativen [...] agiert und über die Selbstregulationsfähigkeit von Individuen operiert, indem sie diese mit gesellschaftspolitischen Zielen und vor allem mit den ökonomischen Zielen einer Profitmaximierung verkoppelt.“ (PIEPER 2007, S. 94f)

1.2.2 Neoliberale Regierungstechnologie

Mit der zunehmenden Globalisierung der Märkte und Finanzsysteme und einer fiskalischen Krise gerät das Sozialstaatsmodell immer mehr ins Wanken. (vgl. PIEPER 2007, S. 99)

Bei der daraus entstandenen Sozialstaatskritik setzten sich immer mehr neoliberale Paradigmen bzw. Politiken durch, da sie die Kritikpunkte am besten in ihre Programme aufnehmen und darauf reagieren konnten. (vgl. LEMKE 1997, S. 241)

Laut BUTTERWEGGE aus der NP (2004) liegt bei „[f]ast allen bekannten Plänen, die den Sozialstaat sanieren sollen, wie den sog. Hartz-Gesetzen, dem Bericht der sog. Rürup-Kommission und Bundeskanzler Gerhard Schröders `Agenda 2010´ [...] das neoliberale Dogma zugrunde [...]“. (a.a.O., S. 593)

Das Subjekt operiert bei dieser Programmatik als „[...] unternehmerische[s] Selbst, das sich an Maximen ökonomischer Rationalität orientiert.“ (PIEPER 2007, S.99)

Daraus entsteht auch eine Neubewertung sozialer Probleme (z.B.: Armut, Arbeitslosigkeit), die in dieser Sichtweise einen starken Subjektbezug aufweisen. Armut und die Lösung dieses sozialen Problems „[...] wird damit in eine Frage der Selbsttechnologie der Betroffenen transformiert und verschiebt sich von einer kollektiven, solidaritätsbasierten Armutsbekämpfung zu einer neuen Logik der Selbstführung: der Armutsbekämpfung als Selbstsorge.“ (a.a.O., S. 100)

Auch BUTTERWEGGE sieht in seinem Artikel in der NP (1995) eine ähnliche Entwicklung: „Eine Politik der (Re-) Privatisierung sozialer Risiken, Deregulierung und Flexibilisierung, wie sie die CDU/CSU/FDP-Koalition seit Oktober 1982 betreibt, führt zur Pauperisierung und zur gesellschaftlichen Polarisierung [...]“. (a.a.O., S. 491)

Politische Thematisierung von Armut läuft demnach vor allem über den Weg der monetären Belastung der öffentlichen Haushalte und auch die Armutsbekämpfung folgt zunehmend den Maximen der Effizienz, Aktivierung und Kostensenkung.

Diese politischen Vorstellungen mündeten in Deutschland schließlich auch in eine Neustrukturierung der Arbeitslosen- und Sozialhilfe (Hartz IV und SGB II) im Jahr 2005. Die Logik, die hinter diesen Reformen steckt, verfolgt zwei Strategien. Zum einen zielt sie auf die Eigenaktivität des Einzelnen ab, der als „unternehmerisches Selbst“ mit dem ihm zu Verfügung gestellten Mitteln und Möglichkeiten, seine Situation (z.B.: am Arbeitsmarkt) aus eigenen Kräften verbessern kann.

Zum anderen wird mangelndes Mitwirken bei dieser Aktivierung mit Sanktionen (z.B.: Beitragsreduzierung) bestraft.

Mit Inkrafttreten von Hartz IV änderten sich auch die Logiken der sozialen Sicherung. Auffallend dabei ist vor allem die Selektion in Arbeitsfähige, die in das Feld des „Arbeitslosengeld II“ fallen und jene, die diese Voraussetzung nicht erfüllen. Dahinter

steckt das Kalkül der ökonomischen Verwertbarkeit und schafft neue Ein- und Ausschlusskriterien.

(vgl. PIEPER 2007, S. 101ff)

So analysierte PIEPER (2007) diese Strategie folgendermaßen:

„Die `Erwerbsfähigen´ werden um den Preis des Ausschlusses einer Gruppe `Nichtverwertbarer´ als autonome Marktsubjekte adressiert und regierbar gemacht, indem ihnen die Fähigkeit zum Verkauf ihrer Arbeitskraft attestiert wird, und sie damit als `Anbieter´ auf dem Arbeitsmarkt durch entsprechende `Eingliederungsvereinbarungen´ zur Selbstintegration verpflichtet werden.“ (a.a.O., S. 103)

Der aus der Analyse hervorgegangene Diskurs steht diesen hier vorgestellten Entwicklungen, mit dem Verweis auf die Folgen für armutsgefährdete/-betroffene Bevölkerungskreise, kritisch gegenüber. Nach den vorliegenden Daten sehen die Autoren der NP die Verantwortung für die Armutsbekämpfung im Wesentlichen bei der Politik, da sie die Rahmenbedingungen dafür vorgeben.

1.3 Exklusion/Inklusion, Ausgrenzung/Teilhabe

Das prägnante an diesem Diskursstrang - im Unterschied zu den vorherigen Diskursen – ist seine schwankende Häufung und seine unterschiedliche begriffliche Darstellung. Die Schwankungen im Verlauf finden sich im gesamten Untersuchungszeitraum, auffallend ist jedoch, dass der Diskurs im Jahr 1995 am häufigsten Auftritt. Etwa im gleichen Zeitraum (um 1996) etabliert sich neben den bereits vorhandenen Begriffen ein Neuer. Waren es vorher eher die Gegensatzpaare Ausgrenzung/Ausschluss – Teilhabe/Partizipation/Integration, gewann später der Diskurs um Exklusion/Inklusion in der Fachzeitschrift NP an Bedeutung.

In den folgenden Kapiteln will ich diese Entwicklungen mit ihren Bedeutungen untersuchen und versuchen anhand von Artikeln der Neuen Praxis darzustellen.

1.3.1 Die Entwicklung des Diskursstrangs

Mitte der 80er Jahre begann in den verschiedensten Industrieländern der „Ausgrenzungsgedanken“ mit regionalen Unterschieden in Begrifflichkeit und Auslegung, aufzukeimen. So war es etwa in Frankreich der Begriff der „Exklusion“, welcher diesem Gedanken zugrunde lag. In der US-amerikanischen Armutsdiskussion spielte wiederum der Diskurs um „underclass“ eine bedeutende Rolle, der letztlich auch den Weg nach Europa fand. (vgl. KRONAUER 2002, S. 27)

Folgt man den Ausführungen von OTTO/ZIEGLER (2004) in der NP, so scheint der Begriff der „underclass“ eine „[...] diskursive Figur der `neuen Rechten´ [...]“ zu sein, die auf Erklärungsmuster zurückgreift, die nicht den Mangel an materiellen Ressourcen oder sozialen Teilhabemöglichkeiten anspricht, sondern das Fehlen von Charaktereigenschaften (Tugendhaftigkeit, Fleiß, u.ä.) diskutiert. (a.a.O., S. 121)

Doch nicht nur in Frankreich und den USA waren Diskussionen zur sozialen Ausgrenzung vorhanden, zeitgleich gab es in anderen westlichen Ländern ähnliche Überlegungen, die dem System einer gespaltenen Gesellschaft in Zugehörigkeit und Ausschluss folgten. Peter Townsend brachte in England schon früh die Vorstellung von Armut, als ein Fehlen von Teilhabemöglichkeiten in die wissenschaftliche Diskussion ein.

Im deutschsprachigen Raum setzte sich der Begriff der „Ausgrenzung“ durch, welcher eng mit der zeitgleichen Diskussion um die „neue Armut“ verbunden war.

„Dabei wurde unter Ausgrenzung zunächst die rechtliche Ausschließung von Arbeitslosen aus der Arbeitslosenversicherung verstanden, damit einhergehend aber zugleich soziale Ausgrenzung infolge von Stigmatisierung, die sich aus dem Bezug von Sozialhilfe ergab.“ (KRONAUER 2002, S. 33)

Der Ausgrenzungsdiskurs versucht dabei Armut nicht nur auf das Nichtvorhandensein von Einkommen zu reduzieren, sondern bezieht auch Teilhabemöglichkeiten und Handlungsspielräume innerhalb der Gesellschaft mit ein. Wie etwa das Beispiel Kinderarmut in der NP von LUTZ (2004) beweist: „Mit einem dermaßen kindgerechten Armutsbegriff, der sich [...] als Prozess allmählicher Ausgrenzung und Benachteiligung versteht, kann Armut als eine zunehmende Beschränkung von Autonomie und [...] Lebensoptionen von Kindern begriffen werden [...]“. (a.a.O., S. 45)

Obwohl die Begriffe Armut und Ausgrenzung eng miteinander verbunden sind und diese oftmals auch gleichgesetzt werden, sehen BUHR/LEIBFRIED (2009) doch Unterschiede, da Armutsbetroffene nicht grundsätzlich ausgeschlossen sind. Auch in der NP taucht diese Einschätzung auf, wenn etwa HERMANN (1995) davon spricht, „[...] dass nicht jede soziale Ausgrenzung mit Armut gleichzusetzen ist [...]“. (a.a.O., S. 451)

BUHR/LEIBFRIED verweisen hier auf folgende Punkte:

- Ausgrenzung meint nicht nur materielle Not.
- Der Ausgrenzungsbegriff weist auf die Mehrdimensionalität von Benachteiligungen hin.
- Der Blick richtet sich in erster Linie nicht auf die Verteilung, im Sinne eines „oben“ und „unten“, sondern auf „Zugehörigkeit“ und „Nicht-Zugehörigkeit“ in der Gesellschaft (Bspl.: soziale Rechte).
- Das Konzept von Ausgrenzung will die Mechanismen des Ausschlusses untersuchen. Diese können institutionell, gesellschaftlich aber auch individuell geprägt sein.

Zusätzlich zu dieser Festlegung scheint ein differenzierter Ausgrenzungsbegriff hilfreich zu sein, um die Realität von Armut und Ungleichheit besser abbilden zu können. Hier reicht die Bandbreite von einer Zweiteilung in eine starke und schwache Exklusion (LEISERING), bis hin zu einer fünfstufigen Form der Ausgrenzung (WESSELS/MIEDEMA). (vgl. BUHR/LEIBFRIED 2009, S. 103f)

Auch die EU hatte insofern einen Einfluss auf die europäische Debatte, indem sie dem französischen Exklusionsbegriff einbrachte.

KRONAUER (2002) sieht den Grund für die sich ähnelten Diskussionen innerhalb der Industrieländer darin, dass sich die Gesellschaften mit ähnlichen Problemen konfrontiert sahen. Einen Anstieg der Arbeitslosigkeit, vor allem der Langzeitarbeitslosigkeit, zunehmende Armut in Form von einer gestiegenen Anzahl an SozialhilfeempfängerInnen waren Teilaspekte dieser Entwicklung. Auch die verschiedenen Sozialsysteme gerieten zunehmenden finanziell wie auch politisch unter Druck. Politisch in Form einer verstärkten Marktorientierung in allen gesellschaftlichen Bereichen (siehe dazu auch Teil II/Kap. 1.2), „[...]finanziell durch eine zunehmende Überforderung von Institutionen, deren Hilfeleistungen auf die mehr oder weniger kurzfristige Überbrückung von Notsituationen zugeschnitten waren.“ (a.a.O., S.34)

1.3.2 Der Begriff „Exklusion“

Die sozialpädagogische Debatte um Exklusion/Inklusion hat vor allem Mitte der 90er Jahre (siehe Teil II/Kap. 1.3) verstärkt an Bedeutung gewonnen und spielt auch heute noch eine wichtige Rolle. Dieser Umstand steht im Zusammenhang mit gesellschaftlichen Entwicklungen, die sich unter anderem anhand unterschiedlicher Differenzierungsvorgängen äußern. In der modernen Gesellschaft spricht man demnach von einer funktionalen, in der vormodernen Gesellschaft von einer segmentären oder auch stratifikatorischen Differenzierung (Gliederung nach Stammes-/Schichtzugehörigkeit). Diese funktionale Differenzierung erfolgt, laut KLEVE (1997) aus der NP, „[...] in voneinander unabhängige Teilsysteme (z.B. Wirtschaft, Familie, Politik, Erziehung, Wissenschaft, Recht oder Religion) [...]“. (a.a.O., S.413)

Demzufolge änderten sich auch die gesellschaftlichen „Teilnahmebedingungen“, die eine von der Schichtzugehörigkeit prinzipiell unabhängige Partizipationsmöglichkeit ermöglicht. Doch die Autoren der NP sehen auch nachteilige Entwicklungen, so etwa KLEVE: „Aber: Wer an den funktionssystemisch produzierten materiellen bzw. kommunizierten symbolischen Ressourcen teilhaben will, der muß sich deren

Inklusionsbedingungen anpassen (können), ansonsten riskiert er Exklusion [...]“ (a.a.O., S.413)

KRONAUER (2002) sieht 3 Kategorien des sozialwissenschaftlichen Exklusionsbegriffs:

I. „Exklusion als Ausschluss am Arbeitsmarkt und Auflösung sozialer Bindungen.“

Exklusion am Arbeitsmarkt reicht von einem prekären Arbeitsverhältnis bis hin zum völligen Ausschluss aus der Erwerbsarbeit. Weiters geht der Begriff auch von einem Schwinden der sozialen Einbindung bis zum völligen sozialen Ausschluss aus. Diese beiden Bedeutungen stehen in einer engen Verbindung zueinander und sind ein gewichtiger Aspekt der Exklusionsdebatte.

(vgl. a.a.O., S. 43f)

II. „Exklusion als Verlust von sozialen Teilhabemöglichkeiten“

Hier geht es um die qualitative Dimension der Teilhabe in den verschiedenen gesellschaftlichen Teilbereichen (Kultur, Politik, Soziales, Ökonomie, etc.). Ausgrenzung kann demnach unterschiedliche Formen annehmen, beispielsweise in einem durch Geldmangel nicht zu praktizierenden, normativ besetzten Konsumstil oder im Fehlen von Bildungschancen.

(vgl. a.a.O., S. 44ff)

III. „Exklusion als Prozess“

Exklusion steht nicht für einen unwiderrufbaren und unumkehrbaren Zustand, sondern für einen Prozess, der etwa im „Doppelcharakter von Exklusion“ (Punkt I.) beobachtbar ist. Nehmen wir dazu eine Ausgrenzungskarriere als Beispiel. Diese könnte bei einem regulären Arbeitsverhältnis beginnen, durch unterschiedlichste Gründe über eine prekäre Beschäftigung verlaufen und in einem vollständigen Ausschluss vom Arbeitsmarkt enden. Auch die oben genannten Teilhabemöglichkeiten sind dabei mitzudenken. (vgl. a.a.O., S. 46ff)

1.3.3 Analyse

Folgt man den Arbeiten von M. Foucault, so tauchen immer wieder zwei Vektoren auf, die für die Analyse von Diskursen, etwa den über Exklusion/Inklusion, Ausschluss und Ausgrenzung, von Bedeutung sind: das Archiv bzw. die archivarisches Ordnung des Diskurses und seine räumliche Gestalt/Ausprägung.

Diese beiden Bezugspunkte sind auch für das Verständnis von Exklusions-/Inklusionsprozessen hilfreich, da sie „[...] die Beziehung zwischen diskursiven Praktiken und ihrer Verräumlichung [...]“ reflektieren. (OPITZ 2007, S. 41)

Das Archiv versteht sich hier als ein Aussagesystem in dem jeder Diskurs organisiert ist. Das Archiv „[...] selbst ist weder wahr noch falsch, sondern gestaltet erst die Bedingungen für die Zuordnung der beiden Werte“ (a.a.O., S. 42). So strukturiert und bedingt diese archivarisches Ordnung des Diskurses, die Entstehung von bestimmten Techniken, Regelungen und sozialen Praxen.

Neben diesem archivarisches Element von sozialen Phänomenen, ist es auch jenes der räumlichen Transformationen. Sie finden sich etwa in der Architektur, der Städteplanung und der Gestaltung von Plätzen wieder und strukturieren somit auch den Ort eines Körpers mit.

Auf die Exklusions-/Inklusionsdebatte umgelegt, ergeben sich durch diese beiden Vektoren Vorteile in der Analyse, da sie das Soziale und den Raum gleichwertig betrachten und somit Ein-/Ausschlussprozesse weder von ihrer reinen sozialen, noch ausschließlich räumlichen Verortung untersucht, da dies oft zu einer Überschattung des jeweils anderen führen kann. (vgl. a.a.O., S. 42-45)

Will man vor diesem Hintergrund die Exklusions-/Inklusionsmodi erklären, muss man zunächst auch den Begriff der Macht kurz klären. Der historische Rekurs zeigt dabei unterschiedliche Machtverhältnisse, die die Ein- und Ausschlusskriterien mitbestimmen oder auch festlegten. So war es etwa bis ins 17. Jahrhundert noch eine souveräne Macht, die über Ein- und Ausschluss entschied, kamen ab dem 18. Jhdt. neue Formen hinzu. Man kann hier von einer neuen Vergesellschaftung sprechen, die sich in vielen Institutionen (Familie, Schule, Arbeit, etc.) vollzogen hat, indem sich über den Disziplinardiskurs die Inklusionsmodi normierten. (vgl. a.a.O., S. 45-49)

Doch wie sehen die gegenwärtigen Ein-/Ausschlusskriterien aus und wie werden sie regiert und transportiert. OPITZ stellt dazu 3 Thesen auf:

I. Illiberale Gouvernamentalität

„Während die Regierung ihre Subjekte im liberalen Inklusionsbereich führt, indem sie sie über die Gewährung unbegrenzter Freiheiten zu Praktiken der Selbstführung anreizt, bereitet sie die Reflexion über Sicherheit und Gefahr auch jene Schwelle, an der bestimmte Personen aus diesem Ermöglichungszusammenhang mehr oder weniger gewaltsam ausgeschlossen werden.“ (a.a.O., S. 50f)

Diese Reflexion kann, umgelegt auf den Armutsdiskurs, die Debatten um die fiskalische Krise des Sozialstaats oder die Missbrauchsdebatten beinhalten.

II. (De-)Subjektivierung

Wie bereits in Kapitel 1.2 (Politik) erläutert, folgt die neoliberale Gouvernamentalität der Logik eines selbstverantwortlichen Subjekts. Diesem steht aber immer auch ein defizitärer Teil gegenüber, welcher durch bestimmte Zuschreibungen (z.B.: staatenlos, ungebildet, sozialstaatsabhängig, u.ä.) kategorisiert wird. Praktiken der Exklusion machen sich diese Konstruktionen auch zunutzen, indem sie beispielsweise bestimmte Ausnahmestände über das Thema Sicherheit erzeugt, um demzufolge Subjekte auszuschließen (Bspl.: USA unbegrenzte Haft im Rahmen des „war on terror“). (vgl. a.a.O., S. 51ff)

III. Technologie

Aus einer historischen Perspektive standen Technologien des Ein-/Ausschlusses immer in einem ständigen Wandel. Auch in den letzten Jahren ist dies zu beobachten, wenn man DELEUZE's (1993) Ausführungen folgt. Demnach werden die Aufgaben der Disziplin als Einschließungstechnik nach und nach von Kontrolltechniken abgelöst. (vgl. a.a.O., S. 243ff)

Die Disziplin fungiert in der Art, dass sie mich anweist, was ich in einer bestimmten Situation zu tun habe. Kontrolltechniken gehen demgegenüber subtiler vor, „[...] insofern sie von direkten Anweisungen Abstand nehmen und stattdessen zu einer bestimmten Aktivität durch die Gestaltung situativer oder virtueller Kontexte anreizen.“ (OPITZ 2007, S. 53)

Diese ein-/ausschließenden Techniken finden wir im Zusammenhang mit Armut und (neo)liberaler Gouvernamentalität etwa in Form von bestimmten Gesetzen und Reformen (z.B.: Hartz-Reform) wieder. (vgl. auch Kap. 2)

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass der Diskurs in der NP zum Thema „Ausgrenzung/Exklusion – Teilhabe/Inklusion“ Armut aus seiner Mehrdimensionalität versucht zu betrachten. In diesem Verständnis versteht man Ausgrenzung und Exklusion unter anderem in seinen räumlichen, sozialen und materiellen Perspektiven, wobei gesellschaftliche, institutionelle und auch individuelle Aspekte eine Rolle spielen.

1.4 Gesellschaft

Das hier genannte Kapitel beschäftigt sich mit den Veränderungen in der Gesellschaft, die letztlich auch den Diskurs um Armut beeinflussen. In der Gesellschaftsanalyse der NP tauchen immer wieder Begriffe auf, die die Gesellschaft anhand eines prägnanten Merkmals festmachen, wie beispielsweise die Schlagwörter „Risikogesellschaft“ oder „Konkurrenzgesellschaft“ verdeutlichen. Folgt man dem Fachmagazin, so stehen hinter diesen Begriffen vor allem Entwicklungen der modernen Gesellschaft in Richtung Individualisierung und Pluralisierung.

1.4.1 Individualisierung und Pluralisierung

Die Gegenwartsanalyse der letzten Jahre war unter anderem gezeichnet von der Annahme einer individualisierten und pluralisierten Gesellschaft. Diese Einschätzung teilen auch Autoren in der NEUE PRAXIS, wenn etwa MERTEN (1994) im Zusammenhang mit gesellschaftlichen Veränderungen „[...] Prozesse der Individualisierung und Pluralisierung [...]“ nennt. (a.a.O., S. 483)

Individualisierung, in seiner allgemeinen Bedeutung meint, laut WIELAND (2004), „[...] Veränderung in Gestalt sozialer Differenzierung – und zwar in Richtung von wachsender Selbstverantwortlichkeit und Vielfalt individueller Charaktere und Positionen.“ (a.a.O., S. 195)

Veränderungen dieser Art lassen sich in den unterschiedlichsten Bereichen des Lebens feststellen. OFFERMANN (1998) weist in der NP auf einen Wandel im Produktions-, wie auch im Reproduktionsbereich hin. „Im Bereich der Produktionssphäre [...] die anhaltende Massenarbeitslosigkeit. [...] Bezogen auf den Reproduktionsbereich verdient vor allem das Phänomen einer steigenden Anzahl von Einpersonenhaushalten bzw. von Mehrpersonenhaushalten mit nur einer elterlichen Bezugsperson Beachtung.“ (a.a.O., S.233)

Auch in der Sozialpädagogik haben diese Entwicklungen ihre Spuren hinterlassen, so beschreibt etwa BÖHNISCH (1995) in der NP das Problem, dass SozialpädagogInnen eine „doppelte Individualisierungsfalle“ droht, „[...]indem sie von den Klienten stärker als Person angesprochen und nachgefragt werden und indem sie sich selber als Person in ihrer

Individualität ihrer Berufsrolle gegenüber ausgesetzt fühlen, je mehr diese Rolle der sozialstaatlich-sozialintegrativen Rückbindung entbehrt.“ (a.a.O., S. 267f)

Der Begriff der Individualisierung ist im wissenschaftlichen Diskurs, dennoch nicht neu. So gab es im historischen Rückblick immer wieder Individualisierungsschübe, die mit gesellschaftlichen Veränderungen einhergingen. Als Beispiel nennt hier RAUSCHENBACH (1997), in seinem Artikel in der NP, die Industrialisierung mit den damit verbundenen Veränderungen (auch in der Armenfürsorge): „Mit der Ausbreitung der Industrie, der Verstädterung und Landflucht sowie den damit ausgelösten ersten Individualisierungsschub [...] begann die organisierte Hilfe für Bedürftige Konturen anzunehmen.“ (a.a.O., S.482)

Diese sozialhistorische Betrachtung zeigt, dass Individualisierungsprozesse keine einmaligen Ereignisse sind, sondern einen Prozess innerhalb der modernen Gesellschaft darstellen. WIELAND (2004) sieht diese Entwicklungen in erster Linie als äußere, der sozialen Umwelt zugehörige Veränderung, die dann auch Auswirkungen auf das Individuum haben.

Die Chancen und Freiheiten die sich in unserer individualisierten Gesellschaft bieten würden den Schluss nahe legen, dass die Autonomie der Individuen unbegrenzt ist, doch auch den gegenwärtigen Freiräumen sind Grenzen gesetzt, und der daraus resultierende Rahmen stellt die verschiedensten Anforderungen an die Individuen (siehe oben genannten Bspl. mit SozialpädagogInnen). (vgl. a.a.O., S. 196f)

Aktuelle gesellschaftliche Veränderungen zeigen sich - wie bereits oben erwähnt – aber auch in einer Pluralisierung der Lebenslagen. LESSENICH (1996) verweist in der NP auf die zunehmende Erosion der Normalarbeit/- familie:

„[...] die Tendenz zunehmender `Arbeitsmarkt-Individualisierung`, die von Beck als Motor der Diversifizierung von Lebenslagen und Lebensläufen ausgemacht worden war, [ist] heute nicht mehr von der Hand zu weisen [...]. Ein ähnliches Bild zeigt sich im Bereich des Familienlebens, wo im Zeichen der Pluralisierung der Lebensformen für die traditionelle Kernfamilie schon vor Jahren das letzte Stündlein geschlagen schien.“ (a.a.O., S. 242)

Heute kennen wir Familienkonstellationen, die dem traditionellen Bild der „Normalfamilie“ widersprechen, in Form von „Single-Haushalten“, „Patchwork-Familien“ und „Ein-Eltern-Familien“. Neben den bereits genannten Gründen spielt dabei auch die

Emanzipation der Frauen eine Rolle, die die Möglichkeiten und den Entscheidungsspielraum der Frauen erweiterte. Diese positiven Entwicklungen ergeben aber auch neue Herausforderungen etwa in der sozialen Sicherung, da der materielle und soziale Schutz der traditionellen Kernfamilie wegfällt. (vgl. BUTTERWEGGE et al. 2005, S. 65ff)

1.4.2 Armut in einer individualisierten und pluralisierten Gesellschaft

Ein Zitat aus der NP:

„Die in den letzten 15 Jahren gesteigerte Individualisierung der Lebenslagen im Kontext der `Risiko- und Erlebnisgesellschaft' [...] hat immer stärker Verwandtschafts- und Nachbarschaftsbeziehungen erodiert.“ (LUTZ 1995, S. 393)

Diese Gesellschaftsanalyse aus der NEUE PRAXIS weist auf Entwicklungen hin, die sich in den unterschiedlichsten Teilbereichen des Lebens (z.B.: Familie, Beruf, Bildung) wieder finden und letztlich auch Auswirkungen auf die Diskussion und das Phänomen „Armut“ haben. Beispielhaft stehen dabei die veränderten familiären Bedingungen, die sich in einer Pluralisierung der Möglichkeiten des Zusammenlebens und in der Aushöhlung der traditionellen Kernfamilie widerspiegeln. Vor dem Hintergrund der „alten“ Armutsgruppen (Alte, Langzeitarbeitslose, Ausländer) etablieren sich dadurch neue Risikogruppen, die auch eine Konsequenz aus diesen Entwicklungen sind.

Oft ist dabei die Rede von der „weiblichen Armut“, die sich vor allem am Phänomen der allein erziehenden Mütter äußert. (vgl. RIEDMÜLLER 1994, S. 79ff)

Laut KULAWIK (1990) aus der NP, resultieren Verarmungstendenzen „[...] aus dem Zusammenwirken unterschiedlicher Prozesse, mit denen die sozialen Risiken der prekären Subsidiarität und partiellen Individualisierung (Ostner, 1986) im weiblichen Lebenszusammenhang verstärkt freigesetzt werden.“ (a.a.O., S. 23)

Neben den Chancen, muss auch - im Zusammenhang mit Armut - auf die Risiken hingewiesen werden, die solche Entwicklungen mit sich bringen. So werden etwa Tendenzen verstärkt, die Armut aus einer individualistischen Sicht betrachten. Mit der Maxime der Eigenverantwortung verschiebt sich die Schuldfrage mehr und mehr in Richtung Subjekt. (vgl. PIEPER 2007, S. 100f)

Dieser Argumentation zufolge, „[...] werden Ursachen von Armut als Problem individueller Motivation und Qualifikation [...] diskutiert.“ (a.a.O., S. 101)

Auch BUTTERWEGGE (2004) weist auf die Gefahren dieser Entwicklungen hin, wenn er in der NP schreibt: „Gerade weil der gesellschaftliche Individualisierungsprozess persönliche Schuldzuschreibungen an die Betroffenen (Arbeitslose, Arme, Obdachlose, Drogenabhängige, Aidskranke, usw.) begünstigt und strukturelle Zusammenhänge verdunkelt [...].“ (a.a.O., S. 597)

Dennoch zeigen sich auch andere Tendenzen im sozialpädagogischen Diskurs, wenn man etwa den Ausführungen von LUTZ (2004) in der NP folgt: „Unverkennbar ist Armut ein ökonomisches Problem, doch dessen Auswirkungen bilden sich individuell ab [...]. Diese Individualisierung von Armut produziert unterschiedliche Verläufe [...]; die abhängig von individuellen und familiären Ressourcen, heterogen verlaufen [...].“ (a.a.O., S. 55)

Somit hat sich auch die Sozialpädagogik mit diesen individuellen Armutskarrieren auseinanderzusetzen. LUTZ favorisiert dabei einen „[...] Mix aus subjektbezogener und lebenslagebezogener Unterstützung [...]“. (a.a.O., S. 56)

In einem früheren Artikel von LUTZ in der NP aus dem Jahr 1996 weist er auf die Notwendigkeit einer Individualisierung der Hilfen im Bezug auf Obdachlosigkeit hin: „Erst eine Individualisierung des Hilfsangebots, das sich am Bedarf der einzelnen Person orientiert und nicht mehr vom überholten Konzept typischer Defizite Wohnungsloser ausgeht, widerspricht allen Versuchen, Wege aus der Wohnungslosigkeit zu standardisieren.“

1.5 Gerechtigkeit

Neben den bereits genannten Diskursen stehen auch Fragen nach Gerechtigkeit und Benachteiligung in einer thematischen Verwandtschaft zu Armut. Der sozialpädagogische Diskurs bezieht sich immer wieder auf das Prinzip der Gerechtigkeit, so etwa MÜLLER (1993) in einer kritische Auseinandersetzung zum sozialpädagogischen Verhältnis von Gerechtigkeit und Unparteilichkeit in der NP: „Auf der Ebene der *ethischen Prinzipien* gründet sich Sozialpädagogik/Sozialarbeit auf ein Fundament, welches die amerikanische Philosophin I. M. Young (1990) ‘distributives Paradigma’ von Gerechtigkeit nennt: Die grundlegende Unterstellung dabei ist, daß das Ziel vor allem sein müsse, soziale Ressourcen und Chancen auf eine Weise zu verteilen, die allen gegenüber fair sein müsse [...].“

(MÜLLER 1993, S. 5)

Die Bedeutung des Gerechtigkeitsdiskurses im Zusammenhang mit Armut wird in der Zeitschrift NEUE PRAXIS auch dann sichtbar, wenn man die Stringenz im Untersuchungsraum betrachtet.

1.5.1 Theoretische Überlegungen

Im historischen Rückblick tauchen Diskurse um Armut und Gerechtigkeit immer wieder auf, beispielhaft dafür sind religiöse Diskurse (altes Testament). Aber auch in gegenwärtigen Diskursen kann man dieses Zusammenspiel immer wieder erkennen. So schreibt etwa OTTO (2003) in der NP: „[...] bei der Frage nach den Armuts- und Ausgrenzungszumutungen [...]“ geht es „[...] immer auch um das zentrale gesellschaftliche Problem der sozialen, ökonomischen und bildungspolitischen Gerechtigkeit [...].“

(a.a.O., S. 256)

Doch die Vorstellungen von Gerechtigkeit und einer gerechten Gesellschaft können – wie auch bei Armut- weit auseinander liegen. Die Bewertung, ob etwas als gerecht oder ungerecht empfunden wird, kann dabei auch auf einer individuellen oder einer kollektiven Ebene ausgehandelt werden. (vgl. SANDERS 2008, S. 14)

Der Blick auf die zeitliche Dimension von Gerechtigkeit bestätigt die Annahme, dass sie kein Fixum ist. Vielmehr ist sie ein Prinzip und ein „[...] Ergebnis eines Aushandlungsprozesses, Ergebnis eines Prozesses, in dem Verhältnisse unter der Frage der Gerechtigkeit kritisch gesehen und angegangen werden.“ (THIERSCH 2003, S. 85)

Sozialer Arbeit kommt, laut THIERSCH (2003), die Rolle des Repräsentanten sozialer Gerechtigkeit zu. Will sie dem aber gerecht werden, muss sie sich aktiv in die politische Arbeit einbringen, aktiv in der Gesetzgebung mitgestalten. Soziale Arbeit hat demzufolge eine politische Verantwortung in ihrem Mandat für eine gerechte Verteilung von Ressourcen und Lebenschancen. (vgl. a.a.O., S. 92)

Deshalb fordert auch der BUNDESKONGRESS SOZIALE ARBEIT (1997) in der NP, dass „[d]ie Frage [...] offensiv gestellt werden [muss], was in unserer Gesellschaft als soziale Gerechtigkeit und Gleichheit gelten und praktiziert werden soll [...].“ (a.a.O., S. 200)

Diese Ansprüche relativieren sich aber, wenn man den Ausführungen in der NP von LUTZ (2005) folgt:

„Dabei ist Soziale Arbeit [...] das ‘schlechte Gewissen’ der Moderne, das auf soziale Ungleichheiten, soziale Probleme und soziale Ausgrenzung reagiert und damit auf Ungerechtigkeit hinweist ohne diese wirklich grundlegend lösen zu können.“ (a.a.O., S. 128)

Erst die Wahrnehmung dieser Ungleichheiten in den sozialen Verhältnissen wirft die Frage nach der Gerechtigkeit auf. (vgl. SANDERS 2008, S. 14)

Dieser Argumentationslinie folgt auch ein Artikel der NP von STROHMEIER (2001):

„Als relative Armut bezeichnen wir ein Maß an sozialer Ungleichheit bzw. an Benachteiligung (in Bezug auf die Lebenslage der Menschen) oder an Unterversorgung der Menschen mit Ressourcen der Lebensführung, das in einer Gesellschaft als ungerecht [...] angesehen wird. Unser Begriff von Armut wird also geprägt von unseren Vorstellungen von Ungleichheit und Gerechtigkeit.“ (a.a.O., S. 312)

SANDERS (2008) greift hier folgenden Punkte auf, die seit den 90er Jahren die Wahrnehmung von Ungleichheit und Ungerechtigkeit beeinflusst haben:

- Eine stagnierte oder verlangsamte Wohlstandsentwicklung, die sich etwa in der Entwicklung der Reallöhne widerspiegelt. Dieser Zustand verstärkt die

Wahrnehmung von Ungerechtigkeit, wenn man gleichzeitig von Konsumgütern überschüttet wird.

- Das Aufkommen neuer Spielarten sozialer Ungleichheiten. Armut, Arbeitslosigkeit und ähnliche Phänomene sind nicht länger nur Thema klassischer Randgruppen, sondern haben auch einst stabile Lebenslagen erreicht. Die Erosion der Normalarbeitsverhältnisse und „atypische Beschäftigungsformen“ sind ein Teil dieser Entwicklung, die die Verunsicherung auf größere Teile der Bevölkerung ausweitet.
- Kinder werden zum Armutsrisiko. Familien mit Kindern sehen sich mit Kosten konfrontiert, die nicht gesamtgesellschaftlich abgegolten werden, sondern das Haushaltsbudget angreifen.

(vgl. a.a.O., S. 15)

Die daraus resultierenden Gerechtigkeitsvorstellungen unterscheiden sich jedoch inhaltlich, sind sie doch abhängig von den jeweiligen Wertvorstellungen und politischen Argumentationen.

„Die Wertideen, in deren Licht sich die Frage sozialer Gerechtigkeit jeweils anders stellt, sind vor allem die Verteilungsgerechtigkeit.“ (a.a.O., S. 16)

Und diese Frage nach der Verteilung ergibt sich im Zusammenspiel von Bedarfs- und Leistungsgerechtigkeit.

Der Diskurs um *Bedarfsgerechtigkeit* bezieht sich vor allem auf die Opfer der oben genannten Entwicklungen. Traditionell sind die Vertreter dieser Argumentationslinie aus den Bereichen der Wohlfahrtsverbände, der „Armutslobby“ und der Kirchen. Die Forderung nach einer gerechteren Verteilung, spiegelt sich etwa in den Aufrufen zur Beendigung des Sozialabbaus und Erhöhung der Sozialleistungen wider.

Leistungsgerechtigkeit hingegen meint, eine soziale Gerechtigkeit, die sich aus dem jeweiligen Tun des Einzelnen ergeben. Demnach kann ein Anspruch nur aus einer vorangegangenen Leistung, meist in Form von Erwerbsarbeit, erwachsen.

(vgl. a.a.O.)

„Wer jedoch keine Arbeit bekommt, hat [...] auch keinen Anspruch auf soziale Gerechtigkeit.“ (SCHNEIDER 1995, S. 575)

Dieses Zitat aus der NP zeigt die Kehrseite einer auf Leistung reduzierten Gerechtigkeitsvorstellung und setzt dem ein kritisches Hinterfragen entgegen: „Sagen wir Leistung, meinen wir Erfolg, und sagen wir Erfolg, meinen wir Geld.“ (a.a.O., S. 574)

1.5.2 Gerechtigkeitstheorien oder die wissenschaftliche Auseinandersetzung mit der Frage: Was ist gerecht?

Die Frage nach Gerechtigkeit und ihre begründende Geltung sind von zentraler Bedeutung in der Sozialpädagogik. Deshalb auch der Versuch die Debatte um eine gerechte Verteilung auf eine wissenschaftliche Ebene zu legen. Exemplarisch stehen hier zwei Theorien zur Diskussion, die zwei unterschiedliche Diskurspositionen formulieren und somit ein gutes Beispiel für die Möglichkeiten der wissenschaftlichen Auseinandersetzung darstellen.

Als eines der bekanntesten Theorien der Moderne zählt sicher jene von John Rawls aus dem Jahr 1971. Demgegenüber wird immer wieder Michael Walzers Theorie zu den „Sphären der Gerechtigkeit“ genannt. (vgl. HELMBRECHT 2003, S. 48ff)

- Rawls „Theorie der Gerechtigkeit“

Durch den bereits angesprochenen gesellschaftlichen Wandel (Teil II/Kap. 1.4) und den mit ihm einhergehenden Verlust traditioneller und religiöser Weltbilder, steht die Frage nach einem absoluten Prinzip im Raum. Um dieses philosophische Problem zu umgehen, bedient sich Rawls einem imaginären Schleier des Nichtwissens.

Dieses Konstrukt eines Urzustands, in dem kein Gesellschaftsmitglied seinen Status und seine Ausgangspositionen kennt, schafft die Möglichkeit Gerechtigkeitsprinzipien zu formulieren. (vgl. PIOCH 2005, S. 63f)

Erstes Prinzip:

„Alle sozialen Werte [...] sind gleichmäßig zu verteilen, soweit nicht eine ungleiche Verteilung jedermann zum Vorteil gereicht.“ (RAWLS 1979, S. 83)

Zweites Prinzip:

„Soziale und wirtschaftliche Ungleichheiten sind so zu gestalten, dass (a) vernünftigerweise zu erwarten ist, dass sie zu jedermanns Vorteil dienen, und (b) sie mit Positionen und Ämtern verbunden sind, die jedem offen stehen“ (a.a.O.).

Im Sinne des ersten Grundsatzes stehen jedem Individuum gleiche Rechte und Pflichten zu. Das zweite Prinzip wird auch als Differenzprinzip bezeichnet, da es Unterschiede innerhalb eines bestimmten Rahmens (Rechtfertigungs-/Kompensationspflicht) zulässt.

(vgl. HELMBRECHT 2003, S. 54)

- Walzers „Sphären der Gerechtigkeit“

Walzer nimmt in seinen Schriften eine kritische Position zu universalistischen Gerechtigkeitsvorstellungen Rawls'cher Prägung ein. Denn gerade in einer pluralistischen Gesellschaft, wie wir sie heute vorfinden, prallen unterschiedliche Prinzipien aufeinander, die mit der Vorstellung einer universellen Normierung kollidiert. Auch die Zuschreibung, was in einer Gesellschaft als ein wichtiges Gut angesehen wird kann sich unterscheiden und somit verliert, laut Walzer, ein universeller Gerechtigkeitsanspruch an Bedeutung.

Walzer geht von einer Idee der „distributiven Gerechtigkeit“ aus, demzufolge Gleichheit nicht als einfache (d.h.: alles ist käuflich und jeder hat die gleichen Mittel dafür) sondern als komplexe Gleichheit existiert.

Diese Komplexität erlaubt zwar Verteilungsunterschiede, grenzt diese aber dadurch ein, dass der Rang in einer Sphäre (z.B.: Bildung) nicht von dem Rang in einer anderen Sphäre (z.B.: materielles Vermögen) abhängig sein sollte.

(vgl. PIOCH 2005, S. 66f)

„Die Aufgabe, gerechter Gesellschaften ist es mithin, solche Dominanz(-effekte) von sozialen Gütern auszuschließen und für eine Trennung der Geltungssphären zu sorgen.“ (HELMBRECHT 2003, S. 58)

Bei der Analyse der Artikel in der NP (vgl. dazu bsplw.: MÜLLER 1993, LUTZ 2005) wurde deutlich, dass gerade die Sozialpädagogik die Verantwortung hat, „[...] die Vorstellungen von sozialer Gerechtigkeit insbesondere jener benachteiligter Klientele advokatorisch zur Sprache zu bringen, deren Stimme im politischen Vermittlungsprozess nicht vernehmbar ist.“ (HELMBRECHT 2003, S. 62)

Trotz ihrer Differenzen bieten sich aber gerade mit Hilfe dieser Theorien auch Möglichkeiten in der Rechtfertigung für die Sozialpädagogik. Rawls Ansatz und sein Gedankenexperiment zeigen, dass Gerechtigkeit eine universelle Geltung beansprucht, dem auch die Diskurspartner (Politik, Öffentlichkeit, etc.) der Sozialpädagogik nur schwer entkommen.

Walzer's Ideen bieten wiederum den Vorteil, Gerechtigkeit auch in seiner historischen und kulturellen Dimension zu betrachten, was gerade in der gegenwärtigen Diskussion über den Wohlfahrtsstaat an Bedeutung gewinnt. (vgl. HELMBRECHT 2003, S. 62)

Der Wohlfahrtsstaat deutscher Prägung weist im Unterschied zum amerikanischen Sozialstaat eine „[...] historisch gewachsene, stark etatistische Tradition auf.“ (a.a.O.) Die Erwartungen an den Staat sind demnach andere als in den USA und so haben gerade jene Bevölkerungsgruppen, die ein höheres materielles Sicherheitsrisiko tragen, ein stärkeres Verlangen nach staatlicher Absicherung. (vgl. a.a.O.)

Letztlich kann festgehalten werden, dass Diskurse um Armut und Gerechtigkeitsvorstellungen in einem engen Zusammenhang stehen, so auch in der Sozialpädagogik. Die analysierten Texte offenbaren eine Idee von Gerechtigkeit, die sich stark an ihrem Klientel - den Armutsbetroffenen- orientiert. Gerade diese Parteilichkeit wird in den Artikeln oft propagiert, wobei sich die Position die dabei eingenommen wird, stark an den Argumentationen einer Bedarfsgerechtigkeit orientiert.

1.6 Recht und Armut

Der Zusammenhang zwischen Recht und Armut ist insofern relevant, da er den Umgang mit dem Phänomen Armut widerspiegelt und so verwundert es nicht, dass auch in der Analyse der NP der Diskurs über Recht und Gesetze seine Bedeutung hat.

Dieses Kapitel widmet sich nun diesem Diskurs, wobei dies nicht auf der Ebene der jeweiligen gesetzlichen Bestimmungen geschehen soll, sondern auf einer rechtstheoretischen Metaebene. Der Grund für dieses Vorgehen liegt in der Tatsache, dass die konkreten Gesetze und deren Auswirkungen bereits in einem vorangegangenen Kapiteln (z.B.: Teil II/Kap. 1.2) und in einem späteren Kapiteln über den Wohlfahrtsstaat abgehandelt werden und somit hier Raum für rechtsphilosophische Ausrichtung ist.

1.6.1 Theoretische Überlegungen

Die Frage, wie sich das Phänomen Armut im Recht darstellt oder auch wie die Rechtswissenschaft damit umgeht, kann auf unterschiedliche Art beantwortet werden. DEINHAMMER (2003) stellt dazu zwei Möglichkeiten vor, wie mit Armut in einem rechtlichen Sinne umgegangen werden kann.

Einerseits in Form von konkreten Gesetzen die „[...] sich explizit und implizit regulierend mit Armut beschäftigen [...]“, andererseits im Verhältnis zwischen Recht und Moral (a.a.O., S. 55). Ersteres beinhaltet unter anderem das Sozialrecht oder das Arbeitsrecht, was stark mit dem Wohlfahrtsstaat verbunden und ein Teil dieses Konstrukts ist. (vgl. a.a.O., S. 55-61)

Für eine genauere Betrachtung muss daher - wie bereits erwähnt - auf das Kapitel zum wohlfahrtsstaatlichen Diskurs verwiesen werden.

Der zweite Aspekt bezieht sich auf eine rechtphilosophische Diskussion. Armut, wenn sie als soziale Ungerechtigkeit interpretiert wird, steht demnach im Gegensatz zur Vorstellung des Rechts. (vgl. a.a.O., S. 55) Ähnlich argumentiert SÜNKER (1998, S. 498) in der NP, indem er das Gesetzbuch zitiert: „So heißt es im §1 Abs.1 SGB I: `Das Recht des Sozialen Gesetzbuchs soll zur Verwirklichung sozialer Gerechtigkeit und sozialer Sicherheit [...]gestalten.´“

Dennoch gehen die Meinungen was den Recht ist auseinander und auch unzählige Versuche diese zu systematisieren belegen die Uneinigkeit. DEINHAMMER (2003) verweist dabei auf „[...] zwei idealtypische Herangehensweisen [...]“ (a.a.O., S. 61):

- *Positivistische Theoriebildung*

Vertreter dieser Denkrichtung gehen von einem Non-Kognitivismus aus, der besagt, dass etwa Werte und Normen nicht rational und allgemeingültig begründet werden können. Demzufolge ist die Frage nach der Gerechtigkeit als Grundlage von Recht irrelevant. Recht versteht sich aus dieser Perspektive als „[...] die Summe der sozialen Regelungen, die mit staatlicher oder obrigkeitlicher Herrschaftsgewalt durchgesetzt werden [...]“ kann. (a.a.O., S. 61)

- *Naturrechtliche Theoriebildung*

Diese Ansätze versuchen auch inhaltliche Aspekte in die Rechtsphilosophie einfließen zu lassen, so auch den Gedanken eines Gerechtigkeitsanspruches im Recht. Man kann in diesem Zusammenhang von einem „rechtsphilosophischen Kognitivismus“ sprechen, der „[...] das Recht und die Rechtsgeltung in einen umfassenden normativen Kontext ein[bettet], sodass sich im Recht die Spannung von Legalität und Legitimität eröffnet.“ (a.a.O., S. 62)

Letztlich ist aber das Recht immer auch Resultat praktischer Erwägungen und Teil der menschlichen Kultur. Der Mensch war immer auch schon damit konfrontiert wie das „richtige“ Handeln aussieht und so bietet dieses Konstrukt eine Orientierungsmöglichkeit, die natürlich auch abhängig von der jeweiligen Zeit ist. Der historische Aspekt wird auch in der NP aufgegriffen, wenn etwa RAUSCHENBACH (1997, S. 482) schreibt: „In [...] der zweiten Hälfte des letzten Jahrhunderts, setzten sich zwei Prinzipien durch, die für die Gestaltung des Sozialen lange Zeit prägend werden sollten: die Ehrenamtlichkeit und eine staatlich regulierte Sozialgesetzgebung.“ Der Anspruch auf Richtigkeit und Gerechtigkeit bleibt aber bestehen, was das Phänomen der Armut wieder in den Blickpunkt rechtlicher Erwägungen bringt, da es diesem Wert (Gerechtigkeit) widerspricht. Diese moralische Dimension von Recht muss, laut DEINHAMMER (2003), immer auch gegeben sein, da sich Rechtsnormen immer auch der Prüfung von richtig oder falsch, gerecht und ungerecht unterstellen müssen. (vgl. a.a.O., S. 62ff)

Diese zeitliche Dimension von Rechtsgeltung zeigt sich auch heute, wenn man beispielsweise die Modernisierungs- und Reformversuche der Rechtssprechung im Sozialbereich betrachtet. In einem Artikel der NP, sieht HITZLER (1999) den „[...] Trend zur Verrechtlichung der Sozialbeziehungen zwischen Menschen in immer mehr Situationen und Lebensbereichen [...].“ (a.a.O., S. 536)

Diese Veränderungen und Maßnahmen der Modernisierung müssen aber auch einer kritischen Betrachtung standhalten. „Denn die fortlaufende Modernisierung des Rechtsbestandes [...] ist noch nicht gleichbedeutend mit einer Modernisierung der Armutsbekämpfung. (DIMMEL 2003, S. 46)

Rechtliche Anpassungen liefern zwar einen wichtig Beitrag zur Reformierung der betroffenen Institutionen und Verwaltungsapparate der Armutsbekämpfung, dennoch verlieren diese Versuche ihre Wirkung, wenn umstrukturierende Maßnahmen in der Armutsverwaltung fehlen. (vgl. a.a.O., S. 46f)

So hat dies, laut WIESE (1993) auch Auswirkungen auf die soziale Arbeit, wenn sie etwa in ihrem Artikel aus der NP folgert: „[...] die Verrechtlichung sozialer Bereiche [bedeutet] eine Begrenzung des Handlungsinstrumentariums in der sozialen Arbeit.“ Weiters: „Soziale Arbeit muß sich daher bei der Bewältigung sozialer Probleme und Konflikte in verstärktem Maße auch mit Rechtsregelungen auseinandersetzen [...].“(a.a.O., S. 142),

Auf Grundlage dieser Erkenntnisse folgt DIMMEL (2003) die anschließenden Thesen zum Verhältnis von Recht und Armut:

- Die starke wohlfahrtsstaatliche Konzentration auf rechtliche Interventionen bei der Bekämpfung von Armut birgt auch seine Gefahren. Dieser Trend im Sozialbereich und die daraus resultierenden Ansprüchen (Geld-, Sachleistungen, etc.), vermitteln den Eindruck, dass der Armutsbetroffene /-gefährdete „[...] ein rational handelndes, vernünftig argumentierendes und prospektiv die Folgen des eigenen Handelns abwägendes Subjekt [...]“ (a.a.O., S. 47) ist. Dem ist aber oft nicht der Fall, was etwa an dem Umstand liegt, dass sich Menschen in Armut in eher rechtsfernen Lebenslagen befinden oder umgekehrt gesprochen, dass sich soziale Ungleichheiten auch in einem erfolgreichen/-losen Umgang mit Rechten widerspiegeln. In einem Artikel der Berliner „Fachstellen“ AG in der NP (1995) steht dieser rechtliche Aspekt, wenn auch nur als Teilbereich, mit Obdachlosigkeit

- im Verhältnis: „Im Hintergrund drohender und realer Obdachlosigkeit stehen oft nicht nur rechtliche und materielle Probleme [...]“ (a.a.O., S. 473)
- Gesetzliche Bestimmungen innerhalb der wohlfahrtsstaatlichen Sozialversicherungen sind „[...] geprägt durch unbestimmte Rechts- und Ermessensbegriffe.“ (DIMMEL 2003, S. 48) Dieser Umstand erweitert den Verhandlungsspielraum für die Verwaltung, was auch zum Nachteil der Hilfesuchenden werden kann. Wenn beispielsweise die Art und Weise wie ein Hilfesuchend artikuliert wird, nicht den jeweiligen Ansprüchen genügt. KULAWIK (1990) schreibt dazu in der NP: „Obwohl ein Rechtsanspruch auf Leistungen [...] verbürgt ist, zeigt die Vergabemethode das Erbe der wohlfahrtspolizeilichen Armenfürsorge.“ (a.a.O., S. 19)
 - Aus der angesprochenen Modernisierung und Verrechtlichung des Sozialsektors kann man nicht den Schluss einer gleichzeitigen Verbesserung der Lebenslagen Armutsbetroffener ziehen. DIMMEL (2003, S. 48f) verweist hier etwa auf den Bereich der Sozialhilfe, der kaum positive Änderungen für die Armutslagen erkennen lässt.
 - Die zunehmende Ökonomisierung der wohlfahrtstaatlichen Institutionen und Verwaltung und die damit einhergehende Etablierung von „Management-Methoden“ kann nur unzureichend angewandt werden, da etwa Sozialleistungen nur bedingt auf Mechanismen des Marktes umgelegt werden können. Vielmehr handelt es sich um eine politische Festlegung und Steuerung. .
Weiters werden bei der Implementierung neuer Gesetze die Betroffenen kaum im Meinungsbildungsprozess einbezogen, obwohl der Anspruch von Partizipation und Empowerment erhoben wird und auch von Leistungsbezieher*innen verlangt wird. (vgl. a.a.O., S. 49) Auch OHLENDORF (1998) argumentiert in der NP, „[...] daß der Mensch [...] Partizipationsrechte in der Gesellschaft hat [...]“ (a.a.O., S. 97)
 - Eine Modernisierung des Rechtsmaterials muss immer auch einhergehen mit einer Professionalisierung und Qualitätssicherung der Sozialberufe. Das beinhaltet unter anderem Fort- und Weiterbildung, aber auch die Etablierung von Supervision und Mentoring in der sozialen Arbeit. (vgl. DIMMEL 2003, S. 49f)
 - DIMMEL sieht die Erwartungshaltung, vor allem „linker“ Positionen an das Recht als Lösung sozialer Konflikte (z.B.: Armut) als unrealistisch, solange politische Partizipation und Mitsprache, wie sie etwa durch eine „anwaltliche Interessensvertretung“ möglich ist, nur bedingt gewährleistet wird. (a.a.O., S. 50)

Folgt man hingegen „rechten“ Argumentationen, die einen Rückzug des Staates und eine Verringerung der Rechtsansprüche fordert, so taucht die Strategie einer „[...] repressiven Individualisierung [auf], in welcher [...] Aspekte der Armut verschleiert bzw. aus dem Wahrnehmungshorizont gekippt werden sollen.“ (a.a.O., S. 51)

1.6.2 Soziale Grundrechte

Ein Unterthema dieses Diskurses beschäftigt sich mit der Frage nach sozialen Grundrechten. Die Relevanz dieses Themas, welches eng mit dem Gerechtigkeitsdiskurs verbunden ist, zeigt sich auch in den Artikeln der NP.

Diese rechtsphilosophisch geprägte Diskussion geht der Frage nach, inwieweit Armut als Menschenrechtsverletzung gesehen werden kann.

In einem Artikel über Straßenkinder in der NP, schreibt SPECHT (2000) dazu:

„Straßenexistenz ohne Schutz [...] stellt so eine Verletzung aller grundsätzlichen Menschenrechte auf Nahrung, Obdach, Gesundheit, Bildung und Freiheit gleichzeitig dar [...].“ (a.a.O., S. 350)

Obwohl der Zusammenhang von Menschenrecht und Armut durchaus argumentierbar ist, blickt man etwa auch auf die fehlenden gesellschaftlichen Teilhabe-

/Partizipationsmöglichkeiten von Armutsbetroffenen, verweist MAIER (2010) dennoch auf die unzureichende Beachtung des Themas Armut im Menschenrechtsdiskurs hin.

Zu finden ist sie am ehesten in der lateinamerikanischen Theologie der Befreiung oder auch in der Debatte um soziale Grundrechte der katholischen Soziallehre oder im Zuge der Aufklärung. (vgl. a.a.O., S. 45)

Aber auch gegenwärtig spielen diese Vorstellungen eine, wenn auch nur untergeordnete Rolle, wie man etwa in einem Artikel der NP von KESSL (2001) nachlesen kann: „Die Position des Frankfurter Republikanismus eröffnet ein Inklusionsmoment für spätkapitalistische Wohlfahrtsstaaten: das soziale Grundrecht als Teil einer grundlegenden Konvention. Über die Idee eines Existenzgeldes scheint sich eine Chance anzudeuten, den Exklusionsprozessen [...] zu begegnen.“ (a.a.O., S. 138)

Beim Diskurs um soziale Grundrechte betrachtet man Armut vor allem aus dem Blickwinkel einer eingeschränkten individuellen Freiheit. Denn die Spirale aus

Bildungsarmut, Wohnungsarmut, sozialer und kultureller Ausgrenzung ist weitgehend bekannt, was den Schluss nahe legt, dass Armut die nötigen Handlungsspielräume und Lebenschancen reduziert und folglich auch die Freiheit beschneidet. (vgl. MAIER 2010, S. 47ff)

In der NP zieht OPIELKA (2003) - auch im Zusammenhang mit Teilhabegerechtigkeit – folgenden Schlussfolgerung: „Dies schließt praktische sozialpolitische Strategien der Sicherung sozialer Grundrechte ein: so wird die umfassende Vermarktlichung von Bildung abgelehnt werden müssen und erscheint die Einführung eines garantierten Grundeinkommens [...] eine notwendige Reformperspektive [...].“ (a.a.O., S. 554)

Zusammenfassend lässt sich im Sinne der Sozialpädagogik feststellen, dass ein rechtlicher Diskurs im Zusammenhang mit Armut immer auch auf das Thema Gerechtigkeit zurückgreift. Viele Autoren verweisen darauf und fordern diese gesetzliche Rückbindung auf soziale Gerechtigkeit. Dennoch sehen die Autoren der NP eine zunehmende Verrechtlichung im gesellschaftlichen Zusammenleben, die aus deren Sicht auch kritisch hinterfragt werden muss. Folgt man einigen Kommentatoren in der NP, sollte die Sozialpädagogik auf diese Gegebenheiten reagieren, indem sie ihrem Klientel beratend zur Seite stehen, aber auch deren Stimme in den politischen Prozess und der Mitgestaltung von Gesetzen einbringt.

1.7 Bildung

Gerade für den sozialpädagogischen Diskurs zu Armutsphänomenen spielen die Diskussionen um Bildung und Bildungschancen eine bedeutende Rolle. Diese Tendenz zeigt sich auch in der hier vorliegenden Analyse. So etwa bei ZELLER (1998) in der NP, wenn sie grundlegende Aufgaben der Sozialpädagogik anspricht: „[...] Soziale Arbeit [bedeutet] v.a. Aufklärung, Bildung und Erziehung und Hilfe zur Selbsthilfe [...]“. (a.a.O., S. 554)

Das nun folgende Kapitel widmet sich dieser Thematik und versucht die Aspekte dieser Diskussion zu durchleuchten.

1.7.1 Allgemein

Gerade in der deutschen Diskussion, um Kinderarmut und zur Neuberechnung der „Hartz IV- Regelsätze“ spielt auch der Gedanke des Bildungszugangs eine Rolle. Größtenteils unbestritten ist dabei die Vorstellung, dass Bildungserfolg und -chancen bedeutende Aspekte für die kindliche Entwicklung und den weiteren Lebenslauf darstellen. Gerade im Zusammenhang mit Armut und sozialen Problemlagen kann man von einer Schlüsselrolle sprechen. (vgl. BUTTERWEGGE et al. 2005, S. 237)

So schreibt etwa auch OHLING (2005) in ihrem Artikel in der NP: „[...] eine gute Qualität schulischer Unterstützung erweis[t] sich damit als protektive[r] Faktor [...], d[er]

Jugendlichen bei der Bewältigung von materieller Armut [...]“ hilft. (a.a.O., S. 419)

Letztlich führt ein unzureichender Zugang zu Bildungsangeboten zu einer „Verfestigung von Armut“, da der gegenwärtige Zugang zum Arbeitsmarkt verstärkt über (Aus)Bildungsabschlüsse geregelt wird. (BUTTERWEGGE et al. 2005, S. 237)

Dieser Interpretation folgen auch VOLKEN/KNÖPFEL (2004) und halten weiter fest, dass das Armutsrisiko mit dem Bildungsniveau zusammenhängt. So steigt dieses Risiko, wenn zu einem niedrigen Ausbildungsniveau weiterer lebensgeschichtliche Belastungen hinzukommen, wie etwa Tod, Scheidung, Arbeitslosigkeit oder Krankheit. Demgegenüber sind bei Menschen mit höherem Ausbildungsstand diese Ereignisse materiell und psychisch weniger gewichtig. (vgl. a.a.O., S. 77)

Armutslagen und –verläufe korrelieren demnach stark mit dem jeweiligen Grad an (Aus-) Bildung, was den Schluss nahe legt, dass gerade in den frühen Lebensjahren, die Grundlagen für Armutskarrieren gesetzt werden. Somit kommt dem Bildungswesen ein zentrales Steuerungselement im Sozialstaat zu, da „[...] Bildungsinstitutionen [...] für die Verteilung von Lebenschancen in hohem Maße mitverantwortlich [sind]: Sie schaffen Räume der Teilhabe und Zonen des Ausschlusses.“ (a.a.O., S. 77)

Diese Auffassung teilt auch SCHNEIDER (1995), wenn er in seinem Artikel in der NP zum Thema „Altersarmut“ schreibt, dass „[...] Armut im Alter den Schlusspunkt einer biographischen Linie [setzt], die häufig bereits gekennzeichnet war von Zugangsschwierigkeiten zu Bildung und Ausbildung, zu Arbeit und Einkommen, zu Kultur und gesellschaftlicher Mitbestimmung.“ (a.a.O., S. 575)

Laut VOLKEN/KNÖPFEL sind folgende drei Merkmale, die die Wirkung von Bildung auf die jeweilige Biografie in gegenwärtigen Gesellschaften verdeutlichen, entscheidend: „

1. *Ausdehnung der Bildungsphase*
2. *Soziale Selektion im Bildungssystem*
3. *Soziale Selektion im Übergang von Ausbildung zu Beruf“*

(a.a.O., S. 78)

Diese drei Aspekte finden sich auch in der Analyse der NP und sollen nun im Einzelnen durchleuchtet werden aber auch mit dem Diskurssträngen der NP erweitert werden (Kinderarbeit und Bildung), um ein genaueres Bild auf den erwähnten Zusammenhang von Bildung und Armut zu erhalten.

1.7.2 Ausdehnung der Bildungsphase und Privatisierungstendenzen

Ab der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts kam es aufgrund eines verstärkten Ausbaus des Bildungssystems zu einer Veränderung im Verhältnis von Ausbildungszeit und Lebenslauf. HITZLER (1999) teilt diese Auffassung in der NP, wenn er „[...] nach und seit dem zweiten Weltkrieg [...] `Trends´ wie [...] Bildungsexpansion und Bildungsentwertung [...]“ erkennt. (a.a.O., S. 535)

So hatte diese Expansion der Bildung beispielsweise zur Folge, dass sich der Beginn der Erwerbsarbeit und der Familiengründung nach hinten verschob. Weiters hat sich im Verlauf des 20. Jahrhunderts der Erwerbsstatus verstärkt an den jeweiligen

Bildungsabschluss gekoppelt. Ein angesehener und gut entlohnter beruflicher Status hängt demnach größtenteils vom Grad des Bildungsabschlusses ab. Gerade in der heutigen Wissensgesellschaft sind Menschen mit geringer Schulbildung benachteiligt, denn „[w]er nur über einen Grundschulabschluss verfügt, ist nicht nur einem permanenten Armutsrisiko ausgesetzt. Er ist auch öfter und länger arbeitslos.“ (VOLKEN/KNÖPFEL 2004, S. 79) Und auch das Versprechen, welches mit der Öffnung des Bildungssystems einhergeht, wonach jeder (auch Personen aus benachteiligten Schichten) einen höheren Bildungsabschluss erwerben kann, hat sich nur zum Teil bewahrheitet. (vgl. a.a.O., S. 80) Denn noch immer ergeben sich, laut LUTZ (2004) aus der NP, Benachteiligungen „[...] aufgrund prekärer finanzieller Haushaltssituationen [...]“ etwa im Bereich der Schule. So stellt er fest: „Die Bildungschancen [für Kinder aus armen Familien] sind deutlich schlechter [...]“. (a.a.O., S. 49)

Eine gegenwärtige Entwicklung im Bildungsbereich, die in der NP diskutiert wird, dreht sich um den Diskurs der Privatisierung. So sieht etwa OPIELKA (2003) im Gefolge wohlfahrtsstaatlicher Umbau-/Aktivierungstendenzen auch das Bildungssystem betroffen: „Im Bildungswesen wird sowohl im Bereich der außerfamiliären Kinderbetreuung [...], im Bereich der Schulen – noch zaghaft beginnen hier kommerzielle Schulanbieter aufzutreten – und besonders öffentlichkeitswirksam im Hochschulbereich mit der [...] populären Forderung nach ‘Studiengebühren’ die Politikstrategie marktvermittelter Eigeninitiative einflussreich.“ (a.a.O., S. 547) Dieser Trend wird aber - auch mit Blick auf den Sozialbereich - eher kritisch gesehen und so schreibt OPIELKA weiter: „[...] so wird eine umfassende Vermarktlichung der Bildung abgelehnt werden müssen [...]“, wenn man die „[...] Sicherung sozialer Grundrechte [...]“ bewahren will. (a.a.O., S. 554)

1.7.3 Soziale Selektion im Bildungssystem

Der oben angeführte Befund verdeutlicht die Notwendigkeit der Chancengleichheit im Bildungssystem. Denn nur so kann auf einem Arbeitsmarkt, der nach Bildungsabschlüssen selektiert, die Chancen für benachteiligte Menschen gewahrt werden. (vgl. VOLKEN/KNÖPFEL 2004, S. 86)

So fragt etwa SPECHT (2000) in seinem Artikel über Straßenkinder in der NP: „Werden sie ohne Schulbildung und technische Qualifikation auf dem Arbeitsmarkt überhaupt eine Chance haben?“ (a.a.O., S. 352)

VOLKEN/KNÖPFEL sehen - auch in Anlehnung an PISA- Studien - vor allem im gegliederten Schulsystem des deutschsprachigen Raums, Probleme diese Benachteiligten zu nivellieren. Gerade Bildungssysteme, die eine schwache frühe Ausdifferenzierung aufweisen, schneiden dabei besser ab. Als positive Beispiele gelten dabei etwa Finnland und Schweden. Diese Länder haben ein System etabliert, das dem einer Gesamtschule ähnelt und ziemlich spät ausselektiert. Weiters wird auf das englische Schulwesen verwiesen, welches eine intensive Frühförderung aufweist und gerade die ersten Bildungsjahre der Schüler als wichtig erachtet. Im Gegensatz dazu zeichnet sich das deutschsprachige System in ihrer gegliederten Form, durch Selektion und fehlende Durchlässigkeit aus. (vgl. a.a.O., S. 86f)

Diese Einschätzungen findet man auch in der NP etwa bei OTTO (2002): „Wenn wir diesen Grundgedanken [Armut unter den Armen umverteilen] verlängern, stoßen wir auf PISA, d.h. auf die verheerenden Folgen der Verhinderung gesellschaftlichen Aufstiegs über die vorherrschenden gegliederten schulischen Leistungs- und Sozialisationsformen.“ (a.a.O., S. 414)

1.7.4 Soziale Selektion im Übergang von Ausbildung zu Beruf

Die Phase vom Bildungsabschluss in das berufliche Leben stellt, auch unabhängig vom jeweiligen Grad der Ausbildung, für viele eine unsichere Zeit dar. So spielt dieser Aspekt auch in der sozialpädagogischen Diskussion eine wichtige Rolle, wie etwa bei OTTO (2003) in der NP: „[...] die gesellschaftliche Gesamtlage der nachwachsenden Generation, die im Übergang von Schule zu Beruf vor dramatischen Herausforderungen steht [...].“ (a.a.O., S. 505)

Entscheidend für diese Phase ist das Schulsystem mit ihren Selektionsmechanismen, wie sie im vorigen Kapitel erläutert wurden. Aber auch die Veränderungen am Arbeitsmarkt spielen dabei eine nicht unbedeutende Rolle. So ist in Zeiten florierender Wirtschaft und steigendem Angebot an Arbeitsplätze die Konkurrenz am Arbeitsmarkt gering. Entsteht jedoch ein Mangel an Arbeitsplätzen, steigt die Konkurrenz am Arbeitsmarkt und die

erworbenen Bildungsabschlüsse gewinnen verstärkt an Bedeutung, was zur Folge hat, dass Menschen mit geringerem Ausbildungsniveau weniger Chancen haben. (vgl.

VOLKEN/KNÖPFEL 2004, S. 95)

Diese Phase ist aber gerade für Jugendliche wichtig und OTTO (2003) sieht – in einem Artikel der NP - die Entwicklung für die nachwachsende Generation problematisch, „[...] wenn der Übergang von der Schule in die Arbeitswelt [...] nicht bzw. nur unter äußerst kritischen Umständen gelingt.“ (a.a.O., S. 506)

Die besagten kritischen Umstände zeigen sich etwa an den Entwicklungen am Arbeitsmarkt. Diese Veränderungen spiegeln sich beispielsweise in der „Entkopplung von Bildungs- und Beschäftigungssystem“, die sich in den letzten Jahrzehnten etabliert hat. Gemeint ist damit der paradoxe Umstand, dass die Nachfrage an hohen Bildungsabschlüsse steigt, dieser aber nicht automatisch eine gut bezahlte und hohe Anstellung verspricht.

„Bildung [...] hat sich auf diese Weise von einer hinreichenden zur notwendigen Bedingung zur Arbeitsmarktintegration entwickelt.“ (VOLKEN/KNÖPFEL 2004, S. 98)

Bildungsabschlüsse werden somit zu Ein- bzw. Ausschlusskriterien und dieser Trend beschert gerade Menschen mit niedrigen Abschlüssen Probleme beim Zugang zum Arbeitsmarkt, was das Armutsrisiko erhöht. Denn gerade Personen ohne nachobligatorische Bildung stoßen in ihrem Erwerbsleben in einem hohen Maße auf Schwierigkeiten, wie sie sich beispielsweise in atypischen Beschäftigungsverhältnissen oder oftmaligen und längerfristigen Phasen der Arbeitslosigkeit widerspiegeln. (vgl. a.a.O., S. 98ff)

Und so schreibt etwa OFFERMANN (1996) in der NP: „Gerade vor diesem Hintergrund tragen [...] jene, die nicht an der erweiterten Bildung partizipieren können [...] ein erheblich vermehrtes Risiko von Arbeitslosigkeit und perforierten Erwerbsbiographien.“

(a.a.O., S. 127)

1.7.5 Kinderarbeit und Bildung

Als einen weiteren Punkt sollte hier noch das Thema der Kinderarbeit eingebracht werden, da es in der NP ein Teil des Diskurses um Bildung und Armut darstellt. Erwähnenswert ist dieser Aspekt auch deshalb, weil er im Gegensatz zum bisherig analysierten Diskurs um

Armut, der sich auf einen deutschsprachigen bzw. „westlichen“ Blick auf Armut beschränkt, den Fokus auf die „3. Welt“ und Schwellenländer legt.

So etwa in einem Artikel von LIEBEL (1998):

„Auch in den Ländern des Südens arbeiten viele Kinder aus eigener Entscheidung. Sie wollen ihrer Familie helfen oder sehen nur so die Möglichkeit, sich den Schulbesuch leisten oder dringende Medikamente kaufen zu können.“ (a.a.O., S. 84)

Dieser Diskurs der in der NP vor allem die Handschrift von LIEBEL trägt versucht aber ein differenziertes Bild von Armut, Kinderarmut und Schule zu zeichnen:

„Eltern der teppichknüpfenden Kinder gaben als Grund für die Arbeit ihrer Kinder nicht nur an, auf deren Einkommen angewiesen zu sein, sondern bezweifelten auch den Nutzen des Schulbesuchs [...]. Die Anzahl der insgesamt in diesen Schulen verfügbaren Plätze würde auch nicht annähernd ausreichen [...]. Hinzu kommt dass die Einrichtung von Schulen das Einkommensproblem der Familie bzw. der Kinder nicht zu lösen vermag.“ (LIEBEL 2005, S. 53)

Als Lösungsansatz schlägt LIEBEL deshalb mehr Partizipation von Kindern und bessere rechtliche Rahmenbedingungen vor:

„Auf dem Weg der Selbsthilfe werden Ausbildungskurse organisiert, um bessere Verdienstmöglichkeiten zu finden, oder sogar Ansätze einer eigenen Ökonomie [...] geschaffen, die den Kindern ermöglichen, unter von ihnen selbst bestimmten Bedingungen zu arbeiten und Geld zu verdienen.“ (LIEBEL 2000, S. 513)

Schlussendlich kann man sagen, dass sich die Annahme, dass gerade die Sozialpädagogik den Zusammenhang von Bildung und Armut hervorhebt, in der vorliegenden Untersuchung größtenteils bewahrheitet hat. So wird zwar das Verhältnis von Arbeitslosigkeit und Armut stärker betont (siehe Teil II/ Kap. 1.1), doch gerade der Verweis auf die eben besprochene Korrelation von Bildungsabschluss und Arbeitslosigkeit zeigt die Bedeutung dieses Aspekts.

1.8 Wohlfahrtsstaat und soziales Sicherungssystem

Die traditionellen Aufgaben des Wohlfahrts-/Sozialstaates europäischer Ausprägung sind vor allem in der Hilfe und Absicherung für jene Menschen zu finden, die nicht mehr oder nur unzureichend in der Lage sind sich selbst zu helfen. Diese Vorstellung mündet auch in dem sozialstaatlich geregelten Anspruch für jeden Staatsbürger, im Falle von Bedürftigkeit Hilfe zu erhalten. Letztlich zielen diese Unterstützungen unter anderem darauf ab soziale Gegensätze zu minimieren und eine gerechte Gesellschaft zu etablieren, damit der soziale Friede nicht gefährdet wird. (SANDERS 2008, S. 13)

Armut im Wohlfahrtsstaat galt bis in die 90er Jahre als untergeordnetes gesellschaftliches und politisches Problem, da das wohlfahrtsstaatliche System für „armutsfest“ gehalten wurde. Doch dieser Eindruck änderte sich zunehmend, auch aufgrund neuerer wissenschaftlichen Studien und Berichten (z.B.: Armuts- u. Reichtumsbericht), die feststellten, „[...] dass das Ausmaß relativer Einkommensarmut seit Beginn des 1980er Jahre stetig zugenommen hat.“ (a.a.O., S. 14)

Diese Sichtweise findet man auch in der NP etwa bei KANTEL (1994) mit Bezug auf die Sozialhilfe, wo er „[...] dramatisch steigende [...] Zahlen der Sozialhilfe-Empfänger seit Ende der siebziger Jahre [...]“ sieht. (a.a.O., S. 180)

Gerade diese paradoxe Entwicklung von Armut in reichen Staaten verweist auf die gegenwärtigen Herausforderungen des Wohlfahrtsstaates. Im „Wohlfahrtsstaatsdiskurs“ der letzten Jahre gewinnen jedoch andere Positionen zunehmend an Bedeutung. Unisono berichten die Autoren der NP von einem politischen, wie auch gesellschaftlichen Diskurs, der sich etwa in den Schlagworten vom „fördern und fordern“, „Umbau des Sozialstaats“ oder „aktivierender (Sozial-)Staat“ manifestieren. (vgl. SANDERS 2008, S. 17)

1.8.1 Gründe für die „Krise des Sozialstaats“

Gründe für diesen Paradigmenwechsel werden viele genannt. BUTTERWEGGE (1995) nennt in seinem Artikel in der NP einige Aspekte, die den modernen Sozialstaat unter Druck bringen: „[...] Überalterung, Umweltzerstörung und Staatsverschuldung.“ (a.a.O., S. 487)

Damit wird die Debatte, um den Um-/Ab-/Ausbau des Wohlfahrtsstaats initiiert und wirft Fragen nach der Finanzierung und Verteilung von Sozialleistungen auf.

Man kann drei wichtige Einflussfaktoren festmachen, die diese „Krise des Sozialstaats“ bedingen. So kann man das Zusammenwirken von Strukturkrise, Finanzierungskrise und Legitimationskrise beobachten. (vgl. DOBNER 2007, S. 19)

Themen die auch aus der Analyse der NP hervorgehen.

- Strukturkrise

Von einer Strukturkrise spricht man dann, wenn zur Lösung von Problemstellungen die gegenwärtigen Strukturen (des Sozialstaats) nicht mehr ausreichen. Dabei geht es aber nicht um kurzfristige Probleme (z.B.: kurzer Abschwung der Wirtschaft), sondern um grundlegende Herausforderungen für den heutigen Sozialstaat. Dobner nennt hierzu drei Merkmale, die unter anderem auch bei BUTTERWEGGE (2004) in der NP auftauchen: „Wenn der Um- bzw. Abbau des Sozialstaates überhaupt argumentativ legitimiert wird, bilden die Globalisierung und der demografische Wandel zwei

Hauptbegründungszusammenhänge, die erklären sollen, weshalb das bestehende Sicherungssystem nicht mehr funktionsfähig bzw. finanzierbar sei.“ (a.a.O., S. 591) DOBNER (2007) sieht als ersten Punkt, dass die jetzigen Strukturen der „Arbeitnehmerzentrierung“ nur unzureichenden Schutz in einer Gesellschaft des Mangels an Arbeit bieten. Weiters muss der demografische Wandel der Gesellschaft in den Versicherungsstrukturen berücksichtigt werden. Drittens steht der Sozialstaat vor der Frage, wie er mit den Veränderungen der Europäisierung und Globalisierung in Hinblick auf sein solidarisches Modell und der Angleichung von Sozialstandards umgehen soll. (a.a.O., S. 19-26)

Auch BUTTERWEGGE (1999) sieht dies in seinem Artikel in der NP ähnlich: „Schon vor Jahren ist `Globalisierung` zum Schlüsselbegriff der gesellschaftspolitischen Diskussion avanciert, welcher für viele Teilnehmer/innen auch die Entwicklung des Sozialstaats präjudiziert [...]“. (a.a.O., S. 435)

- Finanzkrise

Diese Krise der Finanzierung zeigt sich auf der Einnahmen- und Ausgabenseite, so schreibt etwa OFFERMANN (1998) in der NP: „Finanzierungsprobleme des Wohlfahrtsstaat können sich aus sprunghaft ansteigenden Ausgaben [...] oder aus

rückläufigen Einnahmen oder aus einer Kombination beider Prozesse ergeben.“ (a.a.O., S. 230)

Die Einnahmen speisen sich zu einem Großteil aus „[...] den steuerfinanzierten Zuweisungen [...] und den Sozialbeiträgen der Versicherten [...] und Arbeitgebern [...].“ (DOBNER 2007, S. 26)

Gerade durch die steigende Tendenz der Staatsverschuldung in den letzten Jahren, stehen auch diese Budgetpunkte zur Diskussion. Hierzu gibt es unterschiedliche Positionen, die sich in den Standpunkten der Arbeitgeber und Arbeitnehmer widerspiegeln. So verlangen etwa Arbeitgeber eine Senkung der Lohnnebenkosten für Unternehmen, um in der Standortfrage gegenüber anderen Staaten nicht benachteiligt zu sein. Arbeitnehmer hingegen fordern eine Entlastung für die Arbeiter/Angestellten, da dies die Kaufkraft ankurbelt und somit die Konjunktur belebt.

Ausgabenseitig sind es vor allem die Sozialbudgets, die für Diskussionen sorgen. Reformvorschläge nennen immer wieder eine Ausgabenreduktion als unumgänglicher Schritt gegen die gegenwärtigen Finanzierungsprobleme. Andererseits werden diese Lösungsvorschläge kritisch betrachtet, da sie als Vorwand für den Sozialabbau auf Kosten der Schwächsten gesehen wird. (a.a.O., S. 26-29)

- Legitimationskrise

In den Debatten über den Sozialstaat der letzten Jahre wird zunehmend der Eindruck bestätigt, dass es sich um eine grundlegende Legitimationskrise des Sozialstaats handelt. Gerade wenn über Reformen und Neu- /Umverteilungen verhandelt wird, taucht dieser „[...] Mangel an einer von allen geteilten Überzeugung über die Notwendigkeit und den Umfang des Sozialstaats [...]“ auf. (a.a.O., S. 30)

Aber auch die neuen Herausforderungen des Sozialstaats tragen diese Legitimationskrise offen zu Tage, wenn etwa die gegenwärtigen Probleme nicht mit den gängigen Mitteln des Sozialstaats gelöst werden können und so nach neuen Antworten gesucht werden muss. (a.a.O., S. 31)

Diese Legitimationskrise erkennt auch BUTTERWEGGE (1995) in der NP, wenn er in Bezug auf heutige Debatten über den Wohlfahrtsstaat schreibt: „ Es geht [...] um die Grundsatzfrage, ob der Wohlfahrtsstaat überhaupt zeitgemäß und nötig ist [...].“

1.8.2 Ab-/Umbaudiskurs

Wie bereits oben angedeutet befindet sich der heutige Sozialstaat in einem Prozess des Um-/Abbaus, je nach Interpretation der Reformschritte. Doch wie sieht diese Umorientierung konkret aus?

SANDERS (2008) sieht dies in den Zielsetzungen des „aktivierenden Sozialstaats“, der im Gegensatz zum traditionellen Wohlfahrtsstaat, welcher eine Absicherung ohne Gegenleistung vorsieht, den Bürger durch eine staatliche Aktivierungspolitik in den Arbeitsmarkt re-integrieren will. Dies geschieht unter anderem durch „[...] die Verpflichtung zur Arbeit beim Bezug von Lohnersatzleistungen, der Auf- und Ausbau eines Niedriglohnssektors und die Indienstnahme der Sozialen Arbeit zur Wiederherstellung der Beschäftigungsfähigkeit.“ (a.a.O., S. 17f)

DAHME/WOHLFAHRT (2002) sehen darin eine neue Form des Sozialstaats, wenn man ihrem Artikel in der NP folgt: „[...] der aktivierende Staat fördert zwar unter veränderten Vorzeichen weiterhin (Transferleistungen), fordert aber gleichzeitig auch eine Gegenleistung und wird dadurch zu einem neuen Typus von Sozialstaat.“ (a.a.O., S.12)

Ein weiteres Ergebnis dieser Entwicklung wird dadurch sichtbar, dass der Staat nur noch Kernaufgaben erfüllt und vormals staatliche Aufgaben an Dritte delegiert. Beispielgebend in Deutschland waren etwa „Hartz-Gesetze“ und die Reformen aus der „Agenda 2010“ (siehe dazu Teil II/ Kap. 1.2). (vgl. SANDERS 2008, S. 18)

Diese Reformen stehen für den in der NP oftmals kommentierten Wandel von „welfare“ zu „workfare“, wie etwa bei DAHME/WOHLFAHRT (2002) - in der NP - in Bezug auf die Reformen der Schröder Regierung: „[...] all diesen Entwicklungen geht es vorrangig darum, das `welfare-regime´ in ein `workfare-regime´ zu transformieren [...].“ (a.a.O., S. 17)

Dieser Wandel orientiert sich stark an dem Grundsatz der Wettbewerbsfähigkeit und weniger an der Schaffung von einem Mindestmaß an sozio-kultureller Teilhabe. Der in der Sozialpädagogik gern postulierte Wert der „Hilfe zur Selbsthilfe“ wird damit auf die „Hilfe zum Wettbewerb“ reduziert. (vgl. GALUSKE 2008, S. 18)

Die Hartz-Gesetze aus analytischer Sicht betrachtet zeigen einen Trend in der Beurteilung von Arbeitslosigkeit und Armut, der diese Phänomene auf ein selbstverschuldetes Verhalten des Einzelnen reduziert. Dabei verliert aber der Blick auf strukturelle Probleme etwa am Arbeitsmarkt an Bedeutung. Arbeitslosigkeit und Armut wird demnach zu einem

individuellen Schicksal, dass aufgrund fehlender Aktivität und Eigeninitiative des Einzelnen entsteht. (vgl. BUTTERWEGGE et al. 2005, S. 75f)

Ein weiterer Grundgedanke des Prinzips „fördern und fordern“ anerkennt nicht nur die Rechte des einzelnen Bürgers, sondern verweist auch auf seine Pflichten. Werden diese Pflichten nicht erfüllt drohen Sanktionen etwa in Form von Leistungskürzungen. (vgl. SANDERS 2008, S. 19f)

BUTTERWEGGE (2004) verweist in der NP auf die Lücken dieser Entwicklung: „Trotz des Mottos `Fördern und fordern!`, das Leistungsgesetze von Gegenleistungen der Begünstigten abhängig macht, bemüht man sich aber gar nicht darum, die Chancen von sozial Benachteiligten zu verbessern.“ (a.a.O., S. 594)

Staatliche Transferleistungen werden demnach nicht mehr nur als Absicherung im Bedarfsfall verstanden, sondern gelten als Investition in die Beschäftigungsfähigkeit („employability“) der Staatsbürger. „Der Einzelne soll als Lebenscredo verinnerlichen, dass er selbst verantwortlich ist für die Pflege seines `Kapitals` in Form seiner Kraft, Motivation, Flexibilität und Qualifikation.“ (GALUSKE 2008, S. 15)

1.8.3 Debatten über die Sozialhilfe

Die oben genannten Entwicklungen bedingen auch den Wandel im politischen und öffentlichen Diskurs über den Wohlfahrtsstaat und seinen Umbau. Die Kommentatoren der NP sehen diesen Paradigmenwechsel in den Debatten um den „aktivierende Staat“, der „fördert und fordert“. Legitimiert wird dieser Diskurs neben den bereits genannten Gründen (Finanzierungs-, Struktur- und Legitimationskrise) auch mithilfe von Missbrauchsdebatten bei Sozialleistungen. Als Paradebeispiel gilt dabei die Debatte um die Sozialhilfe, was wiederum in einem engen Zusammenhang mit Armut steht und deshalb auch für den damit verbundenen Diskurs interessant ist.

Die Autoren der NP appellieren dafür die Missbrauchsdebatte aus einer kritischen Position heraus zu betrachten, so auch ACKERMANN/BENDER (1994): „In der Unterscheidung zwischen Hilfebedürftigen, denen Sozialleistungen zustehen und anderen, denen diese nicht zustehen, wird gezielt der Verdacht in die Welt gesetzt und genährt, daß viele Sozialhilfeempfänger unberechtigt Leistungen in Anspruch nehmen.“ (a.a.O., S. 316)

Laut LEIBFRIED/LEISERING (1995) in der NP sind es diese Vorbehalte eher auf der rechten Seite des politischen Spektrums zu finden. Diese „rechten Finanzanwälte“, „[...] die Armut aus ihrem Weltbild verdrängen und Sozialhilfebezieher zu `Nassauern und Trittbrettfahrern´ machen [...]“, stehen linken „Sozialanwälten“ gegenüber, die „[...] Arme nur als Opfer und die Sozialhilfe als Kontrolle [...]“ sehen. (a.a.O., S. 302)

SCHNEIDER (1995) sieht in der NP gerade auch in der Diskussion um staatliche Wettbewerbsfähigkeit und Sicherung des Wirtschaftsstandorts „[...] das rhetorische Vehikel, in dessen Windschatten gegen soziale Hilfeempfänger polemisiert wird, Missbrauchsdebatten geführt werden und nicht einmal vor dem letzten Netz sozialer Sicherung, der Sozialhilfe, haltgemacht wird.“ (a.a.O., S. 571)

Folgt man der Argumentation dieser und anderer Autoren in der NP, so wird anhand der Missbrauchsdebatten versucht die Kürzungen und Verschärfungen bei sozialen Leistungen zu legitimieren. Im Gegenzug dazu verweist die Sozialpädagogik (aus Sicht der NP) auf die Dunkelziffer bei der Sozialhilfestatistik. So etwa STROHMEIER in seinem Artikel aus dem Jahr 2001, der auf „[...] das Problem der Dunkelziffer [...]“ beim Sozialhilfebezug hinweist. „Auf jeden Sozialhilfebezieher kommt nach realistischer Schätzung mindestens eine Person, die anspruchsberechtigt wäre, aber diesen Anspruch nicht realisiert.“ (a.a.O., S. 313)

Einen weiteren Aspekt dieses sozialpädagogischen Diskurses liefert jener über garantierte bzw. bedarfsorientierte Grundeinkommen/-sicherung. So verlangt etwa BUTTERWEGGE (1995) in seinem Artikel in der NP eine Neugestaltung des Sozialstaats beispielsweise „[d]urch eine bedarfsorientierte Grundsicherung, die sich tiefgreifend von der Sozialhilfe unterscheidet [...]“. (a.a.O., S. 493)

Auch OPIELKA (2003) argumentiert in der NP ähnlich, wenn er für ein garantiertes Grundeinkommen wirbt und darin auch „[...] eine notwendige Reformperspektive für monetäre Transfersysteme [...]“ sieht. (a.a.O., S. 554)

Damit soll „[...] erreicht werden [...], daß niemand mehr Angst vor Arbeitslosigkeit, Armut und Ausgrenzung haben muß. Die bedarfsorientierte Grundsicherung soll das bestehende System nicht ersetzen, sondern es nur `armutsfest´ machen.“ Zitiert aus einem Artikel der NP nach BUTTERWEGGE (1999, S. 445).

Aus analytischer Sicht kann man den Aktivierungsdiskurs und den Diskurs um Grundeinkommen folgendermaßen unterscheiden:

Die Aktivierungspolitik sieht Armutsbekämpfung vorrangig in dem Versuch Menschen in den Arbeitsmarkt zu integrieren. Demgegenüber bezweifeln die Befürworter des

Grundeinkommens diese Integrationsleitung des Arbeitsmarkts mit Bezug auf die Phänomene „working poor“ und „atypische Beschäftigung“.

Die Strategien zur Armutsbekämpfung „[...] des `Aktivierungs´-Diskurses zielen auf die Wiederherstellung von Vollbeschäftigung [ab], diejenigen des konkurrierenden Grundeinkommensdiskurses auf die Universalisierung sozialer Bürgerrechte.“ (OPIELKA 2008, S. 135)

Wie gezeigt werden konnte steht der Wohlfahrtsstaat in einem Prozess der Umstrukturierung, der die unterschiedlichsten Bereiche berührt. Auswirkungen zeigen sich dabei etwa auch beim Thema „Armut“. Die Interpretation dieser Entwicklungen kann jedoch differieren, wie bei den vorangegangenen Ausführungen zu sehen war. Aus einer Metaebene betrachtet kann man dabei festhalten, dass der sozialpädagogische Diskurs vor allem den (Wohlfahrts-) Staat bei der Bekämpfung und Abfederung von Armutsphänomenen in die Pflicht nimmt (Bspl.: Grundsicherung). Demgegenüber stehen die politischen Strategien der letzten Jahre, die eher auf mehr Eigeninitiative setzen.

1.9 Krankheit und Beeinträchtigung

Das nun folgende Kapitel soll sich mit den immateriellen Folgen von Armutserfahrungen auseinandersetzen. Im Speziellen geht es dabei um Auswirkungen im physischen und psycho-sozialen Bereich, die auch in den Artikeln der NP immer wieder angeführt werden. Wobei sich die Autoren vor allem auf Kinderarmut beziehen und diesen Zusammenhang von Armut im Kindes-/Jugendalter und körperliche und psycho-soziale Beeinträchtigungen hervorheben.

Vor allem in den letzten Jahren wurde verstärkt auf den Zusammenhang von Armut und Krankheit/Gesundheit hingewiesen. NGO`s machten etwa mit Werbekampagnen (z.B.: „Nein zu Arm und Krank“ 2010) auf diesen Aspekt aufmerksam. Auch im wissenschaftlichen Bereich fand diese Thematik mehr Beachtung.

Dieser Problembereich trifft aber nicht nur auf sogenannte „3. Welt“- Staaten zu, sondern auch auf Industrieländer. So trugen etwa der Bericht des Robert-Koch-Instituts aus dem Jahr 2005 zum Thema „Armut, soziale Ungleichheit und Gesundheit“ und der 2. Armuts- und Reichtumsbericht (2005) in Deutschland dazu bei, diese Problematik publik zu machen. (vgl. MÜNSTER/LETZEL 2008, S. 62)

Wissenschaftler sind sich dabei größtenteils einig, dass Menschen mit geringeren materiellen Ressourcen ein erhöhtes Risiko zu Erkranken und eine geringere Lebenserwartung aufweisen. Vergleicht man beispielsweise die untere Einkommensgruppe mit der Oberen, so fallen vor allem Unterschiede bei psychosomatischen Erkrankungen, psychischen Beeinträchtigungen (Depression, Ängste, etc.) aber auch körperliche Probleme mit dem Bewegungsapparat, Stoffwechsel und Herz-Kreislauf-System auf. (vgl. SCHENK/MOSER 2010, S. 77f)

1.9.1 Arm und krank

Eine klare Definition von Krankheit bzw. Gesundheit fällt ähnlich schwer, wie bei der Suche nach einer einheitlichen Definition von Armut. Einige Unterscheidungsversuche gehen von einer scharfen Trennung von gesund und krank aus, andere sehen diese beiden Pole eher komplementär, was eine klare Grenzziehung nahezu unmöglich macht. MÜNSTER/LETZEL verweisen weiters darauf, dass Gesundheit bzw. Krankheit von

vielen Faktoren (körperliche, psychische, soziale, chemische, physikalische) abhängig ist und in seiner Dynamik ein ganzes Leben anhält. (vgl. a.a.O., 2008, S. 64)

Wie bereits erwähnt bezieht sich der Diskurs zu diesem Thema „Arm und Krank“ in der NP vor allem auf Kinderarmut. Weiters kann der Diskurs in zwei Stränge unterteilt werden und zwar jener der Krankheit als Ursache von Armut sieht und jener der Krankheit als Folge von Armut diskutiert.

Dennoch ist der Diskurs in der NP eher an der Vorstellung orientiert, dass Menschen in Armutslagen ein höheres Risiko aufweisen zu erkranken. Diesem Trend gehen auch die folgenden Kapitel nach.

In der NP wird dabei vor allem auf die körperlichen und psycho-sozialen Risiken hingewiesen. So etwa LUTZ (2004) in seinem Artikel in der NP über Kinderarmut: „Diese Unterversorgung in den drei Kapitalbereichen Ökonomie, Soziales und Kulturelles beeinflussen schließlich auch die psychische und physische Lage der Kinder hinsichtlich ihres Gesundheitszustandes [...]“. (a.a.O., S. 45)

1.9.1.1 Körperliche Beeinträchtigung

Einige Autoren verweisen darauf, dass die Wahrscheinlichkeit zu erkranken bei Menschen mit geringerem sozioökonomischen Status höher ausfällt. Das betrifft vor allem folgende körperliche Probleme: Herz-Kreislauf-Erkrankungen, Diabetes, Erkrankungen der Atemwege und des Bewegungsapparats. Auch bei Kindern wird verstärkt auf zunehmende gesundheitliche Probleme im Zusammenhang mit Armut hingewiesen. Beispiele dafür sind Übergewicht, Entwicklungsverzögerungen und ungesündere Ernährung.

(vgl. MÜNSTER/LETZEL 2008, S. 65f)

Den Zusammenhang zwischen Ernährungssituation und Krankheit findet man auch in einem besonderen Maße. Darauf verweisen auch REIDEGELD und REUBELT (1995) in ihrem Artikel in der NP: „[...] der fatale Zusammenhang zwischen der Mangelernährung und der Cholera, dem `Würgeengel Tuberkulose´ und anderen Krankheiten ist nicht durchbrochen.“ Aber der „[...] drohende `acute Hungertod´ ganzer Volkskreise [...] wird vor allem durch verbesserte landwirtschaftliche Produktion und einen verbesserten, ausgleichenden Marktverkehr im Grundsatz `überwunden´.“ (a.a.O., S. 170)

Auch heute noch ist jene Diskussion über Armut, die die Ernährung und die damit verbundene Gesundheit/Krankheit anspricht wichtig. So etwa auch bei LUTZ (2004) in der NP, der auf diese Problematik, vor allem bei Kindern und Jugendlichen, hinweist: „[...] Einschränkungen hinsichtlich Ernährung, Kleidung [...]“ bis hin zu „[...] Fehl- und Unterernährungen [...]“ lassen sich feststellen. (a.a.O., S. 49)

Dieses ungünstige Ernährungsverhalten bei Kindern und Jugendlichen kann man unter anderem auf die psychischen Folgen von Unterversorgungslagen zurückführen. Stress, Unzufriedenheit und (Zukunfts-)Angst wird mit dem Verzehr von mehr Süßigkeiten bekämpft. Diese Strategie wird auch als „eating for comfort“ bezeichnet und soll kurzfristige Linderung bringen. (vgl. SCHENK/MOSER 2010, S. 89f)

Neben dieser schlechteren Ernährungssituation geht man davon aus, dass Kinder und Jugendliche aus sozial schwachen Familien tendenziell einen ungesünderen Lebenswandel führen, der sich etwa in regelmäßigem Tabak-/Alkoholkonsum und geringeren sportlichen Aktivität widerspiegelt. (vgl. BUTTERWEGGE et al 2005, S. 138f)

1.9.1.2 Psycho-soziale Folgen

Die Folgen von Unterversorgungslagen auf die Gesundheit äußern sich aber nicht nur im physischen Bereich, auch psychische und psycho-soziale Aspekte spielen hierbei eine Rolle.

In der NP wird diese Problematik schon im Jahr 1991 bei SÜNKER (1991) erwähnt, der die Auswirkungen von (Kinder-)Armut beschreibt: „Folgen für Kinder: psychische Auffälligkeiten – Angstzustände, Schlafstörungen, motorische Unruhe, emotionale Labilität [...]. Soziale Auffälligkeiten – Abbruch sozialer Kontakte, Angst vor Stigmatisierung [...].“ (a.a.O., S. 319)

Man hat in diesem Zusammenhang einen erhöhten Handlungsbedarf gesehen, so sieht etwa KANTEL (1994) in seinem Artikel in der NP Forschungsbedarf: „Um die psycho-sozialen Auswirkungen von Armut und Arbeitslosigkeit zu erfassen, fehlen allerdings weitgehend geeignete Instrumentarien [...].“ (a.a.O., S. 185)

Die mit Armut einhergehende psychische Belastung kann man auch als Risikofaktor für psychische Folgeerkrankungen wie etwa Depressionen, Suchterkrankungen und Angsterkrankungen sehen. (vgl. BMGS 2005, S. 142)

REIDEGELD/REUBELT (1995) machen auch auf die psychischen Belastungen, die mit Armut (in diesem Fall: Obdachlosigkeit) einhergehen in ihrem Artikel der NP aufmerksam: „ An solche Menschen [Obdachlose] in nicht selten extremer Hilfsbedürftigkeit, in tiefer materieller, gesundheitlicher, sozialer und psychischer `Bedrängnis`, richten sich spezifische Institutionen und Formen der Nothilfe.“ (a.a.O., S. 167)

1.9.1.3 Krankheit als Ursache für Armut

Wie bereits erwähnt stellt die Diskussion der vorgestellten Thematik einen weiteren wichtigen Aspekt in den Blickpunkt, der Unterversorgungslagen nicht nur als Ursache von Krankheit beschreibt, sondern als Folge von körperlichen und/oder psychischen Beeinträchtigungen. Auf dieses Risiko verweisen etwa BOMMES/SCHERR (1996) in ihrem Artikel in der NP, wenn sie die „[...] Verausgabung des Arbeitsvermögens [...]“ kritisch betrachten, da sie „[...] zu physischen und psychischen Erkrankungen führen können, in deren Folge erneut Ausschluß droht.“ (a.a.O., S. 110)

Krankheit kann somit im schlimmsten Fall eine Ausgrenzungsspirale in Gang bringen an dessen Schlusspunkt ein Leben in Armut steht.

1.10 Kinder- und Jugendarmut

Kinderarmut war lange Zeit, auch in der Armutsforschung, ein nicht beachtetes oder untergeordnetes Thema. Kinder/Jugendliche wurden eher im Zusammenhang mit Familienarmut gebracht und dabei als Ursache für diese diskutiert. Erst um die 90er Jahre begann sich die Armutsforschung explizit mit dieser Erscheinungsform auseinanderzusetzen. (vgl. BUTTERWEGGE et al. 2005, S. 101)

Dieser Trend hat sich auch in der Sozialpädagogik bemerkbar gemacht, was sich auch im Untersuchungszeitraum dieser Arbeit widerspiegelt. So verweist etwa LUTZ (2004) in der NP auf die Entwicklung in diesem Bereich: „Zumindest ist klar, [...] dass die Anzahl der Kinder und Jugendlichen, die in definierter relativer Armut leben, seit Jahren steigt [...].“ (a.a.O., S. 41)

In den nun folgenden Kapiteln werden diese gegenwärtigen Diskurse zu Kinder- und Jugendarmut diskutiert, wobei sich die Lebensphasen Kindheit und Jugendalter oft überschneiden oder in einer unscharfen Differenzierung auftauchen, da dies auch dem Diskurs in der NP entspricht.

1.10.1 Kinderarmut

Das Phänomen der Kinderarmut wird in den letzten Jahren vor allem mit zwei Punkten im Zusammenhang gebracht: AlleinerzieherInnen und Mehrkindfamilien. Diese beiden Erscheinungsformen sind maßgeblich für diese Diskussion.

Die Erscheinungsform von allein erziehenden Eltern, wobei sich der Diskurs vor allem auf allein erziehende Mütter bezieht, verweist auf eine verhältnismäßig junge gesellschaftliche Entwicklung, die sich im modernen Wohlfahrtsstaat vollzieht. Dabei wird oft auf das erhöhte Armutsrisiko verwiesen, das sich aus dieser Familienkonstellation ergibt. So auch bei OHLING (2005) in ihrem Artikel in der NP mit dem Titel „Doppelt benachteiligt: Kinder allein erziehender Mütter“. (a.a.O., S. 418)

Als Grundproblem wird dabei vor allem die immer noch starke Benachteiligung von Frauen am Arbeitsmarkt angesehen. Prekäre Arbeitsverhältnisse und Berufe im Niedriglohnsektor sind Schlagworte, die diese Probleme benennen. Darauf verweisen viele

Autoren, so auch BEISENHERZ (2002) im Bezug auf einen Einkommensvergleich von Frauen mit und ohne Ehepartner. Dabei geht hervor, dass gerade alleinstehende Frauen im unteren Lohnbereich angesiedelt sind.

(vgl. a.a.O., S. 54-58)

Der zweite zentrale Punkt sind sogenannte Mehrkindfamilien, die in den Zusammenhang mit Kinderarmut gebracht werden. In der NP erwähnen dies etwa

ACKERMANN/BENDER (1994), wenn sie schreiben: „Alleinstehende Arbeitslose bis 25, Familien mit mehreren Kindern, deren Hauptverdiener arbeitslos wurde [...] sind gegenwärtig besonders oft von Notlagen betroffen.“ (a.a.O., S. 310)

Oder auch LUTZ (1995) erkennt vor allem in Ostdeutschland diesen Trend, dass neben den alleinerziehenden Frauen auch „[...] Haushalte mit drei und mehr Kindern [...] zu den Problemgruppen [zählen]. [...] Kinder und Jugendliche sind dadurch im besonderen Maße von Armut betroffen.“ (a.a.O., S. 397)

Für beide Gruppen wird als Hauptursache immer wieder die Arbeitslosigkeit angeführt, so auch BEISENHERZ (2002): „Als eigentliche Ursache der hohen Armutszahlen, die heute vor allem unter dem Schlagwort `Kinderarmut` diskutiert werden, muß die auf hohem Niveau stagnierende Arbeitslosigkeit gelten.“ (a.a.O., S. 63)

Auch in der NP wird dieser Aspekt hervorgehoben, wie beispielsweise der Titel von SÜNKER's Artikel zeigt: „Kinder und Armut – Effekte der Arbeitslosigkeit auf das Kindererleben.“ (a.a.O. 1991, S. 316)

Insbesondere Mütter sind von dieser Entwicklung verstärkt betroffen. So verweisen das bereits angesprochene niedrige Lohnniveau bei Frauen und die Entwicklungen am Arbeitsmarkt (Bspl.: „working poor“) auf diese Benachteiligungen. Bei Mehrkindfamilien führt auch der Umstand, dass zumeist nur eine erwerbsfähige Person in der Familie berufstätig ist, zu verschärften Bedingungen bei Arbeitslosigkeit oder auch bei geringen Verdienstmöglichkeiten. Hinzukommt dass bei Großfamilien zugleich mehrere Kinder von Armut bedroht sind. (vgl. BEISENHERZ 2002, S. 64f)

1.10.2 Folgen für Kinder/Jugendliche

Neben den genannten Ursachen der Kinderarmut, nimmt im wissenschaftlichen Diskurs, wie auch in den Artikeln der NP, die Fragen nach den Auswirkungen von

Armutserfahrungen bei Kindern und Jugendlichen eine wichtige Stellung ein. Folgende Aspekte zählen dabei zu den wichtigsten Elementen dieser Diskussion: materielle Folgen, Bildung/Schule, psycho-soziale Aspekte. Als gesonderten Punkt soll in weiterer Folge auf das Thema „Straßenkinder und Kinderarbeit“ eingegangen werden.

1.10.2.1 Materielle Folgen

Hier lassen sich Benachteiligungen im Lebensstandard feststellen. Dies kann bei Gütern des alltäglichen Lebens beginnen und über Konsumwünsche bis hin zur Grundversorgung gehen. Kinder sind auf jedem Fall direkt davon betroffen, doch der Umgang mit dieser Unterversorgung kann unterschiedlich ausfallen. Hier sind vor allem die Strategien der Eltern entscheidend. Die Palette kann dabei von Resignation bis Erarbeitung von Gegenstrategien reichen. Der Versuch der Eltern nicht auf Spielsachen bei den Kindern zu verzichten ist eine Strategie die oftmals zu beobachten ist, wobei der materielle Mangel dadurch ausgeglichen wird, dass billigere Waren gekauft werden. Diese Kompensation kann man aber auch bei Lebensmittel beobachten, wo auf Billigprodukte zurückgegriffen und auf scheinbar teures Gemüse und Obst verzichtet wird, was letztlich auch Folgen auf die Gesundheit der Kinder haben kann. (vgl. BEISENHERZ 2002, S. 76f)

Auf die Folgen für Jugendliche verweist etwa SÜNKER (1991) in der NP mit einer Studie, die feststellt, dass „[...] finanzielle Restriktionen [...] sich primär auf den Konsum/Kleidung auswirkten [...]“. (a.a.O., S. 320)

Generell lässt sich sagen, „[...] daß die Kinder aus ärmeren Haushalten zwar noch in der Grundversorgung relativ mithalten können, daß sie aber bei den Ausgaben, die den `life style´ [...] definieren – von der Kosmetik zur Bildung und vom Reisen bis zur Information kaum noch `mithalten´ können.“ (BEISENHERZ 2002, S. 77)

1.10.2.2 Schule/Bildung

Auf Benachteiligungen im Bildungswesen aufgrund von Armut hat bereits das Kapitel „Bildung“ dieser Arbeit hingewiesen. Zusätzlich wird aber im wissenschaftlichen Diskurs auch auf andere Auswirkungen verwiesen. So sind etwa Bildungsausgaben zu nennen, die

vor allem bei geringeren Haushaltsbudgets stark ins Gewicht fallen. Bereits in der Grundschule sind dabei die hohen und ständig steigenden Kosten für Schulsachen relevant. Hinzukommen können in weiterer Folge auch noch Kosten für Ausflüge, Sportwochen, etc.. Letztlich ergeben sich aus der ohnehin schon angespannten materiellen Situation zusätzliche Belastungen für das Kind, die sich auf unterschiedliche Weise äußern können. Mangel an „modernen“ Schulaccessoires oder Kleidung, Fehlen von Einkaufsmöglichkeiten in der Schulkantine sind nur einige Beispiele dafür, die wiederum auch den Umgang von Mitschülern und die sozialen Kontakte innerhalb der Schule beeinflussen. (vgl. BEISENHERZ 2002, S. 81f)

Doch gerade die Schule kann auch als ein positiver Faktor gesehen werden, der das Erleben und die Bewältigung von Armutserfahrungen bei Kindern und Jugendlichen entscheidend erleichtern kann. Darauf verweist etwa OHLING (2005) in der NP, wenn er unter anderem „[...] eine gute Qualität schulischer Unterstützung [...] als protektive Faktoren, die Jugendlichen bei der Bewältigung der Erfahrung von materieller Armut helfen können [...]“ nennt. (a.a.O., S. 419)

Im sozialpädagogischen Diskurs wird im Zusammenhang mit dem Sozialraum Schule immer wieder für eine Sensibilisierung für die Belange benachteiligter Kinder plädiert. So auch bei LUTZ (2004) in der NP: „Darüber hinaus müssen erzieherische Hilfen vermehrt den Bereich schulisches Lernen, in Abstimmung mit Schulsozialarbeit, [...] unter dem Blickwinkel benachteiligender Lebenslagen und deren Auswirkungen in den Blick nehmen.“ (a.a.O., S. 57)

1.10.2.3 Psycho-soziale Auswirkungen

Dieser Aspekt wird sehr oft angeführt und beinhaltet eine Vielzahl von Problemen und Konflikten die aus Kinderarmut erwachsen können. Deshalb sollen hier nur einige der Wichtigsten im sozialpädagogischen Kontext angeführt werden.

Soziale Vernetzung

Hier wird immer wieder (in der NP etwa bei LUTZ 2004) darauf verwiesen, dass aufgrund materieller Schwierigkeiten oftmals ein „[...] Wohnungswechsel in eine billigere Wohnung

[...]“ vollzogen werden muss, was „[...] oft zu Lasten der Kinder geht [...]“. (LUTZ 2004, S. 49)

Da diese billigen Wohnungen häufig in benachteiligten Stadtgebieten zu finden sind, sehen sich diese Kinder und Jugendlichen mit einer schlechteren Infrastruktur konfrontiert, die sich etwa in schlechteren Verkehrsanbindungen oder fehlenden Kultur- und Freizeitangeboten äußert. Doch gerade in Sportvereinen, Musikgruppen u.ä. sehen viele Autoren unterstützende Faktoren für die Bewältigung von Armutserfahrungen, da sie die Funktion der Integration in eine peer-group ermöglichen kann. (vgl. BUTTERWEGGE et al. 2005, S. 139 u. 146ff)

Neben diesen möglichen Folgen ist es aber vor allem auch der Verlust sozialer Beziehung in diesem Zusammenhang zu nennen.

„Insbesondere US-amerikanische Forschungen haben sich der Problematik angenommen und nachgewiesen, daß häufige Umzüge mit dem Verlust des sozialen Kapitals der Kinder einhergehen [...]“. (BEISENHERZ 2002, S. 78)

Innerfamiliäre Beziehungen

Die Auswirkungen von Armut auf Kinder und Jugendliche spiegeln sich zumeist auch in einer Veränderung des familiären Zusammenlebens wider. SÜNKER (1991) empfiehlt etwa in seinem Artikel in der NP, dass bei Frage nach dem Einflussfaktoren von „sozialen Erfahrungen und [...] Erleben von Kindern [...]“ immer auch mit „[...] einer Analyse der Formen und Gehalte der Eltern-Kind-Beziehung – in ihren Konsequenzen für beide Seiten – [...]“ begonnen werden muss. (a.a.O., S. 317)

Unbestritten, zumindest bei LUTZ (2004) in der NP, scheint dabei zu sein, „[...] dass Armut die gesamte Familie belastet und die Kräfte von Eltern und Kindern fordert.“ (a.a.O., S. 48)

Die dadurch belastete Familienstruktur kann sich dabei unterschiedlich auf die Kinder/Jugendlichen auswirken. Oftmals zu beobachten sind dabei geschlechtsspezifische Adaptionsprozesse, die sich beispielsweise bei Mädchen „[...] als Rückfall in oder Verstärkung von autoritären Interaktionsstrukturen auf der Basis traditioneller Geschlechterrollenverteilung kennzeichnen [...]“ lassen (BEISENHERZ 2002, S. 84). Buben hingegen reagieren hingegen mit Verhaltensauffälligkeiten bis hin zu Kleinkriminalität. (a.a.O., S. 83ff)

Dennoch kann eine positive Eltern-Kind-Beziehung eine Chance für die Bewältigung dieser Mangelsituation darstellen und gerade wenn dies fehlt oder durch Überforderung

abhanden kommt, sind laut LUTZ in der NP „[...] Ersatz und Kompensation gefragt. Dies ist dann der Platz an dem öffentliche Erziehung und Politik ins Spiel kommen“ (a.a.O., S. 55)

Psychische Aspekte

Aus Sicht der psychischen Entwicklungen können sich die verschiedensten Auffälligkeiten herausbilden, denn „[d]iese Unterversorgungen [...] beeinflussen schließlich auch die psychische [...] Lage der Kinder hinsichtlich [...] ihrer Lebenseinstellung und ihrer psychischen Befindlichkeiten.“ (LUTZ 2004, S. 45) NP

SÜNKER (1991) sieht in seinem Artikel in der NP folgende psychischen Auffälligkeiten bei Kindern: „Angstzustände, Schlafstörungen, motorische Unruhe, emotionale Labilität, Konzentrationsschwäche, Regressionen.“ (a.a.O., S. 319)

1.10.2.4 Straßenkinder und Kinderarbeit

Dieser Punkt ist deshalb noch erwähnenswert, da er im Gegensatz zur bisherigen Untersuchung den Blick auf außereuropäische Armutsentwicklungen richtet, was hier mit dem Bezug auf Kinderarmut passiert. In Kapitel „Bildung“ wurde dieser Punkt bereits mit dem Verweis auf das Thema Bildung/Schule erläutert, was einen Aspekt dieses Diskurses darstellt. Das folgende Kapitel setzt sich mit den Problemen der Kinderarbeit und der Straßenkinder auseinander.

In der NP wird dabei häufig auf die Entwicklungen in Lateinamerika eingegangen, was u. a. auch an folgenden Umstand liegt, der bei VON DÜCKER (1999) in der NP hervorgehoben wird: „Weltweit wird heute mehr als jedes zweite auf der Straße lebende und arbeitende Kind dem lateinamerikanischen Kontinent zugerechnet. [...] Kindheit ist in Lateinamerika von extremer Armut gekennzeichnet und zunehmend vom Überlebenskampf bestimmt.“ (a.a.O., S. 103)

Dieses Aufwachsen in absoluter Armut ist wohl auch ein Unterschied zu in Armut lebenden Kindern im deutschsprachigen Raum. Dennoch sind Straßenkinder nicht nur ein rein lateinamerikanisches Problem. Auch in westlichen Ländern kann man diese Erscheinungen beobachten. HANSBAUER/PREMIEN/ZINK (1997) sehen die Ursachen vor allem in der familiären Situation der Kinder/Jugendlichen, wenn sie in der NP mit dem

Verweis auf Studien der ISA und der DJI festhalten: „In beiden Untersuchungen dominieren damit Familienkonstellationen, die aufgrund ihrer inhärenten Konfliktodynamik zu einem zentralen `push-Faktor´ für das Verlassen des angestammten Sozialisationskontextes werden.“ (a.a.O., S. 399)

Dabei spielen auch niedrige Haushaltseinkommen eine Rolle und die damit verbundenen „[...] Mangelsituationen [...] führen oftmals dazu, daß Krisen und (Dauer) Belastungen, unter denen die Kinder leiden, mit Ausweichen und Flucht auf die Straße beantwortet werden [...]“ (a.a.O.)

Der Diskurs in der NP verweist darauf, dass sich die Auswirkungen dieser Straßensozialisation, die von Drogenmissbrauch und Gewalterfahrungen (körperliche, sexuelle, etc.) gekennzeichnet ist, in psychosozialen Problemen und Verwahrlosung wieder finden können. (vgl. VON DÜCKER 1999, S. 104f)

Die Autoren der NP sehen gerade auch in der (Sozial-) Pädagogik Chancen für die Verbesserung der Situation von Straßenkindern, da sie die Kinder und Jugendlichen in ihrer Lebenswelt erreichen und begleiten können. So argumentiert beispielsweise VON DÜCKER (1999): „Eine Begleitung der Kinder sollte [...] auf der Straße ansetzen, eine Begleitung, die den Kindern Sicherheit gibt, sie schützt, sie bei ihrer Suche nach positiver Wertorientierung unterstützt und ihnen Wege für ein menschlicheres Leben und Überleben vorzeichnet.“ (a.a.O., S. 111)

Schlussendlich lässt sich sagen, dass der spezifische Blick auf das Phänomen der Kinderarmut vor allem in den letzten Jahren im wissenschaftlichen Diskurs, so auch in der Sozialpädagogik an Bedeutung gewonnen hat. Dabei wird vor allem versucht Armut aus einer kindgerechten Sicht zu begreifen, wobei die Auswirkungen und auch die möglichen Interventionen diskutiert werden. Der Diskurs in der NP betont auch die Notwendigkeit dieser Diskussion, da gerade Kinder - noch stärker als Erwachsene – abhängig von ihrer direkten Lebensumwelt (z.B.: Familie) sind und beispielsweise materielle Mängel nur schwer beeinflussen können. Dennoch darf man nicht der Annahme verfallen, dass Kinder dieser Situation passiv ausgeliefert sind, da es immer auch Anpassungs- und Kompensationsmöglichkeiten gibt. Ein Fazit aus der Analyse könnte für die Sozialpädagogik bedeuten eben an diesem Punkt anzusetzen und diese Möglichkeiten zu fördern oder zu entwickeln.

2 Feinanalyse

Aufbauend auf der Struktur-/Grobanalyse und den daraus gewonnenen Themenbereichen, folgt als nächster Schritt die Feinanalyse „typischer“ Artikel. Die Auswahl der für den Diskursstrang typischen Artikel, erfolgt auf Grundlage der thematischen Verteilung aus der Grobanalyse (siehe dazu Teil II/Kap. 1).

Folgende drei Artikel der NP erfüllen diese Vorgaben und werden in die Feinanalyse miteinbezogen. Dabei wurde auch auf eine breite Streuung in der Auswahl der Textsorte geachtet. So findet man Artikeln aus den unterschiedlichen Rubriken der Zeitschrift.

OTTO, H. U.: Was wird aus den Armen? – die begründete Angst vor dem Absturz:
Ausgrenzung, Armut und Schwarze Pädagogik. In: Neue Praxis, Heft 2, 2003, S. 253-256

BUTTERWEGGE, C.: Zerrbild der Armut – Resultate der „dynamischen
Armutsforschung“ und ihre sozialpolitischen Konsequenzen. In: Neue Praxis, Heft 1, 1996,
S. 68-75

STROHMEIER, K.P.: Kinderarmut und das Humanvermögen der Stadtgesellschaft.
Soziale und räumliche Strukturen der Armut im Ruhrgebiet. In: Neue Praxis, Heft 3, 2001,
S. 311-320

Die Analyse erfolgt in fünf Schritten in Anlehnung an die Ausführungen von JÄGER (2004, S.171-195), dabei wird in einem ersten Schritt der „Institutionelle Rahmen“ geklärt, dann folgen „Text-Oberfläche“, „Sprachlich-rethorische Mittel“ und „Inhaltlich-ideologische Aussagen“, um schlussendliche eine „Interpretation“ vorzunehmen. (a.a.O., S. 175)

Allgemeine Positionierung der Zeitschrift

Da die Artikel aus einer einzigen Fachzeitschrift stammen, kann man hier für alle zu analysierenden Diskursfragmente eine einheitliche Charakterisierung der Zeitschrift vornehmen. Dies dient zu einer ersten Positionierung der Zeitschrift und wird bei den weiteren Analyseschritten berücksichtigt. (vgl. a.a.O., S. 176)

Wie aus dem Titel der Fachzeitschrift hervorgeht, richtet sich die „Neue Praxis- Zeitschrift für Sozialarbeit, Sozialpädagogik und Sozialpolitik “ vor allem an ein Fachpublikum aus dem Sozialbereich. Sie selbst schreibt darüber: „Die *neue praxis* informiert als führende Fachzeitschrift für Sozialarbeit und Sozialpädagogik [...] über Erkenntnisse und Entwicklungen in den Sozial-, Erziehungs- und Therapiewissenschaften.“(online unter URL: <http://www.verlag-neue-praxis.de/?p=24> [24.02.2011])

Obwohl der Preis für ein Jahresabonnement (78,-/63,- Studenten) durchaus erschwinglich ist, kann man dennoch davon ausgehen, dass es doch eher eine spezialisierte Leserschaft anspricht. Dies verdeutlichen auch die Auflagezahlen von „2000 Exemplare (Druck) und 1700 Exemplare (verbreitet)“. (online unter URL: <http://www.verlag-neue-praxis.de/?p=434> [24.02.2011])

Herausgeber der Zeitschrift sind Hans-Uwe Otto und Hans Thiersch (vgl. online unter URL: http://www.verlag-neue-praxis.de/?page_id=10 [24.02.2011])

2.1 „Was wird aus den Armen“ OTTO (2003)

2.1.1 Institutioneller Rahmen

Der vorliegende Artikel wurde in der NP unter der Rubrik „Kommentar“ veröffentlicht, wobei hier vor allem Stellung zu aktuellen Themen/Entwicklungen bezogen wird, dabei steht weniger die strenge Wissenschaftlichkeit des Artikels im Vordergrund, vielmehr handelt es sich hierbei um persönliche Stellungnahmen zu bestimmten Themen.

OTTO, der fixer Bestandteil in dieser Rubrik ist, bezieht sich in seinem Artikel auf die Reformen der Hartz-Kommission und der Agenda 2010 und deren Folgen für Armutslagen. Auch in anderen Artikeln der NP wurden diese Reformen aus den Jahren 2003- 2005 der rot-grünen Regierung in Deutschland immer wieder diskutiert und in den meisten Fällen auch stark kritisiert. Dieser Einstellung folgt auch der Kommentar von OTTO.

Er ist nicht nur Autor einzelner Artikeln in der NP, er hat gleichzeitig auch die Posten des Redakteurs und Herausgebers der Zeitschrift über. (vgl. online unter URL: <http://www.verlag-neue-praxis.de/?p=24> [24.02.2011])

Somit kann dieser Artikel durchaus auch Aufschluss über die Diskursposition der Zeitschrift bieten. (vgl. JÄGER 2004, S. 177)

Weiters ist er unter anderem Professor für Pädagogik an der Universität Bielefeld. Er verfasste in seiner bisherigen Laufbahn unter anderem kritische Texte zu „[...]

Sozialarbeit/Sozialpädagogik, Sozialpolitik [...]“. (online unter URL: <http://www.uni-bielefeld.de/paedagogik/agn/ag8/seite9.htm> [29.04.2011])

2.1.2 Text-Oberfläche

Der Artikel ist in vier Abschnitte geteilt, welche ohne Überschriften mit römischen Zahlen voneinander getrennt sind.

Inhaltsangaben:

Im ersten Teil nimmt er Bezug auf den sozialstaatlichen Umbau der letzten Jahre, die laut OTTO (2003) mit dem Argument der leeren Staatshaushalte vorangetrieben wird. Der Paradigmenwechsel der sich daraus ergibt, zeigt sich etwa in der Agenda 2010 und hat auch Folgen für die Soziale Arbeit, denn er sieht hier die Gefahr, dass sie zum „Exklusionsmanager“ dieser Entwicklungen wird. (vgl. a.a.O., S. 253f)

In Teil zwei des Artikels kritisiert OTTO die Reformen im Sozialbereich der rot-grünen Regierung, da sie für Ungerechtigkeiten stehen und in ihren Folgen zu mehr Armut und Ausgrenzung führen. Letztlich zielen diese Veränderungen auf mehr Selbstbeteiligung (im Sozial- und Gesundheitsbereich) und weniger öffentliche Zuwendungen ab. Der Autor sieht hier Schritte in Richtung US-amerikanischer Verhältnisse, die auf dem Prinzip des „workfare“ beruhen. (vgl. a.a.O., S. 254)

Im dritten Teil geht OTTO auf die Folgen dieses sozialstaatlichen Umbaus für Jugendliche in den Bereich Ausbildung und Arbeit ein. So sieht er in diesen Neuerungen Elemente aus der „Schwarzen Pädagogik“ in Form von drohenden Leistungskürzungen bis hin zur vollständigen Streichung von Zuwendungen. Auch die neu geschaffenen Jugend-Jobcenter sollen nicht nur auf Arbeitseingliederung fokussiert, sondern breiter angelegt sein. Er sieht hier Potential in einer stärkeren Vernetzung von Jobcenter und verschiedenen Ämtern und Institutionen, wodurch eine Ausweitung des Angebots beispielsweise in Richtung Sozialberatung erreicht werden könnte. Soziale Arbeit sollte aber diese Entwicklungen einer kritischen Reflexion unterziehen. (vgl., a.a.O., S.255f)

Im Schlussteil des Artikels wird die Armutsfrage als Prüfstein für den Sozialstaat formuliert. Er sieht in der gegenwärtigen Diskussion einen starken Einfluss der ökonomischen Wissenschaften mit ihrem Hang zu neoliberalen Erklärungsmustern. Da Armut und Ausgrenzung aber auch eine Frage nach Gerechtigkeit ist, sollte sich die Soziale Arbeit mit „[...] mehr Souveränität und Kompetenz [...]“ in die Entscheidungsprozesse einbinden. (a.a.O., S. 256)

Ziel des Artikels:

Schon der Titel und Untertitel („Was wird aus den Armen? – Die begründete Angst vor Absturz: Ausgrenzung, Armut und schwarze Pädagogik“) des Artikels verweisen auf die Hauptthemen, wobei gleich zu Beginn emotionale Elemente („Angst“) hinzugezogen werden, die vielleicht provozieren wollen, was aber auch mit der Textsorte (Kommentar) zusammenhängen kann.

Der Autor setzt sich in weiterer Folge mit dem „Umbau des Sozialstaats“ (a.a.O., S. 254) auseinander und betrachtet diesen Prozess sehr kritisch, da die eingeschlagenen Wege tendenziell zu mehr Armut und Ausgrenzung führen. Argumentativ benutzt er dabei die Symbole dieses Umbaus („Hartz-Gesetzen“, „Agenda 2010“, „fordern“ statt „fördern“ [a.a.O., S. 253ff]), um auf die dahinter liegenden Strategien aufmerksam zu machen. Strategien die der Autor im Zusammenhang mit ökonomischen Wissenschaften und neoliberalen Gedankengut sieht. Dieses argumentative Ziel des Artikels findet sich auch in anderen Artikeln der NP wieder.

Weiters zeichnet der Autor ein Bild einer Gesellschaft, die von der Meinungsführerschaft einer kleinen Elite gekennzeichnet ist, was dazu führt, dass wenige einflussreiche Leute viele materielle und immaterielle Macht besitzen, hingegen ein Großteil der Bevölkerung wenig Einfluss und materielle Güter aufweisen. Diese Vorstellung einer Gesellschaft von „oben“ und „unten“ mündet letztlich in der Erklärung, dass der erwähnte Umbau des Sozialstaats vor allem die unterprivilegierten und armutsgefährdeten Schichten trifft. Als Schlusspunkt dieser Argumentation stellt der Autor die Frage nach der Gerechtigkeit dieser Entwicklungen, gerade auch in Hinblick auf die Themenbereiche Armut und Ausgrenzung.

Auf die Verbindung von Politik und Wirtschaft wird im Artikel immer wieder hingewiesen und taucht bei OTTO auch in anderen Artikeln immer wieder auf. Diese Verbindung wird beispielsweise mit dem Verweis auf die negativen Folgen für Armutsbetroffene kritisiert.

Im Gegenzug dazu soll die Soziale Arbeit (im Sinne der Armen und Ausgegrenzten) mehr Einfluss auf Politik und Gesellschaft geltend machen.

Graphische Darstellung:

Der Artikel benutzt kaum graphische Elemente zur Unterstützung. Lediglich Titel/Untertitel treten hervor und die einzelnen Abschnitte sind graphisch voneinander getrennt.

2.1.3 Sprachliche Mittel

Der Text enthält wie bereits erwähnt eine Vorstellung von Gesellschaft, die sich grob gesagt in „oben“ und „unten“ unterteilt. Der Autor spricht hier von „tonangebende Elite“ und den „Absturz“ (a.a.O., S. 253). Aber auch die Symbolik des „Innen“ und „Außen“ wird in dem Artikel bedient, wenn beispielsweise die Rede von „Ausgrenzung“ und „Armuts- und Ausgrenzungsschwelle“ ist. (a.a.O., S. 253f)

Im Artikel werden Begriffe wie etwa „Agenda 2010“, „Hartz“ oder „Arbeitslosengeld II“ (a.a.O., S. 253f) verwendet, die ein bestimmtes Zielpublikum ansprechen sollen, welches eine eher kritische Haltung dazu hat. Zusätzlich schafft die Erwähnung von der „schwarzen Pädagogik“ (a.a.O., S. 255) eine Verbindung zur Bildungswissenschaften und Sozialpädagogik.

Der zu Beginn eher allgemein gehaltenen Argumentation folgend, bedient sich der Autor im weiteren Verlauf auch einem Beispiel von möglichen individuellen Härtefällen (Bspl.: Arbeitsloser ohne Kind und Partner) aus den Reformen, womöglich um seiner Argumentation ein persönlich Note zu verleihen und die möglichen Folgen zu skizzieren. Zusätzlich untermauert er seine Darstellung mit Zahlen und Fakten (z.B.: „[...] ca. 1,4 Millionen Menschen [...]“sind “[...] von dieser Regelung [ALG II] betroffen [...]“a.a.O., S. 254).

2.1.4 Inhaltlich/ideologische Perspektiven

Das Menschenbild und auch das Bild von Menschen in Armutslagen, welches über diesen Artikel vermittelt wird, ist anfangs eher ein Blick auf ein passives Opfer. Es wird dabei

indirekt auf die starke Abhängigkeit von strukturellen Gegebenheiten (Gesetze, Politik, Wirtschaft, Ämter, etc.) hingewiesen. In weiterer Folge wird aber diese Sichtweise durch einen breiteren Zugang zum Menschen aufgelockert. So sieht er vor allem bei Jugendlichen die Möglichkeit „[...] grundlegende personale und soziale Stabilisierungen und Einsichten zu vermitteln.“ (a.a.O., S. 255) Er sieht hier unter anderem die Soziale Arbeit mit ihren Angeboten gefragt.

Letztlich zeigt es ein Menschenbild, welches durch soziale, individuelle und strukturelle Gegebenheiten beeinflusst wird.

Das Verständnis von der Gesellschaft und ihrem Aufbau wurde bereits in Kapitel 2.1.2 und 2.1.3 skizziert.

Die Zukunftsaussichten die dieser Artikel im Bezug auf Armut vermittelt sind eher düster, etwa durch die angesprochenen Reformen im Arbeits- und Sozialbereich. Lösung für dieses Problem sieht er in der Sozialen Arbeit, die sich in die Entscheidungsprozesse einbinden sollte.

2.1.5 Interpretation

Die Botschaft die hinter diesem Text liegt, kann man so auffassen, dass die von der rot-grünen Bundesregierung vorgesehenen Reformen im Sozialbereich einen falschen Weg einschlagen. Einen Weg der letztlich zu mehr Armut und Ausgrenzung führt. Der Autor kritisiert dabei den starken Einfluss von ökonomischer Wissenschaft und Neoliberalismus auf die Politik. Diese Botschaft versucht er mit den verschiedensten Mitteln zu verdeutlichen. So tauchen provozierende Thesen auf, wie beispielsweise im Titel/Untertitel oder es werden Statistiken eingebracht die seine Argumente untermauern.

Armutsbekämpfung kann demnach nicht über eine eindimensionale Fokussierung auf die Arbeitsfähigkeit/-eingliederung und über Sanktionen gelingen, sondern muss mehr dem Prinzip des „Förderns“ unterliegen, was letztlich auch dem Eigeninteresse der Sozialpädagogik entspricht.

Die angesprochenen Themen entsprechen denen der Strukturanalyse (z.B.: Arbeit, Politik, Gerechtigkeit, Ausgrenzung, etc.) und verdeutlichen die Bedeutung für den Diskurs über Armut.

Das Publikum, welches mit diesem Artikel erreicht werden soll entspricht dem der Zeitschrift, was unter anderem an dem Umstand liegt, dass der Autor gleichzeitig Herausgeber der NP ist und sein Zielpublikum natürlich erreichen will. So könnte man sagen, dass sich dieses Diskursfragment vor allem an ein Fachpublikum aus dem Sozialbereich richtet und gerade eine Kritik zu den angesprochenen Reformen der damaligen deutschen Regierung dürfte dafür gut geeignet sein.

Als hegemonialer Diskurs in der Gesellschaft wird in diesem Artikel ein neoliberaler, an ökonomischen Interessen orientierter Diskurs festgemacht, wobei der Autor letztlich eine Gegenposition zu diesem einnimmt oder diesen zumindest hinterfragt.

2.2 „Zerrbild der Armut“ BUTTERWEGGE (1996)

2.2.1 Institutioneller Rahmen

Ch. Butterwegge hat innerhalb der Zeitschrift keine offizielle Funktion über, taucht aber immer wieder als Autor im untersuchten Zeitraum auf. Hier ein Auszug aus den Artikeln:

- Hartz gestern - Hartz heute. Kontinuitätslinien und Konsequenzen einer Politik gegen den Sozialstaat, in: Neue Praxis, Heft 4, 2006, S. 449-458
- Sozialstaat in der Sinnkrise, in: Neue Praxis, Heft 6, 2004, S. 588-594
- Sozialstaat in der "Globalisierungsfalle"? - Die neoliberale Ideologie und die Realität, in: Neue Praxis, Heft 5, 1999, S. 435-447

Er war von 1994-1997 Professor „für Politikwissenschaft/Sozialpolitik an der FH Potsdam“ und danach übernahm er die „Professur für Politikwissenschaften an der Universität zu Köln“. (online unter URL: <http://www.hf.uni-koeln.de/32560> [16.03.2011])

Zu seinen Spezialgebieten zählen vor allem die Themenbereiche: „[...] Kinderarmut, Rechtsextremismus und Neoliberalismus [...]“ (online unter URL:

<http://www.christophbutterwegge.de/veroeffentlichungen/index.php> [16.03.2011])

Der Artikel der hier zur Diskussion steht ist unter der Rubrik „Essay“ eingeordnet.

Die Eigendefinition der NP für diese Textsorte lautet: „In Essays und Diskussionen entwickeln Fachleute Neuansätze zu Problemen aus dem Bereich der professionellen Praxis.“ (online unter URL: <http://www.verlag-neue-praxis.de/?p=24> [16.03.2011])

2.2.2 Text-Oberfläche

Der Artikel ist in ähnlicher Weise unterteilt wie der vorangegangene Artikel von OTTO. Nach dem Titel und Untertitel folgen fünf Abschnitte, die mit römischen Zahlen beziffert werden.

Inhaltsangabe:

Der erste Teil behandelt zunächst den Zusammenhang von Armutsforschung, Finanzierung und öffentlicher Wahrnehmung, was dazu führt dass Forscher immer wieder eine „neue“ Armut entdecken und somit auf mehr Aufmerksamkeit und Geld hoffen.

Zurzeit sieht der Autor vor allem die „dynamische“ /„lebenslauftheoretische Armutsforschung“ im Blickfeld der öffentlichen und fachlichen Aufmerksamkeit, wie beispielsweise beim Projekt „Sozialhilfekarrieren“ von S. Leibfried und W. Voges (Leitung). (BUTTERWEGGE 1996, S. 68)

Die Erkenntnisse dieses Bremer Forschungsprojekts werden im zweiten Teil erläutert und kritisch hinterfragt. So vermitteln sie laut BUTTERWEGGE den fälschlichen Eindruck, dass Armut nur kurzfristig im Lebensverlauf eintritt und somit keine längerfristigen Folgen nach sich ziehen. Sie vergessen aber damit die Tatsache von verfestigter Langzeitarmut. Sozialhilfe mit Armut gleichzustellen birgt noch zusätzliche Gefahren und verweist auf eine verkürzte Sichtweise. Der Autor des Artikels will vielmehr einen Diskurs über das Verhältnis von Armut und Reichtum und die damit verbundene Verteilungsgerechtigkeit führen. (vgl. a.a.O., S. 69f)

Der dritte Teil geht der Frage nach, ob man Armut überhaupt als Schicht-/Klassenproblem sehen kann oder nur noch im Lichte der Individualisierung beurteilen sollte. Der Trend zu individualistischen Erklärungsansätzen (wie auch bei der Studie „Sozialhilfekarriere“) birgt nämlich die Gefahr Armut als Einzelschicksal abzustempeln und etwa staatliche Hilfen zurückzuziehen. Butterwegge sieht nämlich einen Zusammenhang von Schicht/Klasse und Armutslagen, wie sie beispielsweise bei den Ansätzen von Bourdieu und Giddens auftauchen. (vgl. a.a.O., S. 70f)

Im vierten Teil wird noch einmal verstärkt auf die Gefahr hingewiesen, dass die Politik die Erkenntnisse aus dieser Studie (Armut als kurze Lebensphase) für ihre Argumente des Abbaus von staatlichen Zuwendungen verwenden kann, da Armut demnach leicht zu bewältigen ist. (vgl. a.a.O., S. 71ff)

Der letzte Teil verweist auf die positiven Aspekte der Studie, etwa in den Erkenntnissen zu subjektiven Verarbeitung und Folgen von Sozialhilfebezug. Dennoch sieht er aber den

Anspruch der Repräsentativität nicht gegeben (begrenzter Raum, kurze Zeitspanne und eingeschränkte Personengruppe). Auch die Verabschiedung von der Sichtweise, dass Armutsbetroffene „hilflose Opfer“ sind, sieht der Autor positiv, obgleich man die „Handlungsautonomie“ nicht überschätzen darf. (a.a.O., S. 74)

Ziel des Artikels

Der Autor kritisiert den zum Teil eingengten Blick von Politik, Öffentlichkeit und auch Wissenschaft (Armutsforschung) im Bezug auf das Thema Armut. So werden Forschungsergebnisse präsentiert, die auf Aufmerksamkeit und Finanzmittel abzielen. Als Beispiel nennt er die Studie „Sozialhilfekarrieren“ aus dem Bereich der „dynamischen Armutsforschung“. Er kritisiert dabei die Ergebnisse oder deren Auslegung mit dem Hinweis auf die Gefahr der Instrumentalisierung durch die Politik. Schlussendlich mündet diese Kritik in einer Abrechnung mit der „[...] kapitalistische[n] Leistungs- und Konkurrenzgesellschaft [...]“ und die daraus resultierenden Folgen für Armutsbetroffene. (a.a.O., S. 75)

Graphische Darstellung:

Auf graphische Elemente wird weitgehend verzichtet. Titel und Untertitel sind hervorgehoben und die einzelnen Abschnitte optisch voneinander getrennt.

2.2.3 Sprachliche Mittel

Die Verwendung mancher Substantive und Begrifflichkeiten könnte auf ein bestimmtes Vorwissen anspielen. Dabei werden Kenntnisse aus dem wissenschaftlichen Bereichen mit dem Schwerpunkt Soziologie, Sozialpädagogik, Politikwissenschaften, u.ä. vorausgesetzt. Beispiele dafür sind die Begriffe wie „Risikogesellschaft“ (a.a.O., S. 70), „Zweidrittelgesellschaft“ (a.a.O., S. 70), „Pauperisierung“ (a.a.O., S. 74) aber auch Verweise auf bekannte Wissenschaftler wie Bourdieu und Giddens (vgl. a.a.O., S. 71) und deren Arbeit ohne näher darauf einzugehen.

Die Begrifflichkeiten früherer Diskursen zu Armut (Bspl.: Unwürdige Arme) werden ebenfalls in den Text eingebracht, wenn er etwa davon spricht, dass Langzeitbezieher von Sozialhilfe als „unwürdig“ für die staatlichen Hilfen eingestuft werden könnten und setzt

das in Verbindung mit „liberalkonservativen Sozialpolitiker/innen“ (a.a.O., S. 72). Diese Vorgehensweise zielt vielleicht darauf ab, bestimmte sozialpolitische Absichten der Gegenwart, als rückwärts gewandt und veraltet abzustempeln.

Mit dem Titel „Zerrbild der Armut – Resultate der `dynamischen Armutsforschung´ und ihre sozialpolitischen Konsequenzen“ liefert der Autor bereits die Schlussfolgerung aus seinem Text, die die Ergebnisse der „dynamischen Armutsforschung“ im Bezug auf seine Repräsentativität und Aussagekraft bezweifelt und somit nur ein „Zerrbild“ der tatsächlichen Armutslagen in Deutschland konstruieren. Die „sozialpolitischen Konsequenzen“ können demnach größtenteils nur falsch sein. (a.a.O., S. 68)

Dabei spricht er vor allem von einer Politik liberalkonservativer bzw. neoliberaler Orientierung. Dies mündet im Schlussteil in der Feststellung: „Eine `Kultur der Armut´ gibt es nicht, nur die `Armut der Kultur´ [...]“. (a.a.O., S. 75)

Die Phrase „Kultur der Armut“ stammt aus dem angloamerikanischen Raum und wurde im politischen Kontext dazu verwendet Armut zu stigmatisieren, um etwa einen Abbau von staatlichen Transferleistungen zu argumentieren. (vgl. LOBNER 2005, S. 22)

Der Autor kehrt diese Phrase um und sieht eher eine „Armut der Kultur“, die sich in einer „kapitalistischen Leistungs- und Konkurrenzgesellschaft“ ausdrückt. (BUTTERWEGGE 1996, S. 75)

2.2.4 Inhaltlich/ideologische Perspektiven

Der Autor zeichnet ein Bild der Gesellschaft, welches immer noch von sozialen Klassen/Schichten abhängt. Obwohl Armut in der gegenwärtigen Gesellschaft breiter gefächert und heterogener aufgeteilt ist, findet man dennoch einen Zusammenhang von Armutslage und Schichtzugehörigkeit (vor allem bei der sog. „Sockelarmut“). Das hier analysierte Diskursfragment liefert somit eine Erklärung von einer Gesellschaft die zwar durchlässiger im Vergleich zu früher geworden ist, ihre hierarchische Grundstruktur („Oben“ und „Unten“) aber nicht gänzlich überwunden hat.

Butterwegge begrüßt den Trend Armutsbetroffene nicht mehr nur als hilflose Opfer zu betrachten und auch die subjektiven Bewältigungsstrategien zu berücksichtigen, dennoch warnt er vor einer Überbewertung der „Handlungsautonomie“. Armutslagen sind für ihn in einem strukturellen Rahmen (z.B.: Politik und Sozialraum) eingebunden, der nicht

vergessen werden darf. So schreibt er etwa: „Nur mittels einer sozialökonomischen bzw. – strukturellen Problemverortung lässt sich [...] ein realistisches Bild der Armut [...] entwerfen“. (a.a.O., S. 74)

Die Bewertung der gegenwärtigen Situation im Bezug auf politische, gesellschaftliche und soziale Entwicklungen fallen bei ihm eher negativ aus. So zeichnet sich etwa in der Sozialpolitik ein Trend ab, der gerade für benachteiligte Bevölkerungsgruppen negative Auswirkungen hätte, wenn man beispielsweise bei der Erklärung von Armut verstärkt auf individuelle Erklärungsmodelle zurückgreift und strukturelle Aspekte verschweigt.

2.2.5 Interpretation

Die Botschaft die hinter den Artikel steckt lässt sich in einigen Punkten erläutern. Zum einen geht es um die Armutsforschung und deren Ergebnisse, die laut Butterwegge differenzierter betrachtet und kritisch hinterfragt werden sollten etwa in Bezug auf die Verallgemeinerung von Forschungsergebnissen. Auch die Wirkung auf Politik und Gesellschaft sollte dabei nicht vergessen werden. Ein weiteres Element des Textes ist in einer Kritik an einer eher konservativ und neoliberal orientierten (Sozial-) Politik festzumachen. Dies geht einher mit der Tätigkeit des Autors als Professor der Politikwissenschaften und einem seiner Fachgebiete in Bereich des Neoliberalismus. (vgl. Kap. 1.3.1)

Dabei benutzt der Autor die Forschungsergebnisse eines Projekts, um auf Schwächen in der Argumentation der Studie und in weiterer Folge der Politik aufmerksam zu machen. Die Zielgruppe die damit angesprochen werden soll, würde man eher in einem Fachpublikum finden, da unter anderem ein bestimmtes Vorwissen vorausgesetzt wird und der Inhalt (Abhandlung und Kritik zu einer Studie) eine Affinität zu Wissenschaft und Forschung nahe legt.

Als hegemonialen (politischen) Diskurs forscht der Autor - zumeist indirekt – einen kapitalistischen aus, der auch Einfluss auf das Thema Armut und den Umgang damit hat. Er positioniert sich gegen diesen Trend, indem er einen differenzierten Blick auf Armutslagen einfordert, was impliziert, dass dieser hegemoniale Diskurs ein falsches einseitiges Bild („Zerrbild“) von Armut vermittelt. Butterwegge betrachtet Armut auf einer

strukturellen wie auch individuellen Ebene, wobei er verstärkt auf die Abhängigkeit von gesellschaftlichen und politischen Aspekten hinweist.

2.3 „Kinderarmut [...]“ STROHMEIER (2001)

2.3.1 Institutioneller Rahmen

Klaus Peter Strohmeier ist unter anderem Universitätsprofessor für Soziologie (Stadt, Region und Familie) an der Ruhr Universität Bochum und geschäftsführender Leiter des Zentrums für interdisziplinäre Regionalforschung (ZEFIR). (vgl. online unter URL:

<http://www.uv.ruhr-uni-bochum.de/pvz-planung/i3v/00032900/01433722.htm>

[28.03.2011])

Er war an verschiedenen Forschungsprojekten zur Familien- und Sozialpolitik (international, national, regional, etc.) und „[...] zur Sozialberichterstattung, Jugendberichterstattung, Familienberichterstattung und Gesundheitsberichterstattung für die jeweiligen Fachministerien des Landes NRW [...]“ beteiligt. (online unter URL:

<http://familienkongress.dortmund.de/project/assets/template1.jsp?smi=4.0&tid=94793>

[28.03.2011])

Als Autor taucht er nur einmal in der NP mit eben jenem Artikel, der hier zur Diskussion steht, in Erscheinung. Der Artikel läuft unter der Rubrik „Berichte“, welcher unter anderem einen „[...] komprimierten Überblick [...] über Forschungsprojekte [...]“ liefert. (online unter URL: http://www.verlag-neue-praxis.de/?p=24#high_3 [28.03.2011])

2.3.2 Text-Oberfläche

Der Artikel ist in zwei Abschnitte unterteilt, welche durch eine Überschrift optisch voneinander getrennt sind.

Inhaltsangabe:

Der Autor versucht im ersten Teil anhand des Beispiels Ruhrgebiet das Thema Armut in westlichen Großstädten zu thematisieren. Diese Region wurde deshalb ausgewählt, da sie

zu dieser Thematik typische soziale und sozialräumliche Entwicklungen aufzeigt und sich diese Trends im Ruhrgebiet teilweise „[...] erheblich verstärken.“ (STROHMEIER 2001, S. 311)

Zum Teil lassen sich diese Entwicklungen unter dem Titel „Strukturwandel“ zusammenfassen. Der Autor behandelt am Beginn den politischen Umgang dazu und spricht dabei von einer „Strukturwandelsrhetorik“ (a.a.O., S. 312), die vor allem die Entwicklungen zu einer modernisierten Gesellschaft anspricht, dabei aber die betroffenen Menschen vergisst. Beispielsweise jene Kinder, die in Armut leben und deren Zahl immer größer wird. Danach werden im Artikel die verschiedenen Armutsdefinitionen (absolute, relative Armut, Einkommensarmut) mit dem Vermerk vorgestellt, dass Armut immer auch ein Akt der gesellschaftlichen Bewertung und eine Frage der Gerechtigkeit ist. (vgl. a.a.O., S. 312)

Die Diskussion über Einkommensarmut ist ein Versuch Armut messbar zu machen. Ein weiterer ist die Erhebung des Sozialhilfebezugs, wobei der Autor auf die Dunkelziffer aufmerksam macht. Auch auf das höhere Armutsrisiko von Frauen und auch Kindern wird eingegangen und dieses in Relation zu der Altersstruktur von wohlhabenden Bevölkerungsschichten gestellt. Es zeigt sich nach diesen Ausführungen, dass Kinder/Jugendliche vor allem im unteren Einkommenssegment angesiedelt sind und kaum im Oberen. Dieser Trend wird im Artikel auch mit Sozialhilfestatistiken bestätigt, die vor allem Familien, Frauen, Kinder/Jugendliche und Alleinerziehende als Armutsbetroffene erkennen lassen. Zum Schluss dieses ersten Teils des Artikels werden noch sozialräumliche Aspekte von (Kinder-)Armut behandelt, dabei sowohl auf einer Makroebene (reicher Süden Deutschlands und armer Norden), als auch auf einer Mikroebene (Stadtteil), wo sich Benachteiligungen zum Teil verstärken. (vgl. a.a.O., S. 312-317)

Der zweite Teil trägt den Titel „Kinderarmut und das `Humanvermögen´“ (a.a.O., S. 317) und beschäftigt sich mit dem Umgang und den Folgen von (Kinder-)Armut in den Städten. Strohmeier kritisiert den verkürzten Ansatz von (kommunal-)politischen Programmen, die vor allem auf Städtebau, Arbeitsmarktintegration und Kriminalprävention ausgerichtet sind. Er fordert vielmehr ein Miteinbeziehen von Familienpolitik mit dem Hinweis auf die Zukunftschancen des nachwachsenden „Humanvermögens“ (Kinder/Jugendliche). Kinder und Jugendliche in den Armutsvierteln wachsen nämlich in einer Normalität von „Perspektivlosigkeit“, „Misstrauen“ und „Apathie“ auf. (a.a.O., S. 319)

Gerade in den Bereichen der Arbeitsmarktintegration und der Ausbildung sieht der Autor Probleme für die nachwachsende Generation. Bedingt sind diese Aspekte auch von dem Strukturwandel, der gerade Berufe für geringer Qualifizierte schwinden lässt. Betroffen von dieser Entwicklung sind vor allem jene Kinder/Jugendliche, die „[...] die relativ niedrige schulische Qualifikation ihrer Eltern geerbt [...]“ haben. (a.a.O., S. 319) Der Autor fordert deshalb neben einer „Bildungsoffensive“ (a.a.O., S. 319) öffentliche Investitionen in der beruflichen Ausbildung und den zweiten Arbeitsmarkt.

Ziel des Artikels:

Die Ausführungen im Text könnte man dahingehende zusammenfassen, dass versucht wurde Armut und im Speziellen Kinderarmut als Schaden für die gesamte Gesellschaft darzustellen. Letztlich wird dadurch eine nachwachsende Generation produziert, deren Zukunftsaussichten stark eingeschränkt sind, wodurch eine soziale Polarisierung zunehmend verschärft wird.

Anfangs wird die These von einer immer größer werdenden Anzahl von Kinder/Jugendlichen, die in Armut aufwachsen, mit verschiedenen statistischen Daten gestützt, um später auf die Effekte von Kinderarmut hinzuweisen.

Der Autor sieht vor allem die (Kommunal-)Politik in der Pflicht, diese Entwicklungen zu stoppen oder zumindest zu minimieren mit dem Hinweis auf das „Humanvermögen“ einer Gesellschaft. Denn „[D]ie sozialen und räumlichen Strukturen der Armut lassen eine ernste Gefährdung des Humanvermögens erwarten und bedeuten eine gesellschaftspolitische Herausforderung ersten Ranges.“ (a.a.O., S. 312)

Graphische Darstellung:

Die im Text vorgebrachten statistischen Daten werden anhand von Abbildungen, etwa über die Bevölkerungsentwicklung und den Anteil der Armutsbevölkerung, den Zusammenhang von Alter und Armut oder die Verteilung von SozialhilfebezieherInnen, untermauert.

Auffallend ist auch der Umstand, dass bestimmte Feststellungen, die vom Autor kommen, in kursiver Schrift verfasst wurden. Beispiel: „*Kinder in den Armutsstatteilen erfahren ein abweichende gesellschaftliche Normalität.*“ (a.a.O., S. 318)

Seine Meinung wird somit hervorgehoben, ob dies darauf abzielt sie als eine solche zu markieren oder sie als allgemeingültige Aussage darzustellen ist unklar.

2.3.3 Sprachliche Mittel

Der Artikel verzichtet weitgehend auf das Rezitieren und Zitieren von wissenschaftlicher Literatur. Dennoch wurden anhand von statistischen Materialien und Abbildungen, wissenschaftliche Elemente miteinbezogen, möglicherweise um ein bestimmtes Fachpublikum anzusprechen aber auch zur Untermauerung der vorgebrachten Thesen. (vgl. a.a.O., S. 313-317)

Diese Vorgehensweise entspricht aber auch der Textsorte des Artikels (Bericht), der einen kurzen Überblick über Forschungsprojekte und Modelle geben soll.

Das verwendete statistische Material stammt zu einem Großteil von ZEFIR, einer Forschungseinrichtung in der der Autor eine leitende Position über hat (siehe Kap. 2.3.1).

Die hervorgehobenen (kursiv) Textstellen betreffen Aussagen über Armut und sind zumeist der Endpunkt einer Argumentationslinie. Der Autor liefert damit eine vorgefertigte Zusammenfassung des bereits Gesagten und tendiert dabei zu Verallgemeinerungen. Der Begriff „Humanvermögen“, der im Titel und im Text (S. 311f, 317f) auftaucht wird auf den fünften Familienbericht der Bundesregierung zurückgeführt und von diesem auch übernommen. (vgl. a.a.O., S. 312) Dieser Umstand könnte unter anderem den engen Zusammenhang zwischen Armutsforschung und Politik offenbaren. Die verwendete Begrifflichkeit des „Humanvermögens“ könnte aber auch als Teil eines kapitalistischen Diskurses betrachtet werden, den der Autor damit indirekt verbreitet.

Im Text taucht auch der Diskurs über Armut und Reichtum auf. Dieser wird in den Texten der NP aber auch in der Fachliteratur immer wieder behandelt, zumeist mit der Frage nach der Verteilungsgerechtigkeit. Etwa bei APPEL/KARGL/SCHENK (2003, S. 11): „Wer von Armut spricht, darf vom Reichtum nicht schweigen.“

2.3.4 Inhaltlich/ideologische Aussagen

Die gegenwärtigen gesellschaftlichen Verhältnisse vermittelt der Autor anhand statistischer Daten und Beobachtungen in Nord-Rhein-Westfalen, wobei er ein Bild der Gesellschaft konstruiert, welche immer stärker von sozialer Polarisierung gekennzeichnet ist. So

schreibt er: „Wie in anderen Großstädten weltweit erleben wir heute im Ruhrgebiet eine zunehmende Polarisierung sozialer Lagen [...]“ (a.a.O., S. 311)

Ausdruck für diese Entwicklung ist etwa ein Trend zu Segregation, das heißt zu einer räumlichen Spaltung zwischen Arm und Reich.

Auch im Bezug auf die Vorstellung von „Normalität“ sieht er Veränderungen, da sich an den Rändern der Gesellschaft andere Realitäten abbilden, „[...] die die alltägliche Erfahrung der Normalität von Armut, sozialer Ausgrenzung und Apathie, gesundheitlichen Beeinträchtigungen, gescheiterten Familien, möglicherweise auch Gewalt und Vernachlässigung beinhalten.“ (a.a.O., S. 318)

Der Text vermittelt ein Menschenbild, welches in einem hohen Ausmaß von den strukturellen Gegebenheiten beeinflusst wird. Dabei bringt der Autor immer wieder einen sozialräumlichen Diskurs ins Spiel, der auf räumliche Segregation von Armut und die damit verbundenen Ungleichheiten aufmerksam macht.

Der Autor zieht schlussendlich das Fazit, dass in der Vergangenheit auf politischer Seite zuwenig oder unzureichend auf die erwähnten Entwicklungen reagiert wurde. Daher sieht er Handlungsbedarf für die Zukunft, der sich beispielsweise in einer stärkeren staatlichen Intervention im Bereich Arbeit(-smarkt) und Bildung ausdrücken könnte. (vgl. a.a.O., S. 319)

2.3.5 Interpretation

Wie bereits angesprochen vermittelt der Text den Eindruck, dass Armut nicht nur ein Problem für den jeweils Betroffenen ist, sondern auch (negativen) Einfluss auf die Entwicklung der Gesellschaft hat. Dies wird durch einen Diskurs über das „Humanvermögen“ vermittelt, welcher zumindest in seiner Begrifflichkeit kapitalistische Grundzüge beinhaltet, was aber eher den Vorstellungen des Autors, die der Text transportiert widerspricht. So will der Text ein Fachpublikum ansprechen, das eine Veränderung in der politischen und gesellschaftlichen Wahrnehmung von Armut bevorzugt und den gegenwärtigen hegemonialen Diskurs kritisch gegenübersteht. Das Zielpublikum wird auch dahingehend angesprochen, dass Zahlen und Fakten seine Thesen untermauern und auch verfestigen.

Das Armutsbild, welches hier dahinter steckt ist vor allem durch räumliche und strukturelle Gegebenheiten gekennzeichnet, die sich in Form von sozialräumlichen Spaltungsprozessen

und dem Fehlen von hilfreichen politischen Programmen äußern. Neben diesen Aspekten von Armut werden aber auch individuelle Elemente in den Diskurs miteinbezogen, wenn er etwa schreibt, dass man „[...] die persönlichen Voraussetzungen dieser jungen Menschen [in Armutsquartieren] [...] verbessern [...]“ muss. (a.a.O., S. 319)

Schlussfolgerungen

Wie man in den ersten Kapiteln der Arbeit sehen konnte, hat die Sozialpädagogik eine lange Tradition im Bereich der Armenfürsorge und Armutsbekämpfung. Es wurde darauf aufmerksam gemacht, dass sie (auch aus historischer Sicht) gerade der Erziehung und Bildung einen hohen Stellenwert in der Bekämpfung und Bearbeitung von Armutslagen beimisst. In der heutigen Armutsforschung spielen vor allem auch individualistische, biografische und lebensweltbezogenen Modelle eine Rolle. Weiters konnte auf die Erweiterung des Armutsverständnisses von einer rein monetären Sichtweise zu einer mehrdimensionalen Betrachtung, auch im Bezug auf die zeitliche Dimension (z.B.: „Lebenslagen“, „lebenslauftheoretische“ Orientierung) hingewiesen werden. (siehe dazu Teil I/Kap. 1)

Dabei tauchten die Fragen auf, wie sich diese historischen und gegenwärtigen Einflüsse im konkreten Armutsdiskurs der Sozialpädagogik ausdrücken; welche Einflüsse bestehen beziehungsweise wie die vorhandenen Armutsvorstellungen transportiert werden. Daraus ableitend konnte auf Grundlage der Diskurstheorie von Foucault und der Kritischen Diskursanalyse eine Methode gefunden werden, die diesen Diskurs durchleuchtet. Diskurse können sich nach dieser Auslegung auf unterschiedliche Weise äußern (Sprache, Texten, Bilder, Bauwerken, etc.). Eine Form davon sind schriftliche Äußerungen, welche in der vorliegenden Arbeit berücksichtigt und analysiert wurden. Als Medium wurde dabei auf Artikeln der Fachzeitschrift für Sozialpädagogik und Sozialarbeit (Neue Praxis) zurückgegriffen. (siehe dazu Teil I/Kap.2-3)

Die daraus gewonnen Erkenntnisse (Teil II) in Verbindung mit den theoretischen Überlegungen (Teil I) sollen nun für die Beantwortung der Forschungsfrage herangezogen werden.

Forschungsfrage: Welche Charakteristika weist die Struktur und der Verlauf des sozialpädagogischen Armutsdiskurses auf?

Daraus abgeleitete Subfragen:

1. Welches Bild von Armut wird transportiert (z.B.: eindimensionales oder mehrdimensionales, etc.); welches Menschenbild steckt dahinter (passives Opfer von Strukturen, aktiver Nutzer von Hilfsangeboten, etc.) und welchen Stellenwert kommt der Bildung im Diskurs zu?

2. Welche Einflussfaktoren zeigen sich im sozialpädagogischen Armutsdiskurs?

Armutsbild

Um einen groben Überblick über den Diskurs zum Thema Armut zu erhalten, kann der Blick auf die in der Strukturanalyse gewonnen Hauptthemen hilfreich sein, da sie den thematischen Schwerpunkt und die theoretische Bandbreite des Armutsdiskurses sichtbar machen. Dabei waren vor allem folgende Themen – gereiht nach ihrer Häufung – ausschlaggebend: Arbeit, Politik, Ausgrenzung/Exklusion, Gesellschaft, Gerechtigkeit, Recht, Bildung, Wohlfahrtsstaat, Krankheit, Kinder/Jugendliche. Hier nun einige Beispiele aus der Diskussion zu den Themen.

Der thematische Schwerpunkt liegt im Bereich Arbeit/-losigkeit, was darauf verweist, dass Arbeitslosigkeit immer noch Hauptursache von Armut ist. Aber auch neuere Aspekte dieser Thematik wurden aufgegriffen, wie etwa der Problembereich „working poor“ zeigt. Dieser Schwerpunkt würde vermuten lassen, dass die Sozialpädagogik die Einkommensarmut und damit den finanziellen Aspekt der Armut hervorhebt, was zum Teil auch stimmt. Dieser Umstand ist gerade auch deshalb erwähnenswert, da die Autoren der NP die starke Fokussierung des politischen Diskurses auf die Arbeitseingliederung immer wieder kritisieren. Dennoch muss aber auch festgehalten werden, dass der Themenbereich Arbeit im sozialpädagogischen Diskurs eng mit dem Thema Bildung verbunden ist. Bildungsbedingungen/-chancen werden dabei untersucht und auch als Ursache für Armut und Arbeitslosigkeit mit dem Verweis auf die Korrelation von Bildungsabschluss und Arbeitslosigkeit identifiziert. Letztlich weist dieser Bereich auf die Gefahren von Ausgrenzung hin, da Arbeitslosigkeit (auch in Folge von Bildungsbenachteiligungen) eine Abwärtsspirale in Gang setzen kann. Wie dies etwa ALBRECHT (1991) in der NP beschreibt:

„[...] Arbeitslosigkeit heißt auch heute noch Ausschluß in mehrfacher Weise. Ausschluß von Arbeit. Aber auch Ausschluß von Konsum, soziale Ausgrenzung und Diskriminierung, Isolation, familiäre Konflikte, verminderte Ausbildungs- und Lebenschancen.“ (a.a.O., S. 341)

Politik und die politische Lage scheint für die Sozialpädagogik ein weiterer wichtiger Aspekt im Zusammenhang mit Armutsphänomen zu sein. Dabei wird vor allem darauf verwiesen, dass die Politik die Rahmenbedingungen für die Armutsbekämpfung schafft, wobei gegenwärtige politische Prozesse vorrangig als neoliberal eingestuft werden. Die Folgen dieser Entwicklung sehen die meisten Autoren in einer zunehmenden Ausgrenzung/Exklusion von Armutsbetroffenen.

Vorstellungen zu Ausgrenzung und Exklusion nehmen im sozialpädagogischen Diskurs um Armut eine entscheidende Rolle ein. Dies könnte man als ein Indiz dafür sehen, dass Armut mehrdimensional betrachtet wird, da auf Ausgrenzungserfahrungen in den unterschiedlichen Lebensbereichen hingewiesen wird und sich somit von rein materiellen Sichtweisen distanziert.

Neben den bereits genannten Aspekten wirken sich aber auch gesellschaftliche Entwicklungen auf das Armutsbild aus. Die Autoren der NP sehen hier vor allem Individualisierungs- und Pluralisierungstendenzen und diskutieren dabei die Vor- und Nachteile dieser Vorgänge. Aus der Analyse der Artikeln aber auch im Bezug auf gegenwärtige Modelle (Teil I/Kap. 1.2.2) kann man in der Sozialpädagogik eine Hinwendung zu individuellen Hilfsangeboten und -planungen feststellen. Trotzdem wird auch auf die Gefahren dieser Individualisierung hingewiesen, die sich in der Beurteilung von Armut als individuelles und selbstverschuldetes Problem niederschlagen könnte.

Die hier vorgebrachten Beispiele aus der Analyse und die in Teil I/ Kap. 1.2.2 dargestellten theoretischen Sichtweisen zeigen, dass Armutsphänomene im konkreten sozialpädagogischen Diskurs auf mehreren Ebenen betrachtet werden. So spielen die unterschiedlichsten Lebensbereiche (Arbeit, Politik, Gesellschaft, Bildung, Gesetze, Krankheit) eine Rolle. Diese werden im sozialpädagogischen Diskurs immer auch auf die Frage nach der Gerechtigkeit hin untersucht. Darauf verweisen sowohl Struktur- als auch Feinanalyse.

Die Haltung zur wohlfahrtsstaatlichen Sicherung wird ebenfalls in den Diskurs eingebracht und gerade für die Sozialpädagogik mit ihrer Tradition in der Kinder- und Jugendhilfe, gewinnt der Problembereich Kinder- und Jugendarmut immer mehr an Bedeutung.

Mithilfe der Feinanalyse (Teil II/Kap. 2) von „typischen“ Artikeln konnte ein genauerer Blick auf das sozialpädagogische Armutsbild geworfen werden. Dabei fällt auf das oftmals strukturelle Problembereiche in der sozialpädagogischen Diskussion um Armut

überwiegen. So tauchen politische und gesellschaftliche Faktoren (Teil II/ Kap. 2.1.5+2.2.5) oder auch räumliche Benachteiligungen (Teil II/ Kap. 2.3.5) auf. Diese kollektiven Erklärungsmodelle werden aber immer auch auf einer individuellen Ebene analysiert und vor allem unter der Prämisse der Förderung von individuellen Möglichkeiten betrachtet, was dem Eigeninteresse der Sozialpädagogik entspricht, da sie ein Teil dieser Hilfe ist. Hier zeigt sich, auch im Bezug auf vergangene Diskussionen (Teil I/ Kap. 1.1.2), jene Schnittstelle, die die Sozialpädagogik zwischen kollektiven und individuellen Erklärungsversuchen einnimmt.

Bei der Vermittlung dieses Armutsbildes bedient man sich oftmals einer Vorstellung der Gesellschaft, die in „Oben“ und „Unten“ geteilt ist. Diese Polarisierungstendenzen werden vor allem einer ökonomisierten und neoliberalen Politik angelastet, die mit ihren Reformen (z.B.: Agenda 2010, Hartz-Reformen) die Ausgrenzung von Armutsbetroffenen vorantreibt und den Reichtum von einigen Wenigen steigert. Dabei wird das Bild einer gegen den hegemonialen neoliberalen Diskurs ankämpfenden Sozialpädagogik immer wieder aktiviert. In diesem Sinne sieht sich die Sozialpädagogik als Sprachrohr für die Ausgegrenzten und Benachteiligten dieser Gesellschaft. (siehe dazu Teil II/ Kap. 2)

Das dahinter stehende Menschenbild könnte man als ein, den gesellschaftlichen und politischen Bedingungen ausgeliefertes betrachten. Dennoch tauchen, wie bereits erwähnt, Lösungsvorschläge auf, die sich auch an dem Individuum orientieren und den Anspruch erheben die subjektiven Möglichkeiten zu fördern. Der Armutsbetroffene ist demnach zugleich Opfer der strukturellen Bedingungen, wie auch aktiver Gestalter seines Lebens.

Letztlich bestätigen sich die Ausführungen aus dem theoretischen Teil dieser Arbeit, wonach der Blick auf Armut in der Sozialpädagogik ausdifferenziert und nicht eindimensional ist. Dabei schwankt man aber immer wieder zwischen Erklärungsversuchen, die den Menschen als Opfer der vorgegebenen Verhältnisse sieht und einem Menschenbild, welches subjektive Veränderungspotentiale hervorhebt. Auch der Aspekt der Bildung/Erziehung, der gerade der Pädagogik immanent ist, fließt in den Diskurs ein und ist wichtiger Bestandteil bei der Bekämpfung von Armut. Dennoch muss die Sozialpädagogik meines Erachtens diesen Bildungsaspekt noch stärker hervorheben, da ihr thematischer Schwerpunkt eher im Bereich Arbeit/-losigkeit angesiedelt ist und somit der Eindruck vermittelt werden könnte, dass die materiellen Aspekte (Einkommensarmut) der Armut dominieren.

Einflussfaktoren

Ein Einflussfaktor auf dem sozialpädagogischen Armutsdiskurs lässt sich im wissenschaftlichen Umfeld festmachen. Die im ersten Teil der Arbeit angedeuteten Forschungsschwerpunkte (z.B.: Lebenslagenkonzept) lassen sich immer wieder in den Texten der Fachzeitschrift finden. Hier beispielsweise bei LUTZ (2004) in der NP im Zusammenhang mit Kinderarmut: „Soziale Arbeit muss deshalb [...] auf drei Ebenen arbeiten [individuell, lebenslagenbezogen, lokal-/sozialpolitisch] und diesen Kontext zunehmend theoretisch und praktisch entfalten. Das verbindende Element ist dabei das Konzept der Lebenslage [...]“ (a.a.O., S. 57)

Dieser nahe liegende Einfluss wirkt sich aber keineswegs dahingehend aus, dass die Sozialpädagogik einen einheitlichen wissenschaftlichen Diskurs führt. Auf diesen Umstand wurde auch schon in Kap. 1.1.1 (Teil I) mit dem Verweis auf die ausdifferenzierte theoretische Fundierung der Sozialpädagogik aufmerksam gemacht. Beispiele dafür finden sich etwa in der Diskussion um die dynamische Armutsforschung, die auch in Artikeln der NP zu beobachten war (siehe dazu Teil II/Kap. 2.2.). Es zeigen sich eben jene Ausdifferenzierungen, die auch MOLLENHAUER (2001) im gegenwärtigen sozialpädagogischen Feld erkennt. (vgl. a.a.O., S. 15-18)

Die hier genannten Entwicklungen auf wissenschaftlicher Ebene können aber nicht unabhängig von gesellschaftlichen Einflüssen gesehen werden. Dies zeigte sich in der Vergangenheit etwa am Beispiel der Industrialisierung und den daraus resultierenden sozialen Veränderungen. Die Sozialpädagogik versuchte immer auch diese neuen Bedingungen in ihren Modellen und Konzepten zu berücksichtigen (siehe dazu Teil I/Kap. 1.1+1.2). Gegenwärtige gesellschaftliche Entwicklungen, wie die der Individualisierung sind aber auch im heutigen sozialpädagogischen Armutsdiskurs zu finden. So zeigte sich in der Strukturanalyse und Feinanalyse dieser thematische Schwerpunkt, der auch in der Beurteilung von Armutslagen zu tragen kommt.

Der Einfluss der Politik auf den sozialpädagogischen Armutsdiskurs konnte etwa in der Feinanalyse bestätigt werden. So wurde darauf verwiesen, dass die politischen Prozesse der letzten Jahre (neoliberale Orientierung) dazu verwendet werden den hegemonialen Diskurs zu kritisieren und damit die eigenen Vorstellungen der Armutsbekämpfung zu transportieren. Die Sozialpädagogik sieht sich diesen politischen Programmen teilweise

ausgeliefert und so fordern viele Autoren auch mehr Einflussnahme auf die Politik im Sinne der Armutsbetroffenen aber auch im eigenen Interesse.

Auch der historische Rückblick konnte den Einfluss von vergangenen Diskursen aufzeigen, die wir heute noch in der Sozialpädagogik finden. Als Beispiel dafür könnte man den auch heute noch aktuellen Bildungsaspekt in der sozialpädagogischen Armutsbekämpfung betrachten, der etwa bei Pestalozzi formuliert wurde (Teil I/Kap. 1.2.1). Im Sinne der Diskurstheorie von Foucault sind diese gegenwärtigen Strömungen nie unabhängig von diesem archivarischen Wissen der Pädagogik. (siehe dazu Teil I/Kap. 1.2)

Somit lassen sich wesentliche Einflussfaktoren aus Wissenschaft, Gesellschaft und Politik aber auch aus der Geschichte feststellen, die im sozialpädagogischen Diskurs um Armut immer wieder berücksichtigt und reflektiert werden müssen, da sie immer auch Einfluss auf die eigenen Vorstellungen und Bewertungen von Armut hat.

Literaturverzeichnis

ANSEN, H.: Armut – Anforderungen an die Soziale Arbeit: eine historische, sozialstaatsorientierte und systematische Analyse aus der Perspektive der Sozialen Arbeit. Frankfurt, Wien: Lang, 1998

ANSEN, H.: Soziale Beratung bei Armut. München: Ernst Reinhardt Verlag, 2006

APPEL, M./KARGL, M./SCHENK, M.: Wissenschaftliche Forschung und die „Option für die Armen“: Anregungen der Armutskonferenz – – In: DÖRING, D./HOLZTRATTNER, M./SEDMAN, C. (Hrsg.): Armutsforschung in Österreich. - Salzburg: Universität Salzburg (Working Papers „Facing poverty“, Poverty Research Group, 4), 2003: S. 7-16

BANGO, J.: Sozialarbeitswissenschaft heute: Wissen, Bezugswissenschaften und Grundbegriffe. Stuttgart: Lucius & Lucius, 2001

BARLÖSIUS, E./LUDWIG-MAYERHOFER (Hrsg.): Die Armut der Gesellschaft. Reihe: Sozialstrukturanalyse. Band 15. Opladen: Leske+Budrich, 2001

BEISENHERZ, H. G.: Kinderarmut in der Wohlfahrtsgesellschaft – Das Kainsmal der Globalisierung. Opladen: Leske+Budrich, 2002

BMGS (Bundesministerium für Gesundheit und Soziale Sicherung): Lebenslagen in Deutschland. Der 2. Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung. Bonn: BMGS, 2005

BÖHLER, T./SEDMAN, C.: Armutsforschung und Armutsminderung- eine Bestandsaufnahme aus einem ethischen Blickwinkel. Salzburg: Universität (Working Papers „Facing poverty“, Poverty Research Group, 7), 2004

BÖHNISCH, L.: Pädagogische Soziologie – Eine Einführung. München: Juventa Verlag, 2003

BUBLITZ, H.: Foucaults Archäologie des kulturellen Unbewußten. Frankfurt, New York: Campus Verlag, 1999

BUHR, F./LEIBFRIED, St.: Ist die Armutsbevölkerung in Deutschland exkludiert? – In: STICHWEH, R./WINDOLF, P. (Hrsg.): Inklusion und Exklusion: Analyse zur Sozialstruktur und sozialen Ungleichheit. – Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 2009

BUTTERWEGGE, C./KLUNDT, M. (Hrsg.): Kinderarmut und Generationengerechtigkeit. Familien- und Sozialpolitik im demografischen Wandel, Opladen: Leske+Budrich, 2003

BUTTERWEGGE, C./KLUNDT, M./ZENG, M.: Kinderarmut in Ost- und Westdeutschland. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 2005

DEINHAMMER, R.: Armut, Recht und Rechtswissenschaft – In: BÖHLER, T.: Armut als Problem. Wie gehen fünf Einzelwissenschaften mit dem Phänomen der Armut um? – Salzburg: Universität Salzburg (Working Papers „Facing poverty“, Poverty Research Group, 4), 2003: S. 54-65

DELEUZE, G.: Unterhandlungen: 1972-1990. – Frankfurt/Main: Suhrkamp, 1993

DIMMEL, N.: Sozial(hilfe)Politik, Recht und Armut. – In: DÖRING, D./HOLZTRATTNER, M./SEDMAN, C. (Hrsg.): Armutsforschung in Österreich. - Salzburg: Universität Salzburg (Working Papers „Facing poverty“, Poverty Research Group, 4), 2003: S. 46-51

DOBNER, P.: Neue Soziale Frage und Sozialpolitik. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 2007

DOLLINGER, B.: Die Pädagogik der sozialen Frage. (Sozial-)Pädagogische Theorie vom Beginn des 19. Jahrhunderts bis zum Ende der Weimarer Republik. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 2006

DÖRING, D.: Soziologie – Konzeptualisierung der Armut in der deutschsprachigen Soziologie. In: BÖHLER, T. et al: Armut als Problem – wie gehen fünf Einzelwissenschaften mit dem Phänomen der Armut um? Salzburg: Universität (Working Papers „Facing poverty“, Poverty Research Group, 1), 2003

FOUCAULT, M.: Die Archäologie des Wissens. Frankfurt/Main: Suhrkamp, 1981

FOUCAULT, M.: Die Ordnung des Diskurses. München: Carl Hanser Verlag, 1982

FOUCAULT, M.: Wahrheit und Macht. 1978. In: KELLER, R./ SCHNEIDER, W./VIEHÖVER, W.: Handbuch Sozialwissenschaftliche Diskursanalyse. Opladen: Leske+Budrich, 2000, S. 86f

FOUCAULT, M.: Geschichte der Gouvernementalität II. Die Geburt der Biopolitik. Vorlesungen am College de France 1978-1979. Frankfurt/Main: Suhrkamp, 2004

GALUSKE, M.: Fürsorgliche Aktivierung – Anmerkungen zu Gegenwart und Zukunft Sozialer Arbeit im aktivierenden Staat. In: BÜTOW, B./CHASSE, K.A./HIRT, R. (Hrsg.): Soziale Arbeit nach dem Sozialpädagogischen Jahrhundert. Positionsbestimmungen Sozialer Arbeit im Post-Wohlfahrtsstaat. Opladen, Farmington Hills: Verlag Barbara Budrich, 2008, S. 9-28

HAMBURGER, F.: Einführung in die Sozialpädagogik. Stuttgart: Verlag W. Kohlhammer, 2003

HEINZELMANN, C.: Armutslagen bei Kindern und Jugendlichen am Beispiel eines benachteiligten Stadtteils. In: MÄGDEFRAU, J./SCHUMACHER, E. (Hrsg.): Pädagogik und Soziale Ungleichheit. Aktuelle Beiträge- neue Herausforderungen. Bad Heilbrunn: Verlag Julius Klinkhardt, 2002, S. 149-164

HELMBRECHT, M.: Gerechtigkeitsprinzipien – zu erfinden oder vorzufinden? – In: HOSEMANN, W./TRIPPMACHER, B. (Hrsg.): Soziale Arbeit und soziale Gerechtigkeit – Baltmannsweiler: Schneider Verlag Hohengehren, 2003: S. 48-64

HENSELER, J.: Paul Natorp (1854-1924). In: DOLLINGER, B. (Hrsg.): Klassiker der Pädagogik. Die Bildung der modernen Gesellschaft. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 2008, S. 179-195

JÄGER, S.: Diskurstheorien. In: HIERDEIS, H./HUG, T.: (Hrsg.): Taschenbuch der Pädagogik. Band 1-4. Hohengehren: Schneider, 1996, S. 247

JÄGER, S.: Diskurs und Wissen. In: KELLER, R./ SCHNEIDER, W./VIEHÖVER, W.: Handbuch Sozialwissenschaftliche Diskursanalyse. Opladen: Leske+Budrich, 2000, S. 81-112

JÄGER, S.: Kritische Diskursanalyse: Eine Einführung. Münster: Unrast-Verlag, 2004

KARGL, M./LANDAU, M.: Randnotizen. In: ETZELSDORFER, H. (Red.): Armut. Katalog zur 298. Sonderausstellung des Historischen Museums der Stadt Wien, 2002, verfügbar unter:

http://www.armutskonferenz.at/wissen/armut_histormu_inhalt_kargl.landau.htm

[5.10.2005]

KELLER, R.: Diskursforschung: Eine Einführung für SozialwissenschaftlerInnen. Opladen: Leske+Budrich, 2004

KLEVE, H.: Soziale Arbeit zwischen Inklusion und Exklusion. In: Neue Praxis, 5/97: S. 412-432

KRONAUER, M.: Exklusion – Die Gefährdung des Sozialen im hoch entwickelten Kapitalismus. – Frankfurt/New York: Campus Verlag, 2002

LEMKE, T.: Eine Kritik der politischen Vernunft. Foucaults Analyse der modernen Gouvernementalität. Hamburg: Argument-Verlag, 1997

LOBNER, N.: Politikwissenschaftliche Erkundungen zur Macht des Armutsdiskurses Salzburg: Universität Salzburg (Working Papers „Facing poverty“, Poverty Research Group), 2005

LUDWIG-MAYERHOFER, W.: Arbeitslosigkeit und sozialer Ausschluss. In: ANHORN, R./BETTINGER, F./STEHR, J. (Hrsg.): Sozialer Ausschluss und Soziale Arbeit – Positionsbestimmungen einer kritischen Theorie und Praxis sozialer Arbeit. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 2008, S. 219-236

LUTZ, R.: Kinder, Kinder...!: Bewältigung familiärer Armut. – In: Neue Praxis, Heft 1 2004, S.40-61

MAIER, E. M.: Armut und Menschenwürde. – In: POTZ, R. (Hrsg.): Uni Wien/Rechtswissenschaftliche Fakultät: Armut und Recht: Diskussionsforum der Rechtswissenschaftlichen Fakultät. – Wien: Manz, 2010: S. 31-49

MASET, M.: Diskurs, Macht und Geschichte: Foucaults Analysetechniken und die historische Forschung. Frankfurt: Campus-Verlag, 2001

MÄDER, U.: Draußen im Drinnen: Integration durch Ausschluss? In: KESSL, F./OTTO, H.U. (Hrsg.): Soziale Arbeit ohne Wohlfahrtsstaat? Zeitdiagnosen, Problematisierungen und Perspektiven. Weinheim u. München: Juventa Verlag, 2009, S. 35-52

MOLLENHAUER, K.: Einführung in die Sozialpädagogik. Probleme und Begriffe der Jugendhilfe. Weinheim u. Basel: Beltz Verlag, 2001

MÜNSTER, E./LETZEL, S.: Sozial-gesundheitliche Ungleichheit in Deutschland. In: SANDERS, K./WETH, H.-U. (Hrsg.): Armut und Teilhabe. Analysen und Impulse zum Diskurs um Armut und Gerechtigkeit. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 2008, S. 61-68

NADAI, E.: Sisyphus' Erbe. Soziale Arbeit in der Armutsbekämpfung. In: KESSL, F./OTTO, H.U. (Hrsg.): Soziale Arbeit ohne Wohlfahrtsstaat? Zeitdiagnosen, Problematisierungen und Perspektiven. Weinheim u. München: Juventa Verlag, 2009, S. 133-147

OPIELKA, M.: Welchen Sozialstaat braucht die Sozialarbeit der Zukunft? In: BÜTOW, B./CHASSE, K.A./HIRT, R. (Hrsg.): Soziale Arbeit nach dem Sozialpädagogischen

Jahrhundert. Positionsbestimmungen Sozialer Arbeit im Post-Wohlfahrtsstaat. Opladen, Farmington Hills: Verlag Barbara Budrich, 2008, S. 127-142

OPITZ, S.: Eine Topologie des Außen – Foucault als Theoretiker der Inklusion/Exklusion – In: AHORN, R./BETTINGER, F./STEHR, J. (Hrsg.): Foucaults Machtanalytik und soziale Arbeit – Eine kritische Einführung und Bestandsaufnahme. – Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 2007

OTTO, H.U./ZIEGLER, H.: Sozialraum und sozialer Ausschluss. In: Neue Praxis, Heft 2+3, 2004, S. 117-135 + S. 271-286

PIEPER, M.: Armutsbekämpfung als Selbsttechnologie. Konturen einer Analytik der Regierung von Armut. In: ANHORN, R./BETTINGER, F./STEHR, J. (Hrsg.): Foucaults Machtanalytik und Soziale Arbeit. Eine kritische Einführung und Bestandsaufnahme. – Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 2007: S. 93-107

PIOCH, R.: Funktionale Differenzierung und die Konsequenzen für eine Soziologie der Gerechtigkeit – In: CORSTEN, M./ROSA, H./SCHRADER, R. (Hrsg.): Die Gerechtigkeit der Gesellschaft – Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 2005: S. 53-73

RAITHEL, J./DOLLINGER, B./HÖRMANN, G.: Einführung Pädagogik. Begriffe. Strömungen. Klassiker. Fachrichtungen. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 2007

RAWLS, J.: Eine Theorie der Gerechtigkeit – Frankfurt/Main: Suhrkamp, 1979

RIEDMÜLLER, B.: Sozialpolitik und Armut. Ein Thema zwischen Ost und West. In: BECK, U./BECK-GERNSHEIM, E. (Hrsg.): Riskante Freiheiten. Individualisierung in der modernen Gesellschaft. – Frankfurt/Main: Suhrkamp Verlag, 1994: S. 74-88

SANDERS, K.: Armut und soziale Gerechtigkeit – Gedanken zum Umbau des Sozialstaates. In: SANDERS, K./WETH, H.U. (Hrsg.): Armut und Teilhabe. Analysen und Impulse zum Diskurs um Armut und Gerechtigkeit. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 2008, S. 11-25

SCHEIPL, J.: Armut- ihr Verständnis im Wechsel der Zeit. In: KNAPP, G./PICHLER, H. (Hrsg.): Armut, Gesellschaft und Soziale Arbeit. Perspektiven gegen Armut und soziale Ausgrenzung in Österreich. Klagenfurt: Verlag Hermagoras/Mohorjeva, 2008, S. 46-83

SCHENK, M./MOSER, M.: Es reicht! Für alle! Wege aus der Armut. Wien: Deuticke im Paul Zsolnay Verlag, 2010

SCHILLING, J.: Soziale Arbeit. Geschichte. Theorie. Profession. München: Ernst Reinhardt, 2005

THIERSCH, H.: Gerechtigkeit und Soziale Arbeit – In: HOSEMANN, W./TRIPPMACHER, B. (Hrsg.): Soziale Arbeit und soziale Gerechtigkeit – Baltmannsweiler: Schneider Verlag Hohengehren, 2003: S. 82-94

VOLKEN, J.S./KNÖPFEL, C.: Armutsrisiko Nummer eins: geringe Bildung. Was wir über Armutskarrieren in der Schweiz wissen. Luzern: Caritas Verlag, 2004

WEISSER, G.: Wirtschaft. In: ZIEGENFUß, W. (Hrsg.): Handbuch der Soziologie. Stuttgart 1956, S. 986

WIELAND, D.: Die Grenzen der Individualisierung. Sozialstrukturanalyse zwischen objektivem Sein und subjektivem Bewusstsein. – Opladen: Leske + Budrich, 2004

Internetressourcen

<http://www.verlag-neue-praxis.de/?p=24> [24.02.2011]

<http://www.verlag-neue-praxis.de/?p=434> [24.02.2011]

http://www.verlag-neue-praxis.de/?page_id=10 [24.02.2011]

<http://www.verlag-neue-praxis.de/?p=24> [24.02.2011]

<http://www.uni-bielefeld.de/paedagogik/agn/ag8/seite9.htm> [29.04.2011]

<http://www.hf.uni-koeln.de/32560> [16.03.2011]

<http://www.christophbutterwegge.de/veroeffentlichungen/index.php> [16.03.2011]

<http://www.verlag-neue-praxis.de/?p=24> [16.03.2011]

<http://www.uv.ruhr-uni-bochum.de/pvz-planung/i3v/00032900/01433722.htm>
[28.03.2011]

<http://familienkongress.dortmund.de/project/assets/template1.jsp?smi=4.0&tid=94793>
[28.03.2011]

http://www.verlag-neue-praxis.de/?p=24#high_3 [28.03.2011]

Abkürzungsverzeichnis

NP Neue Praxis – Zeitschrift für Sozialarbeit, Sozialpädagogik
und Sozialpolitik

Anhang

Artikel „Neue Praxis“:

Jahr 1990

KULAWIK, T.: Unbeschreiblich weiblich: Die Unsichtbarkeit der Armut von Frauen. In:
Neue Praxis, Heft 1, 1990, S. 16-25

MÜLLER, S./OTTO, U.: Sozialhilfe neu geregelt, Rente gesichert – die Armut geht weiter.
In: Neue Praxis, Heft 3, 1990, S. 220-230

Jahr 1991

ALBRECHT, R.: Aus der Not eine Tugend machen? Von der Marktwirtschaft,
Arbeitslosigkeit, Armut und Ausgrenzung zum neuen kulturellen Modell mit
ganzheitlichen Lebensentwürfen. In: Neue Praxis, Heft 4, 1991, S. 340-351

SÜNKER, H.: Kinder und Armut. Effekte der Arbeitslosigkeit auf das Kinderleben. In:
Neue Praxis, Heft 4, 1991, S. 316-324

Jahr 1992

LUDWIG, M.: Sozialhilfekarrieren. Über ein neues Konzept in der Armutsforschung. In: Neue Praxis, Heft 2, 1992, S. 130-140

SCHRAPPER, C.: Strategien gegen Ausgrenzung. Zur Geschichte der Jugendhilfe als Sozialdisziplinierung zwischen Integration und Ausgrenzung. In: Neue Praxis, Heft 4, 1992, S. 312-323

SCHWEPPE, C.: Selbstorganisation und die Veränderung der Situation armer Frauen in Peru. Dargestellt am Beispiel von Volksküchen. In: Neue Praxis, Heft 1, 1992, S. 38-51

Jahr 1993

GALUSKE, M./TEGETHOFF, H.G.: Mietvertrag mit dem Sozialarbeiter. Gruppenstrukturierte Wohnhilfen für junge Erwachsene? In: Neue Praxis, Heft 1+2, 1993, S. 62-78

HAFENEGGER, B.: herumtreibend, halbstark, luxusverwahrlost: Jugend (Jungen) und Gewalt in den fünfziger Jahren. In: Neue Praxis, Heft 1+2, 1993, S. 114-120

LANGHANKY, M.: Annäherung an Lebenslagen und Sichtweisen der Hamburger Straßenkinder. In: Neue Praxis, Heft 3, 1993, S. 271-277

MÜLLER, B.: Das Soziale und die Fremden. Interkulturalität als Grundlage sozialer Arbeit-Konsequenzen für die Ausbildung. In: Neue Praxis, Heft 1, 1993, S. 1-11

OTTO, H. U.: Das Soziale vor dem Zerfall. In: Neue Praxis, Heft 5, 1993, S. 473-474

RICHTER, I.: Die neuen Zeitalter beginnen nicht auf einmal. Über die Bearbeitung des sozialen Wandels durch die Jugendforschung. In: Neue Praxis, Heft 3, 1993, S. 249-256

SOZIALPOLITISCHE GESELLSCHAFT E.V.: Sozial liegt es in Deutschland im Argen. Auszüge aus einem Manifest der Sozialpolitischen Gesellschaft e. V. .In: Neue Praxis, Heft 1+2, 1993, S. 158-162

VSOP (Verein für Sozialplanung): Kommunale Politik gegen Wohnungsnot und Obdachlosigkeit. Stellungnahme des Vereins für Sozialplanung (VSOP) zur Wohnungsversorgung für Wohnungsnotfälle. In: Neue Praxis, Heft 6, 1993, S. 549-552

WIESE, U.E.: Hilfen zur Arbeit für arbeitslose Sozialhilfeempfängerinnen: Rechtliche Grundlagen in der sozialen Arbeit. In: Neue Praxis, Heft 1+2, 1993, S. 141-147

Jahr 1994

ACKERMANN, H./BENDER, W.: Armutspolitik für den „Standort Deutschland“. Klarstellungen des Sozialstaats '94 am Beispiel der Pflegeversicherung und des Arbeitsförderungsgesetzes. In: Neue Praxis, Heft 4, 1994, S. 309-319

KANTEL, H.D.: Sozialstatistik + Sozialplanung = Sozialberichterstattung? . In: Neue Praxis, Heft 2, 1994, S. 179-186

LIEBEL, M.: Die Bewegungen arbeitender Kinder in Lateinamerika. In: Neue Praxis, Heft 5, 1994, S. 445-449

MERTEN, R.: Wohnungsnot- Der lautlose Abbau des Sozialstaats. In: Neue Praxis, Heft 6, 1994, S. 475-489

OELSCHLÄGEL, D.: Gemeinwesenarbeit im Armutsquartier- zur Kooperation zwischen Hochschule und sozialer Arbeit. In: Neue Praxis, Heft 1, 1994, S. 56-73

OTTO, H.U./BÖLLERT, K.: Rückwärts in die Zukunft? Die Krise der Sozialpolitik ist auch eine Krise der Sozialen Arbeit. In: Neue Praxis, Heft 5, 1994, S. 443-445

Jahr 1995

BERLINER „FACHSTELLEN-AG“: Wohnungssicherung und Wohnungsversorgung in Wohnungsnotfällen. In: Neue Praxis, Heft 5, 1995, S. 470-487

BÖHNISCH, L.: Alltagskonzept und Pädagogik der Milieubildung. In: Neue Praxis, Heft 3, 1995, S. 266-268

BUTTERWEGGE, C.: Armut, Rechtsextremismus und Sozialpolitik. Über die Zusammenhänge zwischen der Gesellschaftsentwicklung, prekären Lebenslagen und rassistischer Ideologien/Gewalttaten. In: Neue Praxis, Heft 2, 1995, S. 107-118

BUTTERWEGGE, C.: Der deutsche Sozialstaat am Ende? In: Neue Praxis, Heft 5, 1995, S. 487-495

HERMANN, P.: Sozialismus für Arme? Gedanken zum EU-Programm „Armut 3“. In: Neue Praxis, Heft 5, 1995, S. 441-456

LEIBFRIED, S./LEISERING, L.: Die vielen Gesichter der Armut. In: Neue Praxis, Heft 3, 1995, S. 302-306

LUTZ, R.: Die „Vergessenen der Wende“. Kultur der Armut oder Armut der Kultur? In: Neue Praxis, Heft 4, 1995, S. 391-406

REIDEGELD, E./REUBELT, B.: Die Mahlzeitennothilfe in Deutschland. Historische Anmerkungen und aktuelle Situation. In: Neue Praxis, Heft 2, 1995, S. 167-182

SCHNEIDER, U.: Matthäus, Blüm und die soziale Gerechtigkeit. Über das Soziale im Sozialstaat. In: Neue Praxis, Heft 6, 1995, S. 570-578

Jahr 1996

BOMMES, M./SCHERR, A.: Exklusionsvermeidung, Inklusionsvermittlung und /oder Exklusionsverwaltung. Zur gesellschaftstheoretischen Bestimmung Sozialer Arbeit. In: Neue Praxis, Heft 2, 1996, S. 107-123

BUTTERWEGGE, C.: Zerrbild der Armut. Resultate der „dynamischen Armutsforschung“ und ihre sozialpolitischen Konsequenzen. In: Neue Praxis, Heft 1, 1996, S. 68-75

LESSENICH, S.: Flexible Individuen, dynamische Solidaritäten: Arbeit und Familie im „Umbau des Sozialstaats“. In: Neue Praxis, Heft 3, 1996, S. 239-245

LUTZ, R.: Zur Pädagogik der Wohnungslosen. Wohnungslosigkeit und Armut. In: Neue Praxis, Heft 3, 1996, S. 217-227

OFFERMANN, V.: Sozialer Wandel und die Auswirkungen auf die Sozialpolitik. In: Neue Praxis, Heft 2, 1996, S. 123-136

OTTO, H.U.: Wegsparen als neue Sozialformel. In: Neue Praxis, Heft 1, 1996, S. 95-96

Jahr 1997

BUNDESKONGRESS SOZIALE ARBEIT: Neugestaltung des Sozialen in der Konkurrenzgesellschaft. Eine Stellungnahme des Bundeskongreß Soziale Arbeit. In: Neue Praxis, Heft 2, 1997, S. 199-201

HANSBAUER, P./PREMIEN, H./ZINK, G.: Gestern „TrebegängerInnen“- heute „Straßenkinder“? Gemeinsamkeiten und Unterschiede. In: Neue Praxis, Heft 5, 1997, S. 395-412

KLEVE, H.: Soziale Arbeit zwischen Inklusion und Exklusion. In: Neue Praxis, Heft 5, 1997, S. 412-432

MCLAREN, P.: Eine Pädagogik der Hoffnung und der Freiheit- Paulo Freires Vermächtnis. In: Neue Praxis, Heft 3, 1997, S. 286-291

MÜLLER, H.R.: Muß Pädagogik sozialintegrativ sein? Einwände gegen einen allzu raschen Konsens in der neuen Straßenkinder-Diskussion. In: Neue Praxis, Heft 2, 1997, S. 107-117

OHLENBURG, C./BRONKE, K.: Der Bremer Wohnungsnotstandvertrag in der Praxis. Ergebnisse einer Befragung von Trägern der Wohlfahrtspflege. In: Neue Praxis, Heft 2, 1997, S. 138-154

OTTO, H.U.: Auf dem Weg in eine Welt der Ungleichen. In: Neue Praxis, Heft 2, 1997, S. 197-199

OTTO, H.U.: Arm- um zu dienen und zu helfen. Der Traum einer „Zukunftskommission“ von einer gespaltenen Gesellschaft, die die Akzeptanz ihrer BürgerInnen finden soll. In: Neue Praxis, Heft 6, 1997, S. 551-554

RAUSCHENBACH, T.: Eine neue Kultur des Sozialen. In: Neue Praxis, Heft 6, 1997, S. 477-486

Jahr 1998

BODENMÜLLER, M./PIEPEL, G.: Streetwork im Spannungsfeld ordnungspolitischer Vereinnahmung und stetig wachsender Armut. In: Neue Praxis, Heft 6, 1998, S. 604-608

GILLICH, S.: Privatisierung gesetzlicher Hilfen oder: Hilfe zwischen Recht und Barmherzigkeit. In: Neue Praxis, Heft 4, 1998, S. 333-334

LIEBEL, M.: Die „Internationale Arbeits-Organisation (ILO)“ und die Kinderarbeit. In: Neue Praxis, Heft 1, 1998, S. 80-89

OFFERMANN, V.: Krise des Sozialstaats oder Soziastaat in der Krise? In: Neue Praxis, Heft 3, 1998, S. 226-243

OHLENDORF, G.: Die Soziale Selektion beginnt. In: Neue Praxis, Heft 1, S. 97

OTTO, H.U.: Kampf dem Wahlkampf oder wider dem machtpolitischen Missbrauch des Sozialen. In: Neue Praxis, Heft 3, 1998, S. 323-324

SALUSTOWICZ, P.: Soziale Solidarität, Zivilgesellschaft und politische Soziale Arbeit. In: Neue Praxis, Heft 2, 1998, S. 111-123

SCHRUTH, P.: Gemeinnützige Arbeitsvermittlung. Ein sozialpädagogisches Angebot für junge Arbeitslose? In: Neue Praxis, Heft 6, 1998, S. 614-618

ZELLER, S.: Nicht Almosen, sondern Gerechtigkeit. Jüdische Ethik und ihre historischen Wurzeln für die Professionalisierung in der Sozialen Arbeit. In: Neue Praxis, Heft 6, 1998, S. 540-556

SÜNKER, H.: Lob der Abweichung? Bildung, Erziehung und belastete Lebenslagen Jugendlicher. In: Neue Praxis, Heft 5, 1998, S. 496-501

Jahr 1999

BACKHAUS-MAUL, H.: Bürgerschaftliches Engagement und gesellschaftliche Solidarität. Über deutsche Eigenarten und US-amerikanische Innovationen. In: Neue Praxis, Heft 4, 1999, S. 337-340

BUTTERWEGGE, C.: Sozialstaat in der „Globalisierungsfalle“? Die neoliberalistische Ideologie und die Realität. In: Neue Praxis, Heft 5, 1999, S. 435-447

HITZLER, R.: Existenzbastler im Wohlfahrtsstaat. Über „Vollkasko-Individualisierung“ als Handlungsrahmen. In: Neue Praxis, Heft 6, 1999, S. 535-542

RAUSCHENBACH, T.: „Dienste am Menschen“ - Motor oder Sand im Getriebe des Arbeitsmarktes? Die Rolle der Sozial-, Erziehungs- und Gesundheitsberufe in einer sich wandelnden Arbeitsgesellschaft. In: Neue Praxis, Heft 2, 1999, S. 130-147

VON DÜCKER, U.: Straßensozialisation. Bedingungen kindlichen Aufwachsens auf der Straße. In: Neue Praxis, Heft 2, 1999, S. 103-111

Jahr 2000

HAUPERT, B.: Wider die neoliberale Invasion der Sozialen Arbeit. Theoretische Neuorientierung zwischen Dienstleistung und Profession – Markt und Moral – Mensch und Kunde? In: Neue Praxis, Heft 6, 2000, S. 544-567

LIEBEL, M.: Soziale Transformationen durch Organisationen arbeitender Kinder? Erfahrungen aus Afrika und Lateinamerika. In: Neue Praxis, Heft 5, 2000, S. 499-514

SPECHT, W.: Straßenkinder. Ein internationaler Vergleich der Situation von Straßenkindern im Kontext des Hilfekonzpts der Mobilen Jugendarbeit. In: Neue Praxis, Heft 4, 2000, S. 346-357

STAIGER, M.: Steuerfinanzierte Rentenversicherung. Über die Solidarität zwischen den Generationen. In: Neue Praxis, Heft 5, 2000, S. 433-436

STEINBACHER, E.: Wohlfahrtsverbände und bürgerschaftliches Engagement- eine Allianz für die Gesellschaft? Wohlfahrtsverbändeforschung und ihr Blick auf freiwilliges soziales und bürgerschaftliches Engagement. In: Neue Praxis, Heft 2, 2000, S. 135-154

Jahr 2001

DEPNER, R./TRUBE, A.: Der Wandel der Gesellschaft und die Qualitätsdebatte im Sozialsektor. In: Neue Praxis, Heft 3, 2001, S. 217-238

KESSL, F.: Teilnahme ohne Teilhabe? Anmerkungen zur Debatte um die zivilgesellschaftlichen Potenziale des modernen Wohlfahrtsstaates. In: Neue Praxis, Heft 2, 2001, S. 129-145

OTTO, H.U.: Sozialhilfe. Stammtischparole als Politikersatz – Wer nicht arbeitet, soll auch nicht essen? In: Neue Praxis, Heft 4, 2001, S. 425-427

STROHMEIER, K.P.: Kinderarmut und das Humanvermögen der Stadtgesellschaft. Soziale und räumliche Strukturen der Armut im Ruhrgebiet. In: Neue Praxis, Heft 3, 2001, S. 311-320

Jahr 2002

DAHME, H.J./WOHLFAHRT, N.: Aktivierender Staat. Ein neues sozialpolitisches Leitbild und seine Konsequenzen für die soziale Arbeit. In: Neue Praxis, Heft 1, 2002, S. 10-32

OTTO, H.U.: Das Soziale und das Kapital. In: Neue Praxis, Heft 1, 2002, S. 95-96

OTTO, H.U.: Wer organisiert die Modernisierungsverlierer? In: Neue Praxis, Heft 2, 2002, S. 203-204

OTTO, H.U.: Hartz & Co – Folgerungen für die Soziale Arbeit. Zum Paradigmenwechsel in der Arbeitsmarkt- und Sozialhilfepolitik. In: Neue Praxis, Heft 4, 2002, S. 413-415

OTTO, H.U.: Ausgleich oder Ausgliederung? Über den Wandel des deutschen Sozialstaats und die Rolle der Sozialen Arbeit. In: Neue Praxis, Heft 6, 2002, S. 609-612

SÜNKER, H.: Soziale Gerechtigkeit, Sozialpolitik und Soziale Arbeit. In: Neue Praxis, Heft 2, 2002, S. 108-121

THIERSCH, H.: Drinnen und draußen. In: Neue Praxis, Heft 2, 2002, S. 141-144

Jahr 2003

OPIELKA, M.: Was spricht gegen die Idee eines aktivierenden Sozialstaats? Zur Neubestimmung von Sozialpädagogik und Sozialpolitik. In: Neue Praxis, Heft 6, 2003, S. 543-557

OTTO, H.U.: Was wird aus den Armen? – die begründete Angst vor dem Absturz: Ausgrenzung, Armut und Schwarze Pädagogik. In: Neue Praxis, Heft 2, 2003, S. 253-256

OTTO, H.U.: Diskursive Schwäche. Über die Rolle der Sozialen Arbeit beim Paradigmenwechsel in der sozialen Sicherungspolitik. In: Neue Praxis, Heft 5, 2003, S. 505-507

Jahr 2004

BÖHMER, A.: Bildung in einer idealen Gesellschaft? Notiz zu einem sozialpädagogischen Beitrag, Bildungsgerechtigkeit betreffend. In: Neue Praxis, Heft 1, 2004, S. 106-110

BUTTERWEGGE, C.: Sozialstaat in der Sinnkrise. In: Neue Praxis, Heft 6, 2004, S. 591-597

LUTZ, R.: Kinder, Kinder...! Bewältigung familiärer Armut. In: Neue Praxis, Heft 1, 2004, S. 40-61

OTTO, H.U./ZIEGLER, H.: Sozialraum und sozialer Ausschluss (I). Die analytische Ordnung neo-sozialer Integrationsrationalitäten in der Sozialen Arbeit. In: Neue Praxis, Heft 2, 2004, S. 117-135

OTTO, H.U./ZIEGLER, H.: Sozialraum und sozialer Ausschluss. Die analytische Ordnung neo-sozialer Integrationsrationalitäten in der Sozialen Arbeit (Teil 2). In: Neue Praxis, Heft 3, 2004, S. 271-287

Jahr 2005

LIEBEL, M.: Dem gesinnungsethischen Reflex widerstehen. Zur Problematik von Sozialklauseln und Gütesiegeln im Kampf gegen Kinderarbeit. In: Neue Praxis, Heft 1, 2005, S. 47-64

LUTZ, R.: Erschöpfte Sozialarbeit? Eine Rekonstruktion ihrer Rahmungen. In: Neue Praxis, Heft 2, 2005, S. 126-145

OHLING, M.: Doppelt benachteiligt: Kinder allein erziehender Mütter. In: Neue Praxis, Heft 4, 2005, S. 418-424

Jahr 2006

BUTTERWEGGE, C.: Hartz gestern – Hartz heute. Kontinuitätslinien und Konsequenzen einer Politik gegen den Sozialstaat. In: Neue Praxis, Heft 4, 2006, S. 449-458

OTTO, H.U.: Die neue Endlosschleife: Arme Kinder – arbeitslose Jugendliche – ausgegrenzte Bürger. In: Neue Praxis, Heft 2, 2006, S. 239-242

OTTO, U.: Sozialpädagogisierte Armuts politik – auf Armut verengte Soziale Arbeit? In: Neue Praxis, Heft 1, 2006, S. 3-8

LEBENS LAUF

Geboren am 25.11.1979 (Mistelbach)

BERUFSERFAHRUNG

Seit 2004	Verein Balance	Wien
	<i>Behindertenbetreuer</i>	
2005-2007	private Einzelbetreuung	Wien
	<i>Behindertenbetreuer</i>	
2004-2005	Sozialer Hilfsdienst Austria	Wien
	<i>Besuchsdienst</i>	
2003-2004	Hilfswerk	Wien
	<i>Praktikant</i>	
2002-2003	Verein Jung und Alt	Wien
	<i>Besuchsdienst</i>	
2002	Direkt-Kurierdienst	Wien
	<i>Botenfahrer</i>	
2002	Austro Dentallabor	Wien
	<i>Botenfahrer</i>	
2000-2002	Lebenshilfe Niederösterreich	Baumgarten/March
	<i>Praktikant</i>	
1999-2000	Rotes Kreuz	Zistersdorf
	<i>Zivildienst</i>	

AUSBILDUNG

Seit 2000	Studium Bildungswissenschaften	Wien
	■ Schwerpunkt: Sozialpädagogik, Heilpädagogik und Integrative Pädagogik	
1998	Abschluss Bundesoberstufenrealgymnasium	Mistelbach

